

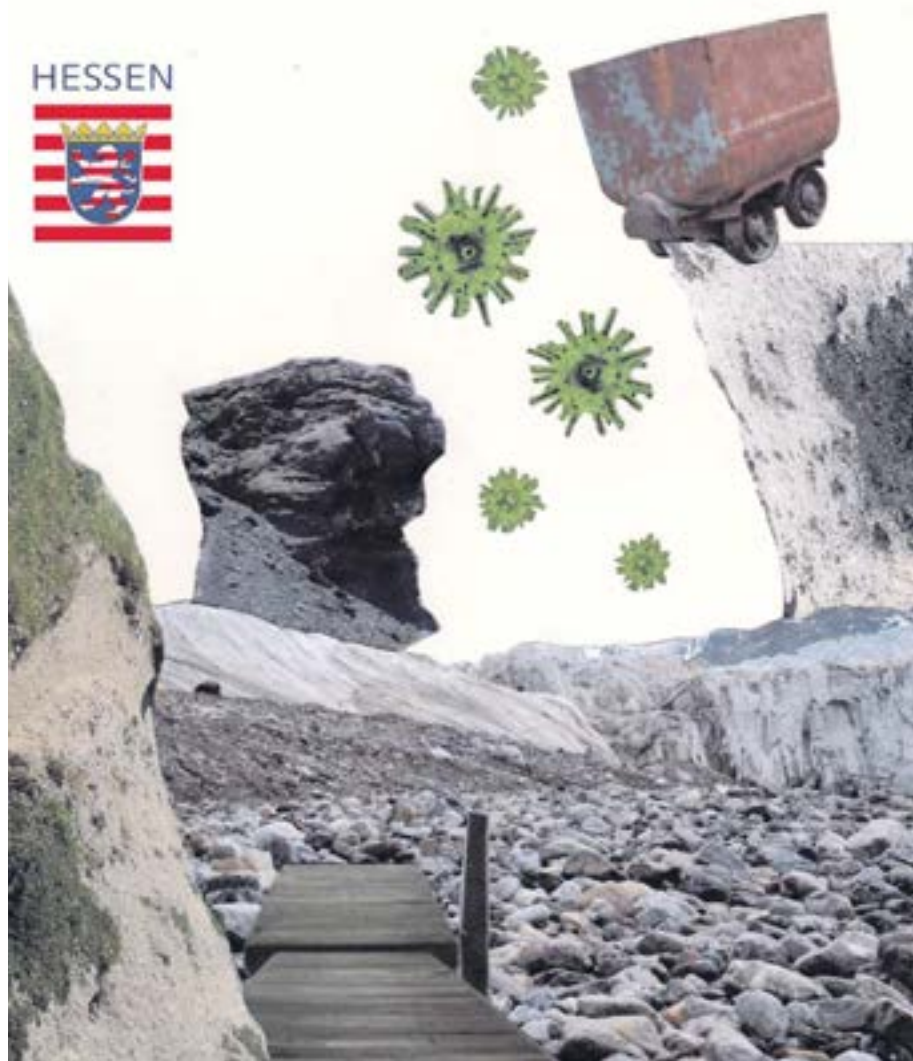
FLZ Nr.3-2020  
Jahrgang 41  
September 2020

**FLZ**



ZEITUNG FÜR KOLLEGINNEN UND KOLLEGEN IM SOZIAL-, ERZIEHUNGS- UND BILDUNGSBEREICH

**VOM FAHREN AUF SICHT.**



Fotomontage mit Anspielung aus dem Kunstunterricht

» Digital unterentwickeltes Hessen

Ob es sich um die Ausstattung mit den geeigneten Endgeräten und Übertragungsmöglichkeiten handelt oder um den Datenschutz oder E-Mailkonten für die Lehrkräfte, fast überall das gleiche Bild: Fehlanzeige, nachholende Hektik, „Fahren auf

Sicht“. – Wie die Kurzzeitigkeit des Kultusministeriums immer neue Probleme schafft, zeigen die Beiträge auf den Seiten 8, 9 und die Informationen aus dem Gesamt- und Hauptpersonalrat.

Seite 8, 9 u. 10 bis 12

» Wer zahlt für die Krise?

„Das Land Hessen muss sich für einen fairen Lastenausgleich und eine gerechtere Besteuerung der Vermögenden einsetzen.“ Diese Forderung der Linken in einer aktuellen Stunde des Landtags scheint nach Meinung der CDU-dominierten

Landesregierung unanständig zu sein. Sie versucht diese Forderung mit aller Macht zu diskreditieren. Eine ausführliche Dokumentation mit Begründungszusammenhängen auf den Seiten

14 bis 17

**Arbeitszeit- und Arbeitsbelastungsstudie 2020 –**

ein weiterer wichtiger Schritt

2017 befassten wir uns erstmals mit den niedersächsischen Studien zur Arbeitszeit und Arbeitsbelastung von Lehrkräften und waren von den Ergebnissen sehr beeindruckt. Deshalb machten wir uns auf den Weg, eine eigene Studie über die Arbeitszeit und Arbeitsbelastung Hessischer bzw. Frankfurter Lehrkräfte anzugehen.

Der Weg war nicht immer leicht und mit einiger Arbeit verbunden – und doch waren auch die Schritte auf diesem Weg eindrucklich und von Bedeutung: Vertrauensleutekonferenzen, Personalversammlungen und Multiplikatorenschulungen lieferten ebenso wertvolle Beiträge wie auch die Beschäftigung mit den konkreten Fragestellungen vor, nach und während des Erhebungszeitraums.

**Ergebnisse zeigen eindrucksvoll den Handlungsbedarf**

Jetzt liegen die Ergebnisse vor und zeigen eindrucksvoll, welchen Handlungsbedarf es gibt. Deshalb sind wir mit der Veröffentlichung nicht am Ende des Weges angelangt, sondern müssen weitere Schritte gehen, um die notwendigen Entlastungen und strukturellen Veränderungen auch durchzusetzen.

Es ist Zeit, den Trend der immer höher werden den Belastungen endlich umzukehren. Dafür werden wir – genau wie auch bei der Durchführung der Studie – Unterstützung und Mithilfe der Kolleg\*innen benötigen. Denn eins ist unwahrscheinlich: Dass das Hessische Kultusministerium nur aufgrund der Ergebnisse einsieht, dass es deutliche Entlastungen für Lehrkräfte geben muss und diese von allein angeht. Die Ergebnisse sind also auch ein Handlungsauftrag an die GEW, aber eben auch an alle Kolleg\*innen, die etwas an der Situation verbessern wollen.

Lasst uns gemeinsam das, was durch die Studie als notwendig aufgezeigt wurde, einfordern und durchsetzen!

Laura Preusker  
und Sebastian Guttmann

Bericht auf Seite 9

» Tarifverhandlungen im Öffentlichen Dienst von Bund und Kommunen?

Ohne Angebot der Arbeitgeber ist die erste Runde der Tarifverhandlungen zu Ende gegangen. 4,8 Prozent sind gefordert. Gewerkschaften und Arbeitgeber setzen die Verhandlungen am 19. September fort.

„Nachdem die Politik einen Rettungsschirm für die Kommunen aufgespannt hat, sind jetzt die Beschäftigten dran. Der Staat muss in der

Krise als Stabilisator auftreten. Dazu gehört, mit höheren Gehältern die Binnennachfrage in Deutschland zu stärken,“ so die GEW-Vorsitzende Tepe.

„Die Kommunen stecken ihr Geld lieber in Stellenanzeigen als in eine bessere tarifliche Bezahlung ihrer Erzieherinnen und Erzieher“, so eine Tarifexpertin.

Seite 2



Auftakt bei den Tarifverhandlungen im öffentlichen Dienst des Bundes und der Kommunen am 1. September 2020 in Potsdam, Bild rechts mit GEW Verhandlungsführer Daniel Merbitz, Fotos: Kay Herschelmann

## Tarifverhandlungen und ‚Systemrelevanz‘

*Liebe Kolleginnen und liebe Kollegen,*

wenige Wochen nach Beginn des Regel-Betriebs in Corona- Zeiten rücken jetzt die Tarifverhandlungen für den Öffentlichen Dienst in den Blick. Deren Ergebnisse haben Auswirkungen auf alle Beschäftigten im Sozial- und Erziehungsdienst – sei es, weil direkt nach TVöD entlohnt wird, in Anlehnung bezahlt wird, oder auch indirekt, weil der TVöD als ‚Leitwahrung‘ die Entgelthöhe in diesem Arbeitsfeld bestimmt.

Zum Zeitpunkt des Redaktionsschlusses der FLZ ist die erste Verhandlungsrunde zu Ende gegangen, wie zu erwarten ohne Angebot der Arbeitgeberseite. Dass die jetzige Tarifrunde unter den Bedingungen der Corona- Pandemie eine besondere wird, war klar. Die Kommunen verweisen auf die Einbrüche bei den Steuereinnahmen und streben eine möglichst lange Laufzeit für einen mageren Abschluss an. Dem gegenüber bleibt festzuhalten, dass gerade in den schwie-

rigen Corona-Zeiten die Bedeutung eines funktionierenden Öffentlichen Dienstes erneut überdeutlich geworden ist; und der gravierende Fachkräftemangel ist durch die Pandemie nicht kleiner geworden. Grund genug also für eine Verbesserung der Einkommen zu streiten. Darüber, in welcher Form und wann, werdet ihr selbstverständlich rechtzeitig informiert, wenn die Planungen konkretisiert sind.

Das Schlagwort der Systemrelevanz ist in letzter Zeit häufig gebraucht worden, für den Kitabereich oftmals in einer verkürzten, weil rein ökonomischen Sichtweise; demnach sind Erzieherinnen und Erzieher systemrelevant, weil ihre Arbeit ermöglicht, dass Eltern ungestört ihrer Lohnarbeit nachkommen können. Viel zu wenig mitgedacht wird dabei nach wie vor die bedeutende Rolle, die Pädagoginnen und Pädagogen bei der Sozialisation der Kinder spielen, welche Wichtigkeit gelingende Prozesse frühkindlicher Bildung für die Zu-

kunftschanzen der Kinder haben, dass Kitas ein Ort sind, in dem einige Folgen sozialer Benachteiligung ausgeglichen oder zumindest reduziert werden können. Es geht also zentral um sozialen Zusammenhalt, ermöglicht durch qualitätsvolle Arbeit gut ausgebildeter Fachkräfte – und für die braucht es, da sind wir wieder bei der Tarifrunde – attraktive Arbeitsbedingungen.

Mit dieser Thematik setzte sich auch eine Pressemitteilung der GEW Hessen vom 25. August auseinander, die ihr auf dieser Seite nachlesen könnt.

Außerdem sei euch das Interview mit Kollegen Steve ans Herz gelegt. Die Arbeit als Sozialpädagogischer Familienhelfer während Corona und die Organisation von Beschäftigten in der Sozialen Arbeit bildeten bei dem Gespräch den Schwerpunkt.

*Andreas Werther*

*Beachtet bitte auch das Interview auf S.12*

## Beschäftigte brauchen Perspektiven

GEW Hessen fordert mehr Ressourcen für frühkindliche Bildung

Eine Woche nach Ende der Sommerferien schauen viele Erzieherinnen und Erzieher mit gemischten Gefühlen auf ihre Arbeitswirklichkeit unter den Bedingungen der Corona-Pandemie. „Neben der Freude darüber, endlich wieder mit allen Kindern zusammen in der Kita zu sein, treibt viele die Unsicherheit über die weitere Entwicklung um“, gibt Maike Wiedwald, Vorsitzende der GEW Hessen, die Stimmung wieder. „Es gebührt allen Kolleginnen und Kollegen größter Respekt für ihre unentbehrliche Arbeit. Es muss allen bewusst sein, dass die Arbeit mit kleinen Kindern unter besonderen Bedingungen geleistet wird. Denn wie kaum eine andere

Ausbildungskapazitäten drastisch zu erweitern. Vielen Beschäftigten in den Kitas ist es durch die Notbetreuung aufgefallen, mit welcher pädagogischen Qualität und Intensität die Arbeit gelingt, ist die Fachkraft-Kind-Relation erst einmal verbessert.“

Die aktuellen Zahlen des Ländermonitors Frühkindliche Bildung unterstützt die Wahrnehmung der Kolleginnen und Kollegen in der Praxis. Demnach können viele hessische Kitas ihren Bildungsauftrag aufgrund von schlechten Rahmenbedingungen kaum umsetzen. Erschreckenden 81 Prozent der Kinder stände laut der Studie nicht genü-



Tarifverhandlungen TVöD 2020:

## Kein Angebot der Arbeitgeber

*Ohne Angebot der Arbeitgeber ist die erste Runde der Tarifverhandlungen für die im öffentlichen Dienst bei Bund und Kommunen Beschäftigten zu Ende gegangen. Gewerkschaften und Arbeitgeber setzen die Verhandlungen am 19. September fort.*

„Jetzt müssen sich die Arbeitgeber bewegen. Die Gewerkschaften haben ihre Karten auf den Tisch gelegt“, sagte die GEW-Vorsitzende der Marlis Tepe. Die Gewerkschaften fordern 4,8 Prozent, mindestens jedoch 150 Euro mehr Gehalt. Zudem erwarten sie, dass die wöchentliche Arbeitszeit für die Angestellten in den östlichen Bundesländern auf 39 Stunden gesenkt und damit 30 Jahre nach der Einheit an das Westniveau angeglichen wird.

„Der Staat muss in der Krise als Stabilisator auftreten. Dazu gehört, mit höheren Gehältern die Binnennachfrage in Deutschland zu stärken.“ (Marlis Tepe)

„In der Corona-Krise zeigen die Beschäftigten des öffentlichen

Dienstes, dass sie und ihre qualifizierte Arbeit unverzichtbar sind. So haben beispielsweise die Erzieherinnen in den Kitas selbst zu Hochzeiten der Pandemie mit Norddiensten dafür gesorgt, dass viele Eltern ihren Beruf ausüben konnten. Klatschen für ‚die Alltagshelden‘ allein reicht aber nicht. Jetzt müssen die Gehälter spürbar steigen“, betonte Tepe. „Nachdem die Politik einen Rettungsschirm für die Kommunen aufgespannt hat, sind jetzt die Beschäftigten dran. Der Staat muss in der Krise als Stabilisator auftreten. Dazu gehört, mit höheren Gehältern die Binnennachfrage in Deutschland zu stärken.“

**Gute Bezahlung und faire Arbeitsbedingungen**

Tepe unterstrich: „Deutschland braucht einen handlungsfähigen Staat mit hoch qualifizierten und motivierten Beschäftigten. Das zeigt uns die Corona-Krise Tag für Tag. Auch um dem Fachkräftemangel

etwa an den Kitas entgegenzutreten, muss der öffentliche Dienst für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer attraktiv bleiben: Dazu gehören nicht zuletzt eine gute Bezahlung und faire Arbeitsbedingungen.“

Eine zweite Verhandlungsrunde ist für den 19. und 20. September, die dritte für den 22. und 23. Oktober in Potsdam angesetzt. In der Tarifrunde 2020 für den öffentlichen Dienst in Bund und Kommunen geht es um Gehaltserhöhungen für rund 2,3 Millionen Beschäftigte. Dazu zählen auch die Kolleginnen und Kollegen in den kommunalen Kitas und der Jugendhilfe. Die Forderung bezieht sich auf eine Laufzeit des Tarifvertrags von einem Jahr. Ver.di hat gegenüber den Arbeitgebern von Bund und Kommunen die Verhandlungsführerschaft für die DGB-Gewerkschaften GEW, GdP und IG BAU sowie die dbb tarifunion.

Berufsgruppe sind die Beschäftigten in der frühkindlichen Bildung einem erhöhten Infektionsrisiko ausgesetzt.“

Die Einhaltung der im Alltagsleben gültigen Hygiene- und Abstandsregeln sei in den Kitas ein Ding der Unmöglichkeit. Der Schutz der Kolleginnen und Kollegen mit erhöhtem Erkrankungsrisiko habe deshalb weiterhin höchste Priorität, so Wiedwald.

„Doch es geht keineswegs um Respekt allein“, ergänzt die Co-Vorsitzende der GEW Hessen, Birgit Koch. „Aus den schwierigen Bedingungen ergibt sich die Notwendigkeit, auch zu konkreten Verbesserungen zu kommen!“ Den Beschäftigten müsse eine greifbare Perspektive für die Entwicklung ihres Arbeitsfeldes gegeben werden. Aus den Versäumnissen der Vergangenheit seien die nötigen Konsequenzen zu ziehen. Die Corona-Pandemie habe die Dringlichkeit vor Augen geführt, mit der die Probleme angegangen werden müssten. Birgit Koch fasst zusammen: „Der Bedarf an qualifizierten pädagogischen Mitarbeitern und Mitarbeiterinnen ist immens. Das Land Hessen ist aufgefordert, die

gend Fachpersonal zur Verfügung. Zudem seien über die Hälfte der erfassten Kita-Gruppen als zu groß einzustufen. „Diese Ergebnisse sind schockierend und zeigen deutlich, dass unter diesen Rahmenbedingungen eine qualitativ hochwertige pädagogische Arbeit nur schwer für die Fachkräfte umzusetzen ist“, fasst Wiedwald zusammen.

Das Land Hessen ist aufgefordert, die Ausbildungskapazitäten drastisch zu erweitern. Es braucht zudem großzügige räumliche Kapazitäten, die, abgesehen von deren pädagogischer Bedeutung, die bessere Einhaltung von Hygienestandards ermöglichen und den Gesundheitsschutz von Kindern und Beschäftigten stärken.

Dass aus häufig formulierter öffentlicher Wertschätzung auch eine tatsächliche Verbesserung der Arbeits- und Rahmenbedingungen erwächst, dafür will sich die GEW weiterhin, gemeinsam mit den Kolleginnen und Kollegen aus den Kitas und der sozialen Arbeit, einsetzen.

*Pressemitteilung vom 25. August 2020*



# Schulstart 2020

**Zwei Wochen sind seit dem Start in das Schuljahr 20/21 vergangen. Nach der langen Zeit im „Home-schooling“ freuten wir uns natürlich auf den Schulbeginn. Nun sitzen wir an unserem Lehrer-Stammtisch zusammen und sind doch recht ermüdet.**

Ein Frankfurter Kollege berichtet über die erste Aufsicht in seiner Schule, morgens vor Unterrichtsbeginn auf dem Flur des zweiten Obergeschosses. Der 20 Meter lange Flur hat gar keine Fenster, so dass kein Durchzug hergestellt werden kann. Gleichzeitig drängelten sich sämtliche Sechst- bis Achtklässler über die Treppen nach oben und warteten an ihren Klassenräumen, die er ihnen aufschloss. Auf dem Gang befanden sich etwa 100 Kinder auf engstem Raum, die eine Aerosolwolke produzieren, die nicht abziehen kann. Während dieser zwanzig Minuten befand sich unser Kollege im engen Kontakt mit den Schüler/innen in stickiger Luft.

Im Anschluss begann sein Unterricht in der 6. Klasse: 30 Schüler in einem kleinen Raum. Alle Fenster und die Klassentür waren geöffnet, so dass zum Glück die Belüftung gut war. Dagegen drang der Lärm der Schnellstraße von außen auf ihn und die Lerngruppe ein. Irgendwie verständigten sie sich. Nach der Doppelstunde ging es durch das enge Treppenhaus durch Massen von Schüler/innen nach unten. Kein Gedanke an den Abstand ... zwar hatte er es hibbelig bekommen, sie einzeln aus der Klasse in den Flur zu entlassen, aber dort trafen sie mit den Schülern der parallel gelegenen Räume zusammen.

Unsere Realschulkollegin hatte gleich am ersten Schultag mitgeteilt bekommen, dass sie noch eine Klasse dazubekomme, da ihr Fachkollege als Risikopatient ausscheidet. Er sei jetzt in der Verwaltung eingesetzt. Kann das sein, fragt sie sich, dass sie nun als Teilzeitkraft quasi in Vollzeit arbeitet? Gibt es keine Vertretungsverträge für solche Fälle?

An allen Schulen, die an unserem Stammtisch vertreten sind, gibt es Ständer mit Desinfektionsmitteln, an denen man sich im Vorbeigehen die Hände desinfizieren kann. Auch FFP-Masken haben wir alle bekommen, manche Kollegen nur zwei, andere acht oder zehn. Nach der ersten Woche Unterricht müssen auch unsere Schülerinnen und Schüler Masken tragen, was in den kleinen Räumen einfach bitter nötig ist.

Angenehm ist das für niemanden, aber es sichert uns gegenseitig wenigstens ab.

Leider trägt in den Grundschulen und Kindergärten niemand eine Maske.

Eigentlich nicht recht nachvollziehbar, überlegen wir: im Supermarkt, im Bus, im Rathaus, beim Arzt, überall ist Maskenpflicht. In vielen Büros, in der Bank, an der Ladenkasse gibt es schon lange Plexiglasscheiben, auch in unseren Sekretariaten. Nur wir Lehrer/innen und Erzieher/innen sind noch ohne Plexiglas und nicht überall müssen auch die Schüler Masken tragen.

Wie viele Lehrer/innen sind schon älter, wie viele zählen zu den Risikogruppen? Eine unserer jungen Kolleginnen aus der Grundschule hat schon eine Krebserkrankung hinter sich; schon in der ersten Woche leistete sie es sich, im Unterricht eine Maske zu tragen. Allerdings durfte sie von ihren Schülern nicht verlangen, dass diese auch eine aufsetzen. – Sie fragt in die Runde, ob wir das leisten müssen, ob wir uns einem Risiko aussetzen müssen. Gibt es nicht auch für uns die Verpflichtung zur Selbstfürsorge? In der Dienstordnung ist sie verankert.

An keinem anderen Arbeitsplatz in Deutschland müssen Mitarbeiter mit 30 Menschen ohne Abstand im Raum sitzen, aber in den engen Klassenräumen kann es keinen Abstand geben und auf den Fluren sind Massen von Kindern unterwegs. Und Kinder sind Kinder ... natürlich schubsen und drängeln sie, stecken über ihrem Fußballalbum die Köpfe zusammen oder nehmen sich in den Schwitzkasten, draußen wie drinnen, maskiert oder nicht. Und natürlich verrutschen dabei ihre Masken, manche Kinder sind

auch einfach schlampig und lassen sie unten, wenn sie gegessen haben.

Warum, fragen wir uns, gibt es nicht wie vor den Sommerferien halbierte Klassen mit einem guten Konzept? Sie hätten genügend Platz, so dass im Unterricht auf Masken verzichtet werden könnte. Für dessen Ausarbeitung hatte die Landesregierung doch genügend Zeit. Dann wäre die Ansteckung minimiert und es gäbe mehr Zeit für alle Kinder ... Jetzt ist es zu spät, noch über Raumkonzepte wie zusätzliche Container nachzudenken oder einen Betreuungspool von Studenten, die zum Beispiel die andere Hälfte der Lerngruppe mit unseren Aufträgen betreuen.

Für uns alle kommt zum normalen Unterricht noch die Betreuung von Schülerinnen dazu, die aufgrund von Vorerkrankungen den Regelunterricht nicht besuchen können. Manche werden per Videokonferenz dazu geschaltet. Natürlich sollen sie am Unterricht teilnehmen können, das ist doch klar.

Aber weiß ich denn, wer dann noch alles an meinem Video-Unterricht teilnimmt? Hört vielleicht die Mama zu und findet meine Erklärung der Matheaufgabe viel zu schwer und unklar?

Überhaupt ist der Datenschutz merkwürdig ausgehebelt in diesen Zeiten.

Vor den Ferien mussten die Lehrer/innen, die zu den Risikogruppen gehören, für ihre Freistellung ein Attest mit Diagnose in der Schule einreichen. Das war ja noch okay. Aber dieses Attest musste zum Beispiel der Ehemann, auch Lehrer, der zum Schutz seiner Frau ebenfalls nicht im Präsenzunterricht tätig sein konnte, auch an seiner Schule abgeben. Wo ist das jetzt abgehftet? Wer bekommt noch Einsicht? Das blieb alles unklar, auch, ob es nach der Pandemie zurückgegeben wird.

In unserer Runde überlegen wir, auf welchem Stand wir uns zwei Wochen nach Unterrichtsstart befinden: Ja, alle unsere Ängste haben sich bewahrheitet. Von Seiten des Ministeriums ist nichts weiter vorbereitet; der Unterricht läuft tatsächlich genauso wie vor dem 16. März. Die Technik ist auf dem alten Stand,

## editorial

„Fahren auf Sicht“ ist die neue Ausrede für politisches Nichtstun oder Pseudogeschäftigkeit geworden. Und leider nehmen es viel zu viele Menschen der Politik auch noch als alternativlos ab.

Fahren mit Klappen vor der Frontscheibe ist in der bessischen Bildungspolitik aber schon lange üblich. Insofern verstärkt die gegenwärtige Lage nur die schon bisher vorhandenen Defizite – allerdings oft ins Unerträgliche.

Ein Bildungssystem, das so „auf Kante“ genäht ist, hat schon bisher weniger die Bildungschancen verbessert als das Privatschulwesen begünstigt. So weit wie bei den Krankenhäusern sind wir in den Schulen zum Glück noch nicht, denn bei ersteren hat die Zahl der privaten inzwischen die der öffentlichen überholt.

Solange die strukturelle Vernachlässigung des öffentlichen Bildungswesens nicht überwunden wird, müssen wir uns mit all den Problemen weiter herumschlagen, zu denen das Zurückfallen hinter den technischen Durchschnittsstandard in diesem Land ebenso gehört wie das Ignorieren des Datenschutzes. Wenn 40 Jahre nach dem Versand der ersten E-Mail in Deutschland und nach jahrzehntelangen Mahnungen des Hauptpersonalrats der Lehrkräfte jetzt dienstliche E-Mail-adressen ins Auge gefasst werden, dann spricht dieses „Tempo“ Bände!

aber immerhin ist Geld für Endgeräte da. Aber können die Kinder sie auch bedienen? Wer richtet sie ihnen ein? Wer kümmert sich um den Support?

Macht der IT-Kollege dann Hausbesuche, natürlich mit Maske?

Die Maskenpflicht für alle nach der ersten Woche war natürlich genial, aber die armen Lehrkräfte an der Grundschule und KiGa- und KiTa-Erzieher/innen arbeiten immer noch ohne Abstand oder Masken. Und wird die Pflicht nach Ablauf der zwei Wochen wieder ausgesetzt? Wie wollen sich dann unsere

Wer daran etwas ändern will, muss ans Eingemachte gehen, an die Frage, wann und wie kommen wir dazu, das eine Prozent der Gesellschaft mit einem Drittel des Vermögens und die zehn Prozent mit zwei Dritteln des Vermögens endlich angemessen an den gesellschaftlichen Aufgaben zu beteiligen.

Die von der Linken unter verstärkt die gegenwärtige Lage nur die schon bisher vorhandenen Defizite – allerdings oft ins Unerträgliche.

Deshalb haben wir diese Landtagsstunde relativ ausführlich dokumentiert und mit Anmerkungen versehen. Wir lassen uns jedenfalls keinen Maulkorb verpassen.

Eine ähnliche Ignoranz legt die Landesregierung an den Tag, wenn es um die Überlastung von Lehrkräften geht. Die von der GEW in Auftrag gegebene und in Frankfurt im März durchgeführte Arbeitszeit- und -belastungsstudie ist inzwischen erfolgreich abgeschlossen und wird am 23. September 2020 den Medien vorgestellt werden. Die Ergebnisse sind hochgradig interessant und bestätigen die bisherigen Überlastungsanzeigen voll und ganz, diesmal unterfüttert mit wissenschaftlicher Expertise. Fast ein Viertel der Lehrkräfte arbeitet oberhalb der gesetzlich zulässigen Arbeitszeit von 48 Stunden pro Woche. „Lorz kann nicht mehr sagen, er habe von nichts gewusst!“

Kollegen aus den Risikogruppen schützen?

Alles, was aktuell geschieht, wussten wir Lehrerinnen und Lehrer schon vorher. Wer die Öffnung ohne Abstand befürwortet hat, war bestimmt schon lange nicht mehr in einem normalen Schulgebäude und ist dort in einen Schülerstrom geraten. Nun kommen die Folgen in Gestalt von steigenden Infektionszahlen; auch das wussten wir schon vorher. Mal sehen, wie es weitergeht.

Christine Rensing-Grüter



„Wir stehen als Versuchskaninchen nicht zur Verfügung!“ Demonstration des GEW BV Frankfurt am 19. Juni 2020 auf dem Opernplatz

# Meine Erfahrungen im Zusammenhang mit

*Eine Befragung von Frankfurter Lehrkräften kurz vor den Sommerferien 2020*

**1. Nachdem die Kinder bzw. Jugendlichen nach und nach in die Schulen zurückgekehrt sind: Wie fühlen sie sich konzeptionell und materiell unterstützt?**

**a) durch das Hessische Kultusministerium?**  
Zu fast 100 Prozent lautete die Antwort

„Garnicht!“

*manchmal verbunden mit einem verwunderten „Häh?“.*  
Typisch sind die folgenden Aussagen:

„Entscheidungen des Kultusministeriums sind verantwortungslos und auch meistens über die Presse kommuniziert.“

„Wir haben alles selbst regeln müssen wie gewohnt.“

„Die Konzeptarbeit lag bei der Schulleitung.“

„Wir mussten ständig umplanen. Die Gruppen und Personal zu mischen, ist ein fragwürdiges Konzept, nachmittags mischen sich die Kinder ohnehin.“

**b) durch den Schulträger (Stadt Frankfurt am Main)?**

*(Hierbei ist zu bedenken, dass der Schulträger sich hier auf zwei Dezernate verteilt, wobei dem Baudezernat von Stadtrat Schneider, CDU die Verantwortung für die bauliche Hygiene zukommt.)*

„Garnicht“ war zu 40 Prozent die Antwort. In der Regel wurden lediglich Masken und Desinfektionsmittel zur Verfügung gestellt, aber auch die mussten teilweise selbst organisiert werden, Sprühflaschen zum Beispiel:

„Zum ersten Mal ist aber Seife da!“

„Masken etc. mussten selbst abgeholt oder sogar bereitgestellt werden.“

*Beklagt wurde, dass keine Tests durchgeführt wurden.*

*Beklagt wurde auch die E-Mail-Flut.*

**2. Welche Anmerkungen würden Sie zur digitalen Situation der Schule (Ausstattung) für Fernunterricht machen?**

„Katastrophal.“

„Nicht gut ausgestattet!“ (mehrere Fach)

„Lahme alte Rechner, lahmes Internet, keine Geräte für die Kinder.“

„Zu wenige, zu langsame Rechner. Es müssten Tablets mit Stift zur Korrektur von Schülerarbeiten zur Verfügung gestellt werden.“

„Die digitale Infrastruktur existiert nicht; es gibt Rechner, auf denen einfache Videokonferenzen zum Teil nicht möglich sind.“

„Fernunterricht aus der Schule heraus wäre nicht möglich, da kein WLAN“ (mehrere Fach).

„Es war leider nichts da. Jetzt gibt es eine Plattform, die keiner bedienen kann und wenig nutzen.“

„Nicht existierend. Nur private Rechner in Benutzung.“

„Rückgriff auf private Mittel.“

„Es ist irrelevant, wie die Schule ausgestattet ist, wenn die Kinder kein WLAN und keinen Computer haben.“

„Für Jahrgang 1 und 2 sehr schwierig. Papierform klappt viel besser.“

digitalen Arbeiten, weshalb die Eltern stark unterstützen mussten.“

„Obwohl die Eltern über Rechner verfügen, ist die Zeit sehr limitiert für eine 1. Klasse, insbesondere bei mehreren Kindern in unterschiedlichen Schulförmen.“ (betraf fünf Kinder!)

„Bei vielen gut, bei anderen gar nicht vorhanden.“

„Teils – teils“.

„Größtenteils gut.“

den. Es gibt keinerlei Konzepte – natürlich nicht, warum auch. Viele/ die meisten Kinder trauen sich kaum, in Videokonferenzen zu reden. Ich habe es mit DrittklässlerInnen probiert. Den Kindern fehlte außerdem in der digitalen Version die gewohnten Arbeitsmittel und -methoden.“

„Ich habe im ‚Stoff‘ weitergemacht, mit Hilfe der Schulbücher, Internetseiten und Videos. Dies war in meinen Fächern (Französisch,

*Auch hier die gleiche Spreizung. Auffallend in vielen Fällen eine Überforderung sowohl von Lehrkräften wie von SuS. Mehrarbeit durch die Reparatur des Notstands war die Regel, wie auch die Antworten auf die übernächste Frage zeigen.*

**5. Welche Anmerkungen würden Sie zur Entscheidungsstruktur an Ihrer Schule machen? (Haben sich Ihre Mitentscheidungsmöglichkeiten an der Schule verändert?)**

„Der Personalrat war immer einbezogen, aber alles in allem war ein Mangel an Kommunikation auf allen Ebenen sichtbar. Zu viele Entscheidungen, Pläne in kurzen Abständen ohne gute Kommunikationsmöglichkeiten aller (Konferenzen ...).“

„Nein, sie sind so gut wie bisher. Die Informationen wurden zeitnah und transparent weitergegeben.“ (GrSch)

„Nein, die Möglichkeiten haben sich nicht verändert.“ (mehrere Fach)

„Nein, sie waren und sind positiv. Aber erreicht haben wir im Endeffekt nur minimale Dinge.“ (GrSch)

„Schon immer gemeinsame Entscheidungen.“

„Der Personalrat wurde später besser involviert.“

*Hier fällt auf, dass die Entscheidungsstrukturen als nicht so negativ empfunden wurden, wie es angesichts der Kommunikationserschwerisse zu erwarten wäre. Dies könnte daran liegen, dass die meist extrem kurzfristigen Anweisungen aus dem Kultusministerium so nicht befolgt werden konnten, und die Hauptarbeit ohnehin bei den Schulleitungen lag. Diese waren aber auf den Konsens mit dem Kollegium und eine enge Zusammenarbeit mit dem Schulpersonalrat angewiesen.*

**6. Wie hat sich Ihre Belastung verändert?**

„Sehr angespannt, dünnhäutiger.“

„Sie war immens, da ein hohes Verantwortungsgefühl da war und der Wunsch, alle Kinder gut zu versorgen. Außerdem gab es die Doppelbelastung der Versorgung in der Schule und zu Hause. Es galt/ gilt auch die Kinder in sehr großem Maße emotional aufzufangen. Viele Kinder sind völlig aus dem sonst gewohnten Rhythmus und eher strukturlös. Selbst 4. Klassen haben die Zeit in der Schule nur begrenzt für qualitative inhaltliche Arbeit in den Fächern Deutsch/Mathe nutzen können.“ (Grundschule)

„Ganze Tage vor dem Computer waren sehr belastend. Es fehlte der Wechsel zwischen Vor- und Nachmittag inkl. der zwangsweisen Pausen (Fahrten). Art und Weise, wie Feedback gegeben werden konnte (erst E-Mail, dann Schul-

*Im Zuge der „Corona-Krise“ kam es zu Schulschließungen mit allerlei Behelfskonstruktionen, die teils vom Kultusminister kurzfristig angeordnet wurden, teils den Schulleitungen überlassen wurden, ohne dass in den meisten Fällen zuvor die Voraussetzungen geklärt oder kurzfristig Hilfe von Stadt und Land angeboten wurden. Hochtrabend klingende Begriffe wie „homeschooling“ oder „Unterricht im Wechsel von Präsenz- und Selbstlernphasen zuhause“ geistern noch immer durch die Medien.*

*In der Konsequenz führte dies dazu, dass die Kinder bzw. Jugendlichen in der Regel auf die Unterstützungsmöglichkeiten im elterlichen Haushalt zurückgeworfen wurden – mit der ganzen Bandbreite der gesellschaftlichen Spaltung.*

*Lehrkräfte bemühten sich wie so oft, den Mangel zu gut es ging zu verwalten – mit besserer Ausstattung die einen, unter unzulänglichen Voraussetzungen die anderen.*

*Wir meinten, dass diese Erfahrungen es wert sind, festgehalten zu werden, um Schlüsse daraus zu ziehen. Auch wenn nicht der Anspruch erhoben wird, dass das Ergebnis repräsentativ sei. Die Idee zu dieser Befragung kam von der Fraktion Die LINKE im Römer sowie der Rosa-Luxemburg-Stiftung Hessen, die an den GEW-Bezirk Frankfurt herangetreten sind, der das Vorhaben unterstützt und durchgeführt hat. Immerhin 16 Bögen kamen ausgefüllt zurück. Im Folgenden werden die Antworten ausgewertet und teilweise im Original zitiert.*

*Hier rächt sich, dass die schon seit 20 Jahren von der GEW unter anderem geforderte Ausstattung der Schulen nie auch nur annähernd den Stand beispielsweise in Büros und Unternehmen erreicht hat, erst recht nicht den Stand der dortigen Support-Niveaus. Zugegebenermaßen ist dies auch keine billige Angelegenheit und lässt sich auch nicht mit gelegentlichen Gephyten Sonderprogrammen lösen.*

*Wie immer in solchen Fällen versuchen es die Lehrkräfte durch den Einsatz privater Mittel auszugleichen.*

**3. Welche Anmerkungen würden Sie zur digitalen Situation der Kinder bzw. Schülerinnen und Schüler zuhause machen?**

„Nicht gut ausgestattet.“ (mehrere Fach)

„Viele haben keinen Computer. Einige haben zum Beispiel das Smartphone genutzt, wenn die Eltern es gerade nicht brauchten. Zwei aus der Lerngruppe haben keine E-Mail-Adresse.“

„Einige können keine E-Mails empfangen und haben keine Endgeräte.“

„In fast allen Haushalten gibt es zumindest ein Laptop oder Tablet für mehrere Kinder bzw. die Eltern. Allerdings kennen sich die wenigsten Eltern damit aus. Es wurden zumeist nur Apps benutzt.“

„Aus meiner Klasse/meinen Gruppen hatten alle Zugang zum Internet, einige nur über das Smartphone. Die jüngeren Schüler waren aber noch nicht kompetent im

„Prinzipiell besser ausgestattet als die Schule, aber nicht alle haben die Möglichkeit.“

„Je nach Schulzweig. Grundschulkindern hatten fast nur Probleme mit instabilem WLAN zuhause, Realschüler erst spät in der ‚Cloud‘, Hauptschüler gar nicht (Jg. 8).“

„Je jünger, desto schwieriger.“

„Es liegt viel mehr an der fehlenden Unterstützung zuhause, dass es Probleme gibt, und nicht an fehlender Ausstattung.“

„Einzelne haben kein WLAN, dadurch werden sie zum Beispiel bei Videountericht von der Klasse ausgeschlossen.“

„Familien mit einem I-Pad und einem Handy absolut überfordert. Wenn digitales Arbeiten, dann braucht jedes Kind ein I-Pad.“

*Es zeigt sich hier bereits die soziale Bandbreite der Möglichkeiten. Das ist aber noch eine vornehme Umschreibung, denn tatsächlich muss hier von Diskriminierung gesprochen werden, mit all den psychischen Folgen und den Folgen für den darauf aufbauenden Unterricht der Zukunft.*

**4. Wie hat sich die digitale Situation für Sie als Lehrkraft inhaltlich dargestellt?**

„Irgendwann hatte ich eckige Augen von all den Videoschaltungen mit KollegInnen. Ich habe 3 Millionen Sachen installiert, die ich nie haben wollte, nur damit der Laden läuft.“

„Da wir stark differenziert arbeiten, ist es kaum möglich, der großen Anzahl Kinder gerecht zu wer-

den. Mathematik) meines Erachtens nur mit kleinschrittigen Arbeitsanweisungen möglich. Dies zu schreiben hat lange gedauert.“

„Aufgaben bearbeiten ohne weitere Erklärungen ist leider genau das, was schwache SuS nicht können und daher auch nicht machen.“

„Meine komplizierten Inhalte (Musik, Sport an der IGS) sind schwer zu vermitteln.“

„Ich habe sehr stark über Zoom-Konferenzen die Kinder erst einmal sozial/emotional betreut, das Tablet pro Fach und Klasse neu gestartet und daraufhin versucht, die E-Mail-Kontakte zu entzerrern.“

„Dadurch, dass nicht alle Kinder digital versorgt sind, habe ich sie inhaltlich kaum nutzen können. Nur E-Mails, Erklärvideos, Videokonferenzen nur freiwillig ohne fachliche Inhalte.“

„4. Klasse gut – 1. Klasse problematisch.“

„Schlecht.“

„Nach Anlaufschwierigkeiten ging es, in manchen Fällen war der Austausch mit den SuS sogar intensiver. Habe auch auf die Lehrbücher zurückgegriffen und eigenes erstelltes Material. (Deutsch und Ethik).“

„Ich kannte das schon, habe mich seit Jahren auf eigene Kosten fortgebildet und intensiv zu digitaler Bildung vorbereitet.“

„Viel kommuniziert und Grundlagenarbeit.“

„Da einige keinen WLAN-Zugang hatten, musste man auf verschiedene Arten arbeiten. Tutorials, Material zum Selbstarbeiten, Telefon, Kopien zum Arbeiten in der Schule...“ (Mathe, Italienisch – Gym-Zweig)



# Schule und Corona in Frankfurt



Cloud) war sehr belastend, weil umständlich.“

„Sehr hoch, angespannt, Schlafprobleme (hatte ich vorher nie), Schulter absolut verkrampt.“  
(Grundschule)

„Höher, weil durch das ständige Verändern immer wieder alles umgeplant werden musste.“

„Während des Homeschooling eine Verdoppelung der Arbeitszeit, seit dem Präsenzunterricht wieder ‚Normalniveau‘.“

„Sehr stark, viel mehr.“

„Extrem mehr: Unterricht vor- und nachbereiten plus Homeschooling bzw. telefonische Betreuung.“

**„Ich habe auf meiner 50-Prozent-Stelle durch drei Monate Distanzunterricht 100 Prozent gearbeitet.“**

„Ist gestiegen, durch Fehlen von Lehrkräften (Risikogruppe).“

„Ich habe weniger Fahrzeiten, mehr Hilfestellungen für Kollegen und SuS im IT-Bereich zu leisten, mehr SuS-Kontakte auf privaten Kanälen (Telefon, Whatsapp...)“  
(IGS, Mathe, Nawi, IT)

„Korrekturen von Arbeiten sind weggefallen – Erleichterung. Aber intensives Arbeiten an Themen und Rückmeldungen der SuS.“

„In Maßen.“

„Gleich geblieben.“

„Weniger Belastung.“

*Für die meisten bestätigt sich die Mehrbelastung. Dies besteht nicht nur in Mehrarbeit, sondern auch in*

*der psychischen Belastung, weil der Wunsch, alle SuS „mitzunehmen“, durch die Gegebenheiten nicht einlöslich ist.*

**7. Wie hat sich der Kontakt zu Ihren Schülerinnen und Schülern verändert?**

„Natürlich dünner – trotz Mails etc. In den letzten zwei Wochen wieder gut.“

**„Ich habe kaum noch Einblick wie es ihnen wirklich geht.“**

Nicht alle schreiben mir, und wenn, dann war/ist es nicht so verlässlich wie der Blick ins Gesicht. Der Kontakt ist distanzierter geworden.“  
(Gymn.zweig)

„Einige melden sich viel, andere gar nicht.“

„Weniger geworden.“

„Kein/kaum Kontakt, da entsprechender Unterricht nicht stattfand.“

„Manche kaum erreicht.“

„Anfangs hatte ich das Gefühl: Ja, wir sind eine tolle Klasse, sprechen wöchentlich über Zoom zusammen, sehen uns wöchentlich am Schuleingang. Aber in den letzten zwei bis drei Wochen ist die Stimmung bei allen gekippt (kraftlose, unmotivierter Kinder/Eltern).“  
(Grundschule)

„Persönlicher Kontakt fehlte.“

„Distanzierter.“

„Zu denjenigen, die Online waren = okay. Wenn Beziehung schon

vorhanden war, kann sie fortgesetzt werden.“

„Zu einzelnen enger (oft telefoniert), andere hat man verloren! Daher kaum eine Gleichbehandlung möglich.“

„Er ist weiterhin gut und eng. Die Kinder waren prinzipiell sehr froh, wieder in der Schule zu sein. Sie haben auch gezeigt, dass sie die Bemühungen von uns Lehrkräften wahrnehmen.“

„Gar nicht.“

„Auch positiv, mehr individuelles Feedback.“

„Intensiver/häufiger, wenig Abgrenzung.“

„Besser.“

*Hier zeigt sich zwar kein ganz einheitliches Bild. Insofern korrelieren die Antworten mit denen der Fragen 3 und 4. Mehrheitlich ergeben sich aber für Bildungsprozesse höchst bedenkliche Entwicklungen, wenn die Beziehungsebene in diesem Maße zurücktritt.*

**8. Welche Anmerkungen würden Sie zum Umgang mit den Eltern machen?**

„Die Eltern haben mit großer Geduld und Flexibilität das ihnen Mögliche getan, das ist natürlich von Familie zu Familie verschieden.“

„Mit den meisten Eltern gab es (sehr) gute Gespräche/Telefonate.“

**Im Lauf der Zeit gab es einzelne Eltern, die sich verstärkt zurückgezogen haben.“**

„Einige sind sehr frech, andere kümmern sich gar nicht. (IGS)“

„Zwei Drittel der Eltern haben sensationelle Arbeit geleistet, ein Drittel hat nichts gemacht, oft auch kaum mit mir in Kontakt getreten. Häufiges Ansprechen, das nicht wirklich half, um sich von der Arbeit freizusprechen.“

„Umfangreiche Mails und Briefe.“

„Einige mehr in die Verantwortung nehmen – verbindliche feste Zeiten.“ (Kinder nicht nächtelang auflassen)

„Zu ihnen hat sich der E-Mail-Kontakt verstärkt. Ich habe die Elternschaft der Klasse als ganze auf dem Laufenden gehalten, individuellen Umgang hatte ich weniger.“

„Zu den Eltern hatte ich mehr Kontakt.“

„Gut, ohne Zeitlimit, aber: Wochenende = Arbeitszeit.“

„Wichtig: Eltern gut informieren und Druck rausnehmen. Hatte zwei Online-Elternabende.“ (Gym)

*Auch hier ist das Verhältnis offensichtlich von der sozialen Lage der Eltern abhängig. Nur dass die Eltern und das häusliche Umfeld in dieser Zeit viel ausschlaggebender waren.*

**9. In der Öffentlichkeit wurde die Befürchtung thematisiert, dass durch diese Ad-hoc-Maßnahmen die soziale Spaltung im Bildungswesen sich verschärft hat. Wie stellt sich das aus Ihrer Sicht dar?**

„Ja, es gibt Familien, die den Alltag der Kinder gut strukturieren konnten, andere können es nicht.“

„Dies trifft absolut zu. Die Elternstimmen, die zurzeit in der Presse/Öffentlichkeit zu hören sind, sprechen in ihren Wünschen und Ideen für eine Mittelschicht. Der Großteil unserer Kinder kommt aus Verhältnissen, die andere Bedürfnisse (anderen Bedarf) haben.“

„Die Eltern, für die Bildung sehr wichtig ist, die sich die Zeit nehmen konnten oder die das Geld für eine Nachhilfe/Lernbegleitung haben, konnten ihre Kinder besser unterstützen. Das kann man soziale Spaltung nennen.“

„Absolut. Die Kinder mit Eltern, die Interesse und Stimulation für ihre Kinder anboten und Zeit hatten, sind wirklich altersgemäß und auch weiter sehr fit. Der andere Teil (ca. 6 Kinder) ist kaum noch aufzufangen und kann theoretisch kaum die nächste Klasse erreichen.“

„Maßnahmen führten meiner Meinung nach zu weiteren Spaltung. Ad hoc oder nicht ist nicht entscheidend.“

„Ja, Schüler, die keine Unterstützung von zu Hause bekommen (können), fallen hinten runter. Sommercamp wäre sinnvoll, allerdings eine Zusatzbelastung für Leitung und Lehrkräfte, manche dürfen das auch gar nicht machen.“

„Extreme Schere!!!“

„Ist völlig zutreffend.“

„Dem stimme ich zu.“ (mehrfach)

„In meiner Klasse hat sich nichts verschärft.“ (2-mal)

*Bis auf zwei Ausnahmen bestätigen alle Lehrkräfte von ihren Beobachtungen her die Zunahme der sozialen Spaltung, die ja in unserer Gesellschaft ohnehin schon vorhanden ist.*

**10. Welche Schlussfolgerungen sollten für die Zeit nach den Sommerferien gezogen werden?**

**„Kleinere Gruppen, mehr Lehrkräfte, bessere Bezahlung.“**

„Entscheidungen besser planen. Die Schließung vom 13.3.2020 ging okay, ging nicht anders. Aber auch danach kamen die Entscheidungen äußerst kurzfristig.“

„Klare Ansagen des HKM, Verlässlichkeit, PCs und weiteres Equipment zur Verfügung stellen. Gegebenenfalls personelle Unterstützung für Familien.“

„Keine ad-hoc-Entscheidungen, umzusetzen von Freitag auf Montag!“

„Besser täglich kleine Gruppen. Viel mehr Förderstunden für Schwache.“

„Für digitale Korrekturen/Feedback Tablets mit Stift an Lehrkräfte ausleihen. Zum Schutz aller: Kein Unterricht mit vollen Klassen.“

„Digitalisierung hätte in Schulen vor 20 Jahren anfangen müssen. Das hat man nicht in 6 Wochen auf. Diensthandys und Laptops für Lehrkräfte und eine gute Plattform zur Kommunikation fehlen.“

„Mehr Gelder für die nun sehr schwachen Lerner (die es auch vorher schon waren) für gesonderte Förderkurse – die ‚Corona-Förderklasse‘.“

„Homeschooling für Anfangsunterricht schwierig.“

„Kleinere Gruppen, mehr Lehrkräfte, bessere Bezahlung.“

„Erfahrungen nicht über Bord werfen. Kein business as usual. Im Wochenwechsel zum Beispiel voller Unterricht in Kleingruppen, A- und B-Wochen oder ähnliches“

„Es braucht unbedingt Fortbildung zum Online-Unterricht für alle Lehrkräfte.“

„Bessere digitale Ausstattung in der Schule. Curriculum überdenken.“ (HR)

„Die Politik darf nicht immer vom Digitalpakt reden. Sie muss schauen, dass zuhause die Ausstattung vorhanden ist. Außerdem müssen schon jetzt mehrere Szenarien durchdacht werden.“

# Bericht aus dem Bildungs- und Integrationsausschuss

Ausschuss vom  
25. Mai 2020

Die Bürgerrunde wird von Vertreter\*innen des Vereins „Familien in der Krise“ genutzt, um auf die verzweigte Situation der Eltern in der Corona-Krise – zerrieben zwischen Distanzunterricht und Kinderbetreuung – aufmerksam zu machen. Dabei zeigt sich, dass nicht zwischen den Verantwortlichkeiten in Bezug auf Schulträger und Landesregierung unterschieden wird. Sie teilen die Kritik am hessischen Gesundheitsminister Klose, der bisher keine bzw. ungenügende Aussagen zu einer Rückkehr des Präsenzunterrichts macht und kein Konzept insbesondere zur Kitaöffnung vorgelegt habe. Zwei Stunden Unterricht am Tag würden die Eltern nicht entlasten, genau so wenig unterschiedliche Präsenzunterrichtszeiten der Kinder. Beklagt wird, dass während der Zeit des Distanzunterrichts viele Lehrer nicht erreichbar gewesen seien, dass Konferenzsysteme nicht ausreichend genutzt würden, dass es keine Plexiglasvorrichtungen gebe. Nicht wissend, dass dies bereits in unerträglichem Maß stattfindet, wird vorgeschlagen, dass der Mangel an Lehrkräften durch Lehramtsstudierende abgebildet werden solle und Pädagogikstudenten und Erzieher\*innen in der Ausbildung bei den Kitas aushelfen könnten.

Frau Weber sagt, dass sie die Situation der Eltern verstehe, die

sehr schwierig sei. Sie sehe, dass die Kinder und Jugendlichen von Freund\*innen und ihrem bisherigen Schulalltag komplett abgeschnitten seien, was für sie eine zunehmend schwierigere Situation darstelle.

Aber sie kann die Aussage, dass an Familien als letztes gedacht werde, nicht nachvollziehen. Die Stadt habe viel getan, 1037 Schließungen und Wiedereröffnungen von Kitas und Schulen organisiert. Während der Schließung seien ca. 150.000 Kinder zuhause geblieben. In der Notfallbetreuung seien ca. 5.000 Kinder untergekommen, in die ESB der Grundschulen kamen ca. 100 Kinder und die Tagespflege habe ca. 150 Kinder betreut. Hinzu kam eine Betreuung während der Osterferien und an den Wochenenden. Die gerade angelaufene Öffnung betreffe 167 Schulen und 200 Träger von Kinderbetreuungseinrichtungen. Für die Öffnungen seien MNB-Masken und Desinfektionsmittel zunächst von der Stadt besorgt worden. Es wurden Seife und Seifenspender besorgt und kleinere Reparaturen durchgeführt, um die Hygiene zu verbessern. Mit dem Stadtschulamt und dem Gesundheitsamt sei ein Hygienekonzept erstellt worden.

Was die digitale Ausstattung der Schulen betreffe, so sei laut dem hessischen Datenschutzbeauftragten „Team“ zwar nicht datenschutzkonform, aber übergangsweise könnte dieses Tool in den Schulen genutzt werden. Das Medienzentrum biete Fortbildungen an, um die Lehr-

kräfte für den Unterricht mit den digitalen Möglichkeiten zu rüsten. Sie betont, dass Bund und Länder zwei Jahre gebraucht hätten, um überhaupt den „Digitalpakt“ auf die Beine zu stellen. Ein Konzept zur Kita-Öffnung werde am 2. Juni vorliegen. Die Eltern sollen in dieses Konzept einbezogen und über Ergebnisse informiert werden. Man solle aber nicht den Eindruck gewinnen, dass alles so sein werde wie vor Corona, auch wenn der Anteil der Berechtigten für eine Notfallbetreuung sich erhöht habe.

## Bericht der Dezernentin Frau Weber

### Digitalisierung:

Durch den Digitalpakt erhält Frankfurt 50 Mio. Euro. Bis Ende 2024 sollen alle Schulen mit flächendeckendem WLAN und mobilen Endgeräten (die Stadt schafft Laptops an, keine Tablets) ausgestattet sein. Jedes Jahr werden 30 Schulen ausgestattet. Weitere 12 Mio. Euro sollen in Präsentationstechnik wie Whiteboards und Beamer fließen. 8 Mio. Euro werden für die Bedarfe der beruflichen Schulen zurückgestellt, um eine digitale Ausstattung, die derjenigen der Ausbildungsbetriebe entspricht, zu erreichen. Weitere Mittel sollen in den inklusiven Unterricht fließen. Am Stadtschulamt werden 18 neue Stellen geschaffen, um die digitale Infrastruktur an den Schulen einzurichten und zu warten. Frau Weber sagt, sie habe zwar auf dem Städtetag dafür gekämpft, dass auch der technische Support



## Ausschuss für Bildung und Integration (B)

Der Ausschuss setzt sich gemäß Beschluss der Stadtverordnetenversammlung vom 12.5.2016 aus 21 Mitgliedern (5 CDU, 5 SPD, 3 GRÜNE, 2 AfD, 2 LINKE, 1 FDP, 1 BFF, 1 FRAKTION, 1 FRANKFURTER) zusammen.

Er berät und entscheidet unter anderem über Angelegenheiten und Belange aus den Bereichen: Schule - Volkshochschule - Kindertagesstätten - Stadtbüchereien.

Des Weiteren befasst er sich mit Angelegenheiten, die ausländische Mitbürgerinnen und Mitbürger sowie Aussiedler und Personen, die die deutsche Staatsangehörigkeit angenommen haben, betreffen.

Quelle: [www.frankfurt.de](http://www.frankfurt.de) / Alle Dokumente aus dem PARLamentsInformationssystem der Stadt Frankfurt am Main unter: <http://www.stw.frankfurt.de/parlis2/parlis.html>

über den Digitalpakt bezahlt werden müsse, sei aber gescheitert. So müssten dies jetzt die Kommunen stemmen. Für die Beschaffung von Endgeräten, die an die Schüler\*innen leihweise ausgegeben werden können, erhält die Stadt aus einem Bundesprogramm 5,9 Mio. Euro. Die Zuweisung der Mittel und Ausgabe Geräte orientiert sich am Bezug von SGB II. Die Stadt warte noch auf die genauen Ausführungsbestimmungen für die ca. 10.000 Geräte. Diese sollen im Schuljahr 2020/21 den Schüler\*innen, die kein Endgerät haben, zur Verfügung stehen. Es gebe aber zurzeit

sehr lange Lieferfristen. Es bleibe ungeklärt, wie zu verfahren sei, wenn den Schüler\*innen zuhause kein WLAN zur Verfügung stehe.

Ausschuss vom  
22. Juni 2020

Frau Spyra, Herr Sauerhoff und Frau Neumann stellen die Schülerzahlen zum Übergang 4/5 vor. 6.458 Kinder seien in die Jahrgangsstufe 5 gewechselt, 89 Prozent davon in öffentliche Schulen.

Fortsetzung von S.5: Meine Erfahrungen im Zusammenhang mit Schule und Corona in Frankfurt – Eine Befragung von Frankfurter Lehrkräften ...

„Das laute Schreien nach Digitalisierung müsste kritisch hinterfragt werden, würde ich mir wünschen. Grade war noch die Rede von Kindern, die zu viel Zeit am Bildschirm verbringen, und die zu dick werden, nicht genug Zeit draußen verbringen... Und plötzlich sollen sie noch mehr Zeit damit verbringen. Ganz zu schweigen von der Unkenntnis der Internetsicherheit.“

„Zu früh, um das zu beurteilen.“

Das Grundbedürfnis richtet sich auf kleine(re) Klassen bzw. Gruppen. Verbesserungen in der digitalen Ausstattung werden angemahnt, aber auch in der Fortbildung. Vor allem wird eine genaue Bestandsaufnahme durch die Regierung vermisst, die nur noch kurzatmig reagiert.

Allerdings gibt es auch kritische Stimmen zur Digitalisierung.

11.

### a) War die Schule hygienisch auf diese Krise vorbereitet?

„Nein!“ (9-mal)  
„Der Personalrat kaufte selbst Desinfektionsmittel im Baumarkt...“

„In letzter Sekunde ja.“

„Jain.“  
„Anfangs nicht.“  
„Ja, im Großen, Ganzen.“ (4-mal)

Ganz überwiegend werden die unzureichenden hygienischen Zustände beklagt. Das ist nicht neu. In Frankfurt wurde von Schülervertretungen bereits früher die „goldene Klobürste“ an Vertreter der Stadt vergeben. Auch für die Elternvertretungen war es auch früher schon ein Dauerthema. Hier zeigt sich, dass diesem Bereich in einem „Hochtechnologierland“ anscheinend genauso wenig Beachtung geschenkt wird wie den Arbeitsbedingungen des Reinigungspersonals.

### b) Hat sich daran etwas bis heute geändert?

„Anekdote: Solange die Kinder in Kleingruppen unterrichtet wurden, war der Putzplan tägliches Tischputzen. In den letzten zwei Wochen dagegen wieder nur noch 2-mal die Woche wie vor Corona. Die Putzfrau hat mir erzählt, so sei der Auftrag der Firma... Ist wieder normal.“  
„Alles ist noch umständlicher geworden.“

„Die Schule hat getan, was sie konnte.“

„Die Schule wird weiterhin allein gelassen.“  
„Es gibt nach wie vor kein warmes Wasser in WC.“  
„Besser geworden.“ (5-mal)

Nur ein Drittel der Befragten konnten hier eine Verbesserung feststellen.

### a) War die Schule räumlich und strukturell (Ganztagsangebote o.ä.) auf diese Krise vorbereitet?

„Wir sind räumlich nicht mal auf den Regelunterricht vorbereitet.“

„Kann man auf sowas vorbereitet sein?“

„Verbesserung ist nur möglich, solange nicht alle SuS gleichzeitig in der Schule sind.“

„Räumlich ließe es sich machen unter völligem Verzicht der Inhalte des Schulkonzepts. Dadurch war echte Weiterarbeit nicht möglich.“

„Ja, beziehungsweise Ganztagsangebote finden nur für Kinder in Notbetreuung statt.“

„Wir sind räumlich nicht mal auf den Regelunterricht vorbereitet.“

Strukturell wurde alles von Kollegium und Leitung gestemmt.“

„Nein!“ (12-mal)

### b) Hat sich daran etwas bis heute geändert?

„Nein“ (8-mal)  
„Nein, allerdings soll es nach den Sommerferien mit Einschränkungen in vielen Punkten wieder möglich sein.“

„Nur wenn nicht alle SuS gleichzeitig in der Schule sind.“ (mehrfach)

„Zu kleine Räume.“

### Weitere Anmerkungen

„Die Öffnung kurz vor den Sommerferien hat sich auf meine Lehrtätigkeit sehr negativ ausgewirkt. Man versucht nur noch Feuer zu löschen, um es erneut nach den Ferien zu tun (doppelte Belastung).“

„Total unnötig, die Grundschulen vor den Sommerferien für alle zu öffnen. Warum? Versuchskaninchen?“

„Durch Homeschooling wurden SuS softer benotet, Lernvoraussetzungen für kommendes Schuljahr also viel schlechter.“

„Wir brauchen WLAN, Arbeitscomputer/Laptop, Email-Adressen, professionelle Unterstützung bei der Digitalisierung vor Ort.“

„Krise offenbart Schwächen – auch im Bildungssystem. Erfahrungen ernst nehmen und daraus lernen. Erfahrungen auswerten! Nicht einfach zurück auf „normal“. Covid-19 ist noch nicht vorbei und die nächste Pandemie kommt bestimmt...“

„Die Forderungen des HKM sowie die Unverlässlichkeit und Unsinnigkeiten sind eine absolute Zumutung und Überlastung für die Schulleitung!“

„Spannende „Menschenversuche.“

„Ich fühle mich vom Kultusministerium und Schulamt im Stich gelassen. Die Schule tut alles, um dies aufzufangen. Meines Erachtens ist dies inakzeptabel. Ich fühle mich als Versuchskaninchen, wenn alle SuS ohne Konzept nach den Ferien zurückkommen sollen.“

„Spannende „Menschenversuche.“

„Ich fühle mich vom Kultusministerium und Schulamt im Stich gelassen. Die Schule tut alles, um dies aufzufangen. Meines Erachtens ist dies inakzeptabel. Ich fühle mich als Versuchskaninchen, wenn alle SuS ohne Konzept nach den Ferien zurückkommen sollen.“

„Total unnötig, die Grundschulen vor den Sommerferien für alle zu öffnen. Warum? Versuchskaninchen?“

„Durch Homeschooling wurden SuS softer benotet, Lernvoraussetzungen für kommendes Schuljahr also viel schlechter.“

„Wir brauchen WLAN, Arbeitscomputer/Laptop, Email-Adressen, professionelle Unterstützung bei der Digitalisierung vor Ort.“

„Krise offenbart Schwächen – auch im Bildungssystem. Erfahrungen ernst nehmen und daraus lernen. Erfahrungen auswerten! Nicht einfach zurück auf „normal“. Covid-19 ist noch nicht vorbei und die nächste Pandemie kommt bestimmt...“

Fragen zur Person  
(wurden nicht immer ausgefüllt)  
Welche Fächer unterrichten Sie?  
(Hier nicht ausgewertet)  
In welcher Schulform unterrichten Sie?  
(Mehrfachlich Grundschulen, aber auch HR, IGS, Gymnasialzweige KGS)  
Altersgruppe: (bitte ankreuzen)  
20 – 29 Jahre   
30 – 39 Jahre  (7-mal genannt)  
40 – 49 Jahre  (3-mal genannt)  
50 – 59 Jahre  (3-mal genannt)  
60 Jahre u. älter  (1-mal genannt)



Es gebe leicht veränderte Übergangszahlen: 51 Prozent seien auf ein Gymnasium oder den Gymnasialzweig einer KGS gewechselt, 32 Prozent an eine Gesamtschule (IGS); an Haupt- und Realschulen seien die Schülerzahlen gestiegen. Bei der Zuweisung zum Gymnasium oder dem Gymnasialzweig einer KGS wurde zu 90 Prozent der Erstwunsch erfüllt, bei weiteren 5 Prozent der Zweitwunsch; nur die letzten 5 Prozent wurden den Schulen zugewiesen (ca. 100 Schülerlenkungen).

Es wechseln ca. 10 Prozent in einen Bildungsgang, der von den Grundschulen nicht empfohlen bzw. für den eine Eignung nicht ausgesprochen wird.

Für die IGS gab es 1.894 Erstwünsche, für die Realschule 810 und für die Hauptschule 140.

481 Erstwünsche an eine IGS waren nicht erfüllbar.

An den Förderschulen gab es 183 Anmeldungen.

Der höchste Lenkungsbedarf bestand bei den IGSen (218 Schüler\*innen).

Anschließend wurde eine Studie vom Wuppertaler Institut für bildungsökonomische Forschung zu Schülerzahlen/Schulwahl vorgestellt. Es zeigte sich, dass H- und R-Schulen wieder mehr angewählt würden, was in früheren Jahren wohl nicht der Fall gewesen sei. Es wurde aufgezeigt, dass in frühere Schätzungen zu Schülerzahlen keine Prognose zur Bevölkerungsentwicklung eingeflossen sei. Somit sei ein Prognosefehler von 1,9 Prozent entstanden, der Ursache für fehlende Schulplätze in Frankfurt sei.

### Ausschuss vom 24. August 2020

In der Bürgerrunde erklärt der Verein „Familien in der Krise“ seine ausdrückliche Unterstützung für den Antrag, einen Gesamtelternbeirat für die Kitas einzurichten. So würden die Eltern und ihre Bedürfnisse unter anderem nach Vereinbarkeit von Familie und Beruf gehört. Der Verein spricht sich gegen eine Maskenpflicht für die Kinder aus, da diese die MNB dann acht Stunden am Tag tragen müssten, wenn man auch den Transport mit dem Nahverkehr mit einbeziehe. Es wird gefragt, warum es keine Ausstattung mit Plexiglas gebe und keine größeren Räumlichkeiten zur Verfügung gestellt werden.

Die Schulleitung der Berta-Jourdan-Schule erklärt, dass sie doch sehr dankbar über die von der Stadt verordnete Maskenpflicht im Unterricht sei. An der Schule seien ca. 1.800 Schüler\*innen, mehrheitlich Erwachsene, die dann auch noch in ihren Ausbildungsbetrieben, den Kitas, mit Kindern zusammen seien. Nur über die MNB sei ein gewisser Schutz des Kollegiums und der Schüler\*innen möglich.

Frau Weber sagt hierzu, dass die Hälfte der Vovid-Neuinfektionen Reiserückkehrer betreffe, deshalb gelte die MNB-Pflicht im Unterricht zunächst für 14 Tage. Auch „face-

shields“ seien erlaubt, weil die Plexiglasvisiere gerade Schüler\*innen mit Förderbedarf ermöglichen, die Lippen der Lehrkraft zu „lesen“, ein wesentlicher Bestandteil des Spracherwerbs. Frau Weber sagt zu, dass sie per mail die Institutionen informieren werde, dass auch ein „face-shield“ als MNB erlaubt sei.

Auf weitere Fragen antwortet Frau Weber, dass sie erstmal hoffe, mit den jetzt getroffenen Maßnahmen bis zum Herbst durchzukommen. Die Arbeitsgruppe von Stadtschulamt und Gesundheitsamt gewährleiste einen schnellen Informationsfluss und eine rasche Begleitung der anstehenden Prozesse und Entscheidungen. Auf Nachfrage soll weiteres Schutzausrüstungsmaterial an die Schulen geliefert

#### Bericht der Dezernentin:

Es haben Sommercamps, angelehnt an den „Deutsch-Sommer“ der Polytechnischen Gesellschaft stattgefunden. So sei es IK-Schüler\*innen ermöglicht worden, entstandene Bildungsrückstände aufzuholen.

In der Notfallbetreuung seien 60 Prozent der Tagespflegefamilien beteiligt gewesen, 10 Tagespflege-

familien hätten auch während der Osterferien eine Betreuung durchgeführt.

Ein Info-Flyer an alle Einrichtungen zur Weitergabe an die Eltern bietet Information und Aufklärung zu Covid-19, zur Prävention über MNB und zur Testung. Dieser Flyer ist auch auf der Homepage des AMKA in mehreren und in einfacher Sprache abrufbar.

Alle Lehrkräfte könnten sich alle zwei Wochen bis zu den Herbstferien kostenlos testen lassen, dies betreffe auch das Verwaltungspersonal an den Einrichtungen, die Schulhausverwaltung und das Personal der GTB-Betreuung. Für das Personal, das nicht über die Regelungen des Landes Hessen für eine Testung benannt worden sei, werde die Stadt die Testung durchführen.

Die Stadt hat 9.000 Laptops beschafft, die ab September den Schulen als Leihgeräte für die Schüler\*innen zur Verfügung stehen. Zur Softwareausstattung konnte Frau Weber keine genauen Angaben machen, es gebe wohl open-source-Software. Auf die Geräte würde nach Auslieferung an die Schulen zentral über das Amt 40 die Software aufgespielt. Das Amt 40 habe 18 Stellen geschaf-

fen, um den Support über Hotline mit den schulischen IT-Beauftragten zu gewährleisten; aber der schulische Beauftragte ist in erster Linie für die Leihgeräte zuständig!!! (Da im Durchschnitt von einer Schülerzahl von 12 Prozent an den Schulen ausgegangen wird, deren Familien Leistungen nach ALGII beziehen – und in erster Linie sind für diese Schüler\*innen die Leihgeräte gedacht – hat ein IT-Beauftragter so dann zum Beispiel an einer Schule mit 1.200 SuS zusätzlich die Verantwortung für über 120 Laptops!!!).

Für Schüler\*innen, denen zuhause kein Internetzugang zur Verfügung steht, werde die Stadt mobile LCD-Sticks und mobile Internet-Router zur Verfügung stellen.

#### Bericht des Dezernenten vom ABI, Herrn Schneider:

Er sagt, da sein Amt doch oft angegriffen werde, werde er hier im Ausschuss die Gelegenheit nutzen und die Arbeit der letzten Monate des ABI vorstellen. Er stellt u.a. die sanierte Klingerschule (Kosten: 21,1 Mio Euro) vor. Das größte Problem bestehe darin, für die neu zu gründenden Schulen Grundstücke zu finden. Es sei gelungen, im

Ostend, das Gelände des ehemaligen Clementinen-Hospitals als Grundstück für eine Grundschule zu sichern. Dies sei in Zusammenarbeit mit dem Grundstückseigentümer erreicht worden. Ein Projektentwickler wird nach dem neuen Raumprogramm auf dem 3700 qm großen Gelände eine vierzügige Grundschule mit großem Schulhof bauen, Räumlichkeiten für GTB, Mensa und Turnhalle inklusive. Die Schule wird schlüsselfertig für die Stadt gebaut und geht dann in das Volleigentum der Stadt über. Das neue Planungsrecht im SEP habe die Möglichkeit geschaffen, entweder Grundstücke anzukaufen oder auf Erbpacht zu erlangen/ zu mieten; es erlaube aber auch eine gemeinsame Entwicklung des Grundstücks. Während der Sommerferien seien viele Sanierungsarbeiten an Schulen abgeschlossen / umgesetzt bzw. begonnen worden (z.B. Henri-Dunant-Schule: 22 Mio Euro, Erweiterung der Franckeschule 10,5 Mio, Musterschule 10 Mio, Container für die Schule am Mainbogen 3,4 Mio, Johanna-Tesch-Schule 21,2 Mio, ...).

*Christina Avellini  
und Ingeborg Ulrich*

## Bildungslandschaft Gallus – alles Schall und Rauch?

Im Mai 2017 hatte Schuldezernentin Weber in einem Gespräch mit der AG Bildungslandschaft Gallus angekündigt, dass ab Sommer 2019 „abschnittsweise“ der neue Campus an der Idsteiner Straße im Gallus gebaut werden könnte. Bis zum Schuljahr 2020/21 solle die Auslagerung aller Institutionen, die sich jetzt auf dem Gelände der Paul-Hindemith-Schule (PHS) und drum herum befinden, erfolgt sein.

Noch im gleichen Jahr startete die sogenannte Planungsphase 0, die Ende 2018 – unter Beteiligung aller betroffenen Einrichtungen – mit dem Abschlussbericht beendet wurde. Am 19. Juni 2019 fand ein Informations- und Austauschtermin im Stadtschulamt statt. Dabei wurden folgende Zeithorizonte genannt: Magistratsvorlage bis zum 4. Quartal 2019 oder 1. Quartal 2020 und circa ein Jahr Architekturwettbewerbszeit.

Seitdem herrscht Funkstille. Weder Schuldezernat noch Amt für Bau und Immobilien (ABI) leiteten konkrete Schritte ein: Keine Finanzvorlage, kein Architektenwettbewerb, keine Ausschreibung, keine Pläne für die Auslagerung. Als einzige Einrichtung wurde das Kinderzentrum Krieffler Straße 82 vor circa einem Jahr ausgelagert, seitdem steht das Gebäude leer.

Am 17. März 2020 wurde ein Gespräch mit Frau Weber und der AG Bildungslandschaft Gallus zum Thema, wie es weitergehen soll, coronabedingt abgesagt. Daraufhin hat die AG sich im Mai in einem Schreiben an die Schuldezernentin und das ABI gewandt und die mittlerweile erheblichen Mängel im vorhandenen Gebäudebestand aufgelistet. Denn wie lange die maroden Gebäude, insbesondere der so-

genannte „Neubauattrakt“ der PHS, die Turnhalle, die Toilettenanlagen sowie Jugendhaus und Kita noch genutzt werden müssen, steht in den Sternen. Zu Zeitplänen, Ausschreibung eines Architektenwettbewerbs, Kriterien für das zweiphasige Wettbewerbsverfahren, von Umzugs-

sätzliche Räumlichkeiten, eine ausreichende Mensa, genügend Lehrer\*innenarbeitsplätze – alles in einer gebundenen Ganztagschule unverzichtbar – Fehlanzeigen!

Keine Berücksichtigung des hohen Anteils von Schüler\*innen aus sozial schwachen Elternhäusern,



oder Übergangsmaßnahmen, Kostenrahmenschatzung – keine Antwort – weder vom Schuldezernat noch vom ABI.

#### Sechszügig statt vierzünftig – pädagogische Argumente werden vom Tisch gewischt

Allerdings betont Weber in demselben Schreiben: „Die Sechszügigkeit der PHS wird beibehalten“. Was ist der Hintergrund dieser expliziten Feststellung? Die PHS wird seit 2016 jedes Jahr um zwei Klassen vergrößert und ist so in den letzten vier Jahren von rund 600 auf 810 Schüler\*innen angewachsen. Zu-

den zusätzlichen drei Intensivklassen und der PuSch-Klasse, den maroden Fach- und Klassenräumen im sogenannten A-Bau, den neuen Herausforderungen durch die inklusive Beschulung. Unberücksichtigt die Raummehrbedarfe, wie sie den Schulen im „Planungsrahmen weiterführende Schulen 2020“ zugestanden werden. Ebenso das Schulprogramm, welches auf Vierzügigkeit aufbaut, um die gebundene Ganztagschule überschaubar zu halten, um Konflikte besser bearbeiten beziehungsweise durch Vermeidung dringvoller Energie erst gar nicht entstehen zu lassen, Platz

für zusätzliche Ganztagsangebote zur Verfügung zu haben und allen Schüler\*innen, die es benötigen, ein Mittagessen in der ohnedies zu kleinen Mensa zu ermöglichen. Pädagogische Innovationen, zum Beispiel mit Partnerklassen auf Jahrgangsfloren zu arbeiten, werden schlicht ignoriert. Stattdessen verweist das Schuldezernat gebetsmühlenartig auf den Schulentwicklungsplan, in dem für die PHS die Sechszügigkeit verankert sei – jetzt und immerdar.

Natürlich steht die Stadtverwaltung durch die steigenden Schüler\*innenzahlen beständig unter Druck. Nur – ist es für die Betroffenen zumutbar, für die städtischen Fehlplanungen den Kopf hinzuhalten und eine Bestandsschule wie die PHS als „Staubsauger“ für nicht unterzubringende Schüler\*innen zu nutzen?

Unterstützung hat die Schulgemeinde in der Vergangenheit vom Ortsbeirat 1 erhalten: In mehreren „Anregungen“ an den Magistrat hat der Ortsbeirat die Beibehaltung der Vierzügigkeit der PHS ebenso wie ein Vortreiben der Pläne zur Einrichtung der Bildungslandschaft Gallus gefordert.

Dazu eine Anekdote zum Schluss: Über das Ignorieren der vom Ortsbeirat vorgetragenen Argumente für eine Vierzügigkeit der PHS war dieser unisono empört und formulierte in einer Vorlage: „Mit keinem Wort geht der Magistrat auf das eigentliche Ansinnen des Ortsbeirats ein. Genauso nichtssagend hätte der Magistrat auch berichten können, dass höchstwahrscheinlich morgen wieder die Sonne aufgeht und es gestern bereits tat“ (Vorlage OA 509 an die Stadtverordnetenversammlung).

*Christoph Baumann*



## Lernplattformen einführen, aber nachhaltig

Mit der Pandemie-bedingten Notwendigkeit, Formen des Distanzunterrichts zu entwickeln, kündigt sich nun eine nachholende Digitalisierung unserer Schulen an. Das ist grundsätzlich gut, weil wir im Vergleich mit anderen europäischen Ländern Jahrzehnte staatlicher Inaktivität aufzuholen haben. Das kann aber auch ganz schön mies werden, da die Anforderungen einer schnell nachzuholenden Digitalisierung auf eine Kultusbehörde treffen, in der ganz offensichtlich keine konzeptionelle Einigkeit vorherrscht.

### Staatliche oder private Digitalinfrastruktur?

Ein stimmiges Konzept ist am Status Quo des Schulportals Hessen (SPH) durchaus zu erkennen, das von der Hessischen Lehrkräfteakademie auf landeseigenen Servern bei der Hessischen Zentrale für Datenverarbeitung (HDZ) betrieben wird. Dort arbeiten seit Jahren kompetente Kolleg\*innen an einer Lernplattform von Lehrkräften für Lehrkräfte. Und das mit Personal im höheren einstelligen Bereich und ohne jegliche IT-Fachkraft chronisch unterbesetzt. Was das im Zuge des schulischen Runs auf digitale Unterrichtslösungen angesichts von Corona bedeutet haben mag, kann sich jede Arbeitnehmer\*in an ihren fünf Fingern abzählen – Megastress!

An dieser Tatsache lässt sich bereits eine konzeptionelle Inkonsistenz ablesen, hinter der System zu stecken scheint. Ein weiterer Anhaltspunkt dafür ist ein Hessischer Beauftragter für Datenschutz und Informationsfreiheit (HBDI), der gegen seinen ureigenen Auftrag arbeitet, wenn er etwa jüngst für die Dauer der Corona-Pandemie alle verfügbaren Videoplattformen für die schulische Nutzung freigibt. Mit dem an vielen Unis bewährten Open-Source-Webkonferenzsystem BigBlueButton, das sich wunderbar im bestehenden SPH integrieren ließe, wäre nun wirklich eine datenschutzkonforme Lösung auf landeseigenen Servern längst machbar gewesen. Stattdessen vermeldet das Hessische Kultusministerium (HKM) im Hauptpersonalrat (HPRLL) jüngst, eine europaweite Ausschreibung für ein Videotool ausgelobt zu haben.

Hinter solchen systematischen Verzögerungen steckt entweder Unkenntnis über die Anforderungen digitaler Bildung oder ein starker Wille zur Auslagerung derselben an privatwirtschaftliche Unternehmen. Vielleicht auch beides.

Für ein solches Outsourcing steht vordergründig das schlagende Argument, dass Microsoft, Google und Co. mit ihren dienstbaren und reichlich vorhandenen Ressourcen die Schulen schnell und unkompliziert mit Lernplattformen versorgen könnten.

Nun, wer sich zum ersten Mal mit einer Lernplattform bzw. einem Learning Management System (LMS) beschäftigt, muss Zeit für diese Fort-

bildung investieren. Wie binde ich welche Medien ein? Wie surfe ich von A nach B? Wie kann ich mit Schüler\*innen und Kolleg\*innen kommunizieren und kooperieren? Usw. Auch wenn sich die Genies aus dem Silicon Valley gerne als Tech-Variante des Zauberers von Oz vermarkten, diese Mühen kann einem kein LMS der Welt abnehmen.

Die Ressourcenfrage ist dagegen in der Tat entscheidend. Wie zum Beweis verhängt die Lehrkräfteakademie einen zwischenzeitlichen Antragsstopp für die Aufnahme weiterer Schulen ins SPH. Doch hierbei handelt es sich um nichts weiter als eine self-fulfilling prophecy der Freund\*innen der Privatwirtschaft im HKM. Denn sie treten bei der Freigabe von angemessenen Personal- und Sachressourcen ganz offensichtlich auf die Bremse.

### Risiken von privatwirtschaftlichen Plattform-Services ...

Im Gegensatz zu Open-Source-Software kommt bei den kommerziellen Plattformen proprietäre Software zum Einsatz. Während bei ersteren die Programmcodes offen liegen und in der Regel von unabhängigen Stellen wie Universitäten datenschutzrechtlich geprüft werden, sind die Programmcodes der kommerziellen Geschäftsgeheimnis. Personenbezogene Daten werden so einer Black Box überantwortet, oder besser: ausgeliefert. Kurz, Datenschutz und blindes Vertrauen in Unternehmen, die unter anderem mit Nutzer\*innen-Daten ihr Geld verdienen, passen nicht zusammen.

Die bekannten kommerziellen Lernplattformen laufen in der Regel zudem über Server in den USA und unterliegen damit nicht dem europäischen Datenschutzgesetz (DS-GVO) bzw. sind zusätzlich dem Zugriff der diversen US-Ermittlungs- und Geheimdienstbehörden ausgesetzt.<sup>1</sup> Im Besonderen sind die Office-365-Lizenzen des Medienzentrums Frankfurt ausschließlich für den privaten Gebrauch von Lehrkräften gedacht und beinhalten jenseits der Lizenznahme keine Gewähr für den Datenschutz.<sup>2</sup> Diverse Nutze-

r\*innendaten werden an Microsoft übermittelt.<sup>3</sup> Eine Nutzung als schulische Lernplattform ist mit der städtischen Lizenz nicht vereinbar. Zudem liefert Microsoft keine pädagogische Software, sondern neben ihren bekannten Bürolösungen nur eine reine Datenschleuder.

### ... und der Schaden für Lehrkräfte, Schüler\*innen und Gesellschaft

Die Nutzung jenseits der DS-GVO erfolgt für Lehrkräfte auf privates Risiko; vor allem das Risiko, unwissentlich ein Dienstvergehen zu begehen. Zudem hat das Kollegium keinen Einfluss bei der Entwicklung der LMS-Umgebung und verliert im Digitalen somit ihre pädagogische Autonomie. Und unsere Schüler\*innen werden schlimmstenfalls in die rigide Welt von morgen gezwungen, den Learning Analytics.<sup>4</sup> Die privatwirtschaftlichen LMS-Anbieter\*innen werden sich auch über das Geschäft mit den Fortbildungssetats der Schulen freuen, das sie damit auf einen Schlag vereinnahmen können.<sup>5</sup>

Die Black Box einer proprietären Softwareplattform bedeutet außerdem den Verlust der persönlichen wie der gesellschaftlichen Daten-Souveränität in öffentlichen Schulen. Anfänglich möglicherweise kostengünstige Angebote werden zunächst vor allem mit den Daten der Nutzer\*innen bezahlt, die in der Regel für die Entwicklung des Geschäftsmodells genutzt werden. Dem dürfte wie das Amen in der Kirche langfristig eine Abhängigkeit der Bildungseinrichtungen vom Anbieter ihrer verhängnisvollen Wahl mit weniger günstigen Konditionen folgen. Ein gängiges Geschäftsgeba-

ren im digitalen Kapitalismus.<sup>6</sup> Der Ort Schule verliert mit einer solchen Wild-West-Digitalisierung nicht zuletzt auch seine Vorbildfunktion.

### Datenschutz und Mitbestimmung sind kein Hexenwerk!

Das Schulportal Hessen, das modular aus der Plattform für die pädagogische Organisation und den Open-Source-LMS Moodle und Mahara zusammengesetzt ist, bietet demgegenüber eine wirkliche pädagogische Alternative! Die Kollegien können die Nutzung des SPH nach den in der Gesamtkonferenz beschlossenen Grundsätzen selbst bestimmen. Gegebenenfalls können sie über ihre Administrator\*in auch Entwicklungswünsche an die SPH-Kolleg\*innen richten und so mitgestalten.

Aber auch beim SPH gibt es in Sachen Datenschutz und personalräthlicher Mitbestimmung einiges zu beachten. Zwar sitzt hier (noch?) niemand mit den Fingern am Server, der die Daten der Schulen aus kommerziellem Interesse gewinnen will, jedoch mit der Dienststelle Staat und Arbeitgeber\*in gleich in einer Rechtsperson. Was auch in einem Rechtsstaat nicht automatisch zur Wahrung der Bürger\*innen- und Arbeitnehmer\*innenrechte führt.

Personalräte und schulische Datenschutzbeauftragte können im Rahmen einer Dienstvereinbarung dafür sorgen, dass Schulleitungen ihren Pflichten bei der Nutzung von Lernplattformen nach DS-GVO und HPVG auch nachkommen. Solidarisch und demokratisch nachhaltig gestimmte Schulleitungen können

PR- und DSB-Kolleg\*innen kongenial entlasten, indem sie sich ihrer Rechenschaftspflichten als Daten verarbeitende Stelle nach DS-GVO auch ohne deren Druck bewusst machen und diesen schlicht nachkommen.

Diese Rechenschaftspflichten drehen sich um die datenschutzrechtlichen Topics Transparenz, Zweckbindung, Datenminimierung, Richtigkeit, Speicherbegrenzung, Integrität und Vertraulichkeit. Sie sind grundsätzlich kein Hexenwerk und könnten über einige ineinandergreifende Maßnahmen umgesetzt werden.<sup>7</sup> Damit macht sich eine Schule auf den Weg zu einer solidarisch und demokratischen nachhaltigen Schule, die ihrem Bildungsauftrag so auch digital glaubhaft nachkommen kann.

### Das Schulgesetz braucht ein digitales Update, das SPH bedarfsgerechte Ressourcen

Die rechtlichen Voraussetzungen für eine abschließende Verwirklichung von Daten- und Arbeitsschutz sowie Arbeitsrecht im Digitalen ist der Gesetzgeber jedoch bislang schuldig geblieben. Dafür muss die Digitalisierung der Bildung auch in Schulgesetz und Verordnungen abgebildet werden. Denn erst wenn dort zum Beispiel die Erforderlichkeit der Nutzung einer Schulplattform als reguläres Unterrichtsmedium festgeschrieben ist, ergibt sich daraus auch ein kollektiver Anspruch von Lehrkräften wie Schüler\*innen auf eine funktionierende Infrastruktur. Bis dahin können diese als Einzelne weiter dazu genötigt werden, für die digitalen Elemente des

1 Vgl. zur schulischen Nutzung von Microsoft Teams als Teil von Office 365 „Man schickt überforderte Schulen in einen Papierkrieg mit besorgten Eltern“. Interview mit Jurist Peter Hense. In: Süddeutsche Zeitung v. 28. 7. 2020. Kurz-URL: <https://ogy.de/zm5o> (30. 7. 2020)

2 Die „Informationen zum Gutscheinformodell Microsoft Office 365 Teacher Advantage Benefit für private User“ sind in einer perfiden Mischung aus „Zum privaten Gebrauch“ -Anrufungen und „Eigent-

lich nicht zum dienstlichen Gebrauch geeignet, aber“-Rhetorik abgefasst. Eindeutigkeit sieht anders aus. Von einer Nutzung als Lernplattform ist hier nicht die Rede!

3 Vgl. dazu „Warum Microsoft-Lizenzen nur eine Scheinlösung für digitalen Unterricht bringen würden“ In: FLZ 2/2020, S. 4

4 Vgl. GEW-Broschüre von Sigrid Hartong: Learning Analytics und Big Data in der Bildung. (November 2019)

5 Vgl. René Scheppeler: Im Dienst der Konzerne. In: HLZ 1-2/2019, S. 14f.

6 Vgl. konkret das GEW-Dossier „Aktivitäten der Digitalindustrie im Bildungsbereich“. (November 2019), und grundsätzlich Timo Daum: Das Kapital sind wir. Zur Kritik der digitalen Ökonomie. Hamburg 2017

7 Einen Überblick gewähren die beiden PR-Handreichungen zu Lernplattformen auf unserer Homepage. Kurz-URL: <https://ogy.de/kvar> (4. 9. 2020)



# Dienstliche E-Mailadressen? – Endlich – aber nicht so!

Seit langem haben sich die aktiven Kolleg\*innen in der GEW Hessen für eine dienstliche E-Mailadresse eingesetzt. Die Vorteile liegen mit Blick auf den Status Quo auf der Hand. Bei den bislang benutzten privaten E-Mailadressen – was gegebenenfalls mit Abstrichen auch für improvisierte Schulmailadressen gilt – stehen wir mit einem Fuß mitten in einem Dienstvergehen sobald personenbezogene Daten in unserem beruflichen Datenverkehr auftauchen. Im Posteingang vermischen sich stets Beruf und Freizeit, grässlich für den Arbeitsschutz.

## Ein Kunstgriff aus der Kategorie „Geht's noch?!“

Die Art und Weise der Einführung der dienstlichen E-Mailadressen bringt jedoch schwerwiegende Probleme mit sich, die die genannten Vorteile mindestens wieder kassieren. In Sachen Datenschutz ist ohne die parallele Ausstattung der Lehrkräfte mit dienstlichen Endgeräten, wie in anderen Bereichen von Wirtschaft und Verwaltung längst üblich, nicht viel gewonnen. Mit Blick auf die umfangreichen Administrations- und Heimarbeitsplatzvorgaben für die Nutzung eines privaten Endgeräts, wie in der E-Mail-Richtlinie des HKM verfügt, dürften dem längst nicht alle von uns nachkommen können. Sei es weil etwa die Wohnung zu klein ist oder es schlicht am informationstechnologischen Expert\*innenwissen fehlt. Die dienstlichen Rechner in der Schule sind als mögliche Alternative meist zahlenmäßig zu wenig vorhanden, als das man ohne Wartezeiten an ihnen arbeiten könnte. Ihre Nutzung schränkt zudem unsere räumliche Autonomie jenseits der Unterrichtsstunden ein.



Oft laufen die Kisten in Frankfurt zudem noch auf dem technisch inzwischen überholten Windows-7-Betriebssystem und das dort installierte pädagogische Netz verhindert möglicherweise zusätzlich die Nutzung des dienstlichen E-Postfachs via Browser.

Die ersten Kolleg\*innen mit eingeschränktem oder nicht vorhandenem Sehvermögen melden zurück, dass die dienstliche E-

Mailadresse für sie nicht zu erreichen ist. Diese fehlende Barrierefreiheit macht überdeutlich, dass hier mit heißer Nadel ziemlich Murx gestrickt wurde.

Als besonderes Schmankele kommt noch die Zwei-Faktor-Authentifizierung hinzu. Sie ist an sich ein gutes Verfahren, um sich sicher in ein Benutzer\*innenkonto einzuloggen. Es gibt die unterschiedlichsten technischen Möglichkeiten, wie sie

etwa vom Online-Banking mit niederschwelliger Hardwareausrüstung bekannt sein dürften. Im Informationsblatt, das das HKM mit den Zugangsdaten verschickt hat, wird allerdings jede\*r von uns ausgerechnet dazu aufgefordert, die Google Authenticator App „auf Ihr Smartphone“ zu installieren – statt dafür seriöse Open-Source-Apps zu empfehlen.<sup>1</sup> Das setzt zum einen stillschweigend voraus, dass sich neben dem einen privaten Endgerät ein zweites, nämlich ein hinreichend neues Smartphone in unserem Besitz befindet beziehungsweise angeschafft wird. Zum anderen zieht mindestens der Internet-Gigant Google daraus digitales Kapital, da er unser dienstliches (sic!) Nutzungsverhalten mit freundlicher Unterstützung des HKM auswerten und für seine Zwecke verwerten kann.

Wir sollen nun ab dem 1. Februar 2021 dienstlich dazu gezwungen werden, uns diesem Prozess zu unterwerfen. Ansonsten würden wir unsere Dienstpflichten nicht erfüllen.

## Wie konnte es soweit kommen?

Die E-Mail-Richtlinie wurde im Hauptpersonalrat der Lehrerinnen und Lehrer (HPRLL) mit dem Kultusministerium seit Dezember 2019 verhandelt. Der HPRLL hatte dabei stets betont, dass die Nutzung solange freiwillig sein muss, wie die Lehrkräfte noch nicht mit dienstlichen Endgeräten ausgerüstet worden sind. Da entsprechende Zugeständnisse der Dienststelle ausblieben, lehnten die HPR-Kolleg\*innen diesen Erlass schließlich ab. Der vom HKM daraufhin berufene

Vorsitzende der Einigungsstelle stimmte dann im Juni überraschenderweise der Position des Hauptpersonalrats zu. Parallel hatte sich die Landesregierung jedoch bereits mit der „Innovation“ der Lehrkräftemail in der Öffentlichkeit geschmückt, woraufhin sich Alexander Lorz auf den so genannten Ministerentscheid berief. Mit diesem kassierte er das Einigungsergebnis und damit die personalrätlichen Mitbestimmungsrechte kurzerhand autoritär ein. Allein der Aufschub der verpflichtenden Nutzung um ein Halbjahr und die vage Zusage, die Ausstattung der Lehrkräfte mit Dienstrechnern prüfen zu wollen, wurde zugestanden.

## Was tun? Was tun!

Auch die für Lehrkräfte-Dienstrechner veranschlagten Mittel, die Mitte August beim Schulgipfel im Kanzler\*innenamt vereinbart worden sind, werden durch die Verzögerung zunichte gemacht. Sollte das HKM dann weiter auf die verpflichtende Nutzung bestehen, ohne anderweitig für Abhilfe gesorgt zu haben, wird die GEW Hessen in all seinen Gliederungen das nicht hinnehmen ohne dem vorhandene rechtliche und politische Mittel entgegenzusetzen. Gerade für entsprechende politische Aktionen wird es dann entscheidend darauf ankommen, dem HKM mit eurer Unterstützung auch zu diesem Thema einen heißen Herbst zu bereiten!

Dirk Kretschmer

<sup>1</sup> Das ließe sich mit ein wenig Kenntnis von der Materie für alle Plattformen im Nullkommunikationsrecherchieren. Z.B. auf AlternativeTo. Kurz-URL: <https://logy.de/xigf>

Fortsetzung von S.8: Don't go West

Unterrichts eine eigene private Infrastruktur vorzuhalten – und mit dem Rattenschwanz an Problemen, die damit im Einzelnen verbunden sind, irgendwie zurechtzukommen oder eben auch nicht. Diese Gesetzeslücke muss schleunigst geschlossen werden.

Nicht nur damit können die Damen und Herren im HKM ihren Beitrag zu einer nachhaltigen Digitalisierung leisten. Außerdem wäre es dringend erforderlich, dass sie ihre Blockadehaltung auch endlich mit Blick auf bedarfsgerechte personelle und sachliche Ressourcen des Schulportals aufgeben. Ganz pädagogisch ressourcenorientiert sollten sie sich an ihren Erfolg bei der LUSD erinnern – Nutzer\*innen orientiert und mit landeseigenem Personal und Infrastruktur betriebl. Diesen Ansatz gilt es beim Schulportal konsequent weiterzuentwickeln, ungebremst!

Dirk Kretschmer

## Ergebnisse der Arbeitsbelastungsstudie liegen vor!

Am 23. September 2020 wurden die Ergebnisse der „Arbeitszeit und Arbeitsbelastungsstudie von Lehrkräften an Frankfurter Schulen 2020“ öffentlich vorgestellt. Sie sind sowohl umfang- als auch erkenntnisreich, sodass auch der wissenschaftliche Abschlussbericht deutlich ausführlicher als ursprünglich geplant ausfällt. Aus diesem Grund werden hier auch nur einige Ergebnisse kurz benannt, alles andere würde den Rahmen dieser Zeitung sprengen.

Aber: Der komplette Bericht und auch der Vorstellungsvortrag von Frank Mußmann sind digital zugänglich, weitere Informationen hierzu sind auf den Homepages der GEW Frankfurt ([www.gew-frankfurt.de](http://www.gew-frankfurt.de)) und der GEW Hessen ([www.gew-hessen.de](http://www.gew-hessen.de)) zu finden.

Eindrucksvoll sind bereits die Teilnehmerzahlen, mit 1199 Teilnehmer\*innen bei der Arbeitszeiterfassung und 1477 bei der Erfassung der Arbeitsbelastung haben sich etwa 25 Prozent der teilnah-

mehrberechtigten Kolleg\*innen beteiligt. Da die Teilnahme freiwillig und auch mit einem gewissen Aufwand verbunden war, ist das eine enorme Beteiligung, die natürlich auch aus statistischer Sicht die Qualität der erhobenen Daten und gewonnenen Erkenntnisse steigert. Da der Erhebungszeitraum am 8. März 2020 endete, sind auch Einflüsse der Veränderungen durch die „Coronapandemie“ nicht darin enthalten. Vielmehr bilden sie die Belastungen und die Arbeitszeit unter „Normalbedingungen“ ab.

## Exemplarisch benennen wir an dieser Stelle vier markante Ergebnisse:

Die sich aus Vorgaben ergebende und im Rahmen der Studie berechnete wöchentliche Sollarbeitszeit hessischer Lehrkräfte fällt mit etwa 47,5 Stunden im Vergleich zu anderen Bundesländern sehr hoch aus. Aus den Erhebungen an den teilnehmenden Schulen ergaben sich



sogar noch höhere Durchschnittsarbeitszeiten.

Aufgrund dieser hohen Werte ist es nicht verwunderlich, dass 21 Prozent der teilnehmenden „Vollzeitlehrkräfte“ (Durchschnittswert der teilnehmenden Schulformen) in Schulwochen über 48 Stunden arbeiten. Dennoch überraschte uns dieser hohe Wert, bedeutet es doch, dass jede fünfte Vollzeit-Lehrkraft der Wochenarbeitszeitvorgabe der EU-Richtlinie von 48 Stunden überschreitet! Und auch der Anteil der Mehrarbeit bei Teilzeit-Lehrkräften ist enorm.

Und dazu passend, geben über 80 Prozent der teilnehmenden Lehrkräfte an, dass sie sehr häufig bzw. oft Erholungspausen verkürzen oder ganz ausfallen lassen. Etwa 65 Prozent der teilnehmenden Lehrkräfte müssen im Rahmen ihrer Arbeit sehr häufig bzw. oft bis an die Grenze ihrer Leistungsfähigkeit gehen.

Zwei Drittel der teilnehmenden Lehrkräfte geben an, dass der Arbeitsdruck in diesem Jahr im Vergleich zum Vorjahr zugenommen hat. Dieser Wert ist deutlich höher als im Bundesdurchschnitt aller abhängig Beschäftigten, die mit dem DGB-Index Gute Arbeit befragt wurden. Hier gibt dies nur ein Drittel an.

## Wie geht es weiter?

Die Fülle der Ergebnisse macht es notwendig, diese zusammenzufassen und aufzubereiten, was in nächster Zeit innerhalb der GEW geschehen wird. Wir werden darüber und über die nächsten Schritte umfassend informieren.



Von links nach rechts bzw. hinterer nach vorderer Reihe: Laura Preusker, Dirk Kretschmer, Jens Kleemann, Alexander Grund, Claudia Glock, Manuela Adalati, Sven Hennemann, Heidi Franciszczok, Ernst Olbrich, Martina Dunkel-Volkmandt, Susanne Hüttig, Sabine Friedrich, Christine Rensing-Grüter, Katja Weber, Stefan Kockelmann, Heinrich Zorko, Ingeborg Ulrich, Andrea Peters, Heide Krodol-Johne, Sebastian Guttman, Meike Bär, Hanne Hirn, Enis Gülegen, Christina Avellini, Ricarda Ebert-Diehl, Daniel Glida, Alexandra Menk

## Nachrichten aus dem

### Verschiebung der Personalratswahlen

Nachdem die Personalratswahl aufgrund von Corona ausgefallen ist und die Amtszeit der Personalräte bis zum 31. Mai 2021 verlängert wurde, ist jetzt auch klar, dass der neue Wahltermin im Mai 2021 sein wird, wobei der exakte Termin noch festgelegt werden muss. Der Hauptwahl- und der Gesamtwahlvorstand wurden bereits benannt, da ja die anstehenden Formalitäten und Fristen eingehalten werden müssen. Wir unterstützen und beraten gerne die Kolleg\*innen vor Ort und empfehlen, zeitnah Wahlvorstände an den Schulen zu bilden. Denn auch außerhalb der Coronazeit sind starke Personalvertretungen wichtig, die sich für die Rechte der Kolleg\*innen vor Ort einsetzen.

### Personelle Veränderungen im Staatlichen Schulamt

Auch im neuen Schuljahr gibt es viele personelle Veränderungen im Staatlichen Schulamt. Frau Dr. Neumann, zuständig für den Bereich der Gesamtschulen und die Intensivklassen, ist zum 1. September ins Hessische Kultusministerium gewechselt. Als neue Dezernentin für diese Bereiche ist Frau Fritz zuständig, die vorher als Schulleiterin an einer Gesamtschule außerhalb Frankfurts tätig war. Ebenfalls nicht mehr im Staatlichen Schulamt tätig, weil inzwischen im Ruhestand, ist Herr Fischer, Dezernent im Bereich der Beruflichen Schulen sowie den Bereich Arbeits- und Gesundheitsschutz. Wir hoffen, dass hier eine schnelle Neubesetzung für beide Bereiche erfolgt.

Frau Kleine-Jänsch ist seit diesem Schuljahr nicht mehr als schulfachliche Dezernentin im Bereich der Gymnasien tätig, sondern konzentriert sich verstärkt auf den Bereich der Stellen/Einstellungen und Personalbearbeitung. Außerdem ist sie jetzt die Stellvertretende Amtsleitung.

Auch in der Sachbearbeitung und anderen Bereichen kam es zu vielen Wechsels, zum Teil auch spontanen Wechsels. Wir hoffen, dass es in Zukunft im Staatlichen Schulamt eine größere personelle Kontinuität geben wird, sodass Schulleitungen und Beschäftigte konstante Ansprechpersonen haben.

### Versetzungen im hesseninternen und im Ländertauschverfahren

Auch im vergangenen Schuljahr haben wir viele Versetzungsverfahren begleitet und unterstützt und so für die betroffenen Kolleg\*innen viel erreichen können. Durch die zunehmende Zahl an Lehrkräften nimmt allerdings auch die Zahl der Versetzungen deutlich zu. Damit eine gute Beratung gelingen kann, sind wir darauf angewiesen, dass uns die Kolleg\*innen mit Versetzungswunsch bereits vor dem 1. Februar 2021 kontaktieren.

### Einstellungstermin und Konferenz

Zum Start in das Schuljahr soll eine Gesamtkonferenz am Ende der Ferien stattfinden. An vielen Schu-

len passiert das am Freitag in der letzten Woche, zunehmend werden aber auch andere Tage in der letzten Woche hierfür genutzt. Die Amtsleitung des Staatlichen Schulamts und der Gesamtpersonalrat sind sich darüber einig, dass dies schon allein aus arbeitsrechtlicher Sicht nicht zulässig ist, da ja viele neu eingestellte Kolleg\*innen (und zwar Beamt\*innen wie auch TVH-Kräfte) erst zum letzten Freitag in den Ferien eingestellt werden. Findet die Konferenz an diesem Freitag statt, gibt es kein Problem. Findet sie früher statt, sind die Kolleg\*innen nicht teilnahmeberechtigt. Dies kann man weder durch einen sogenannten „Gaststatus“ der betroffenen Kolleg\*innen noch durch eine Umbenennung der Konferenz ändern, wie es an manchen Schulen praktiziert wird. Die einzige korrekte Lösung ist hier, dass diese Konferenz eben am letzten Tag der Sommerferien stattfindet.

### Neues aus dem Bereich UBUS

Der Gesamtpersonalrat hat sich dafür eingesetzt, dass die UBUS-Fachkräfte des Schulamtsbezirks Frankfurt eine Fachberatung bekommen. Denn mittlerweile gibt es sie an 84 Grundschulen und 73 IGS'en, Realschulen, Gymnasien und Berufsschulen. Dafür ist es notwendig geworden, für sie eine zentrale Anlaufstelle einzurichten, so dass wichtige Fragen Gehör und Beantwortung finden können. Die erstmalig für ein Jahr befristeten Abordnungsstellen teilen sich Andrea Eberwein (Grundschule) und Sibilla Friedrich-Pauly (Gymnasium). Die beiden werden ihre Kolleg\*innen an den Schulen bei der Bearbeitung von Themen, wie zum Beispiel die Begleitung und Beratung bei der Konzeptentwicklung, die Planung, Organisation und Durchführung von fachbezogenen Fortbildungen unterstützen. Auch die Begleitung bei Konflikten an ihren Schulen ist dabei ein wichtiger Faktor. Da auch der Gesamtpersonalrat im Schulamt arbeitet, ist der Weg dahin bei Bedarf kurz und effektiv. An einem Tag (geplant ist der Donnerstag) werden sie gemeinsam telefonisch im Schulamt über die Zentrale 069-3898900 erreichbar sein.

### Arbeits- und Gesundheitsschutz

Neben den „üblichen“ Themen wie Bausanierungen, Hitze, Kälte, Schimmel und Lüftungsproblemen war die Arbeit des GPR von Fragen zum Arbeitsschutz unter Corona dauerhaft geprägt. Dabei haben wir die meisten freitags erscheinenden Hygienepläne und die am Montagmorgen erscheinenden Präzisierungen hierzu kritisch begleitet und auf Probleme, vor allem für Frankfurter Schulen hingewiesen und in einigen Fällen auch erfolgreich vermittelt.

Dabei wurden unter anderen die Fragen der nicht anwendbaren Desinfektionsmittel, die an die Schulen verteilt wurden, erörtert, ebenso die Fragen der sonstigen Schutz-ausrüstung. Wir haben versucht zu eruieren – und sind noch

### Beamtinnen und Beamte

Name	Schule	Typ	e-Mail Adresse
Adalati, Manuela	Kirchnerschule	GrS	Manuela.Adalati@gew-frankfurt.de
Avellini, Christina	Helmholtzschule	Gym	Christina.Avellini@gew-frankfurt.de
Bär, Meike	FR-Dessauer Gym.	GOS	Meike.Baer@gew-frankfurt.de
Franciszczok, Heidi	Elsa-Brändström	GrS	Heidi.Franciszczok@gew-frankfurt.de
Friedrich, Sabine	Panoramaschule	Fö	Sabine.Friedrich@gew-frankfurt.de
Glock, Claudia	Holbeinschule	R	Claudia.Glock@gew-frankfurt.de
Gnida, Daniel	Friedrich-Dessauer	GYM	Daniel.Gnida@gew-frankfurt.de
Guttman, Sebastian	Karl-Oppermann	Fö	Sebastian.Guttman@gew-frankfurt.de
Hartert, Melanie (Nachr.)	Helene-Lange-Schule	Gym	Melanie.Hartert@gew-frankfurt.de
Hüttig, Susanne	Stauffenbergschule	BS	Susanne.Huettig@gew-frankfurt.de
Kretschmer, Dirk	Max-Beckmann-Schule	GOS	Dirk.Kretschmer@gew-frankfurt.de
Preusker, Laura	GS Rebstock	GrS	Laura.Preusker@gew-frankfurt.de
Ulrich, Ingeborg	Schule am Ried	KGS	Ingeborg.Ulrich@gew-frankfurt.de
Weber, Katja	Ernst-Reuter-Schule II	IGS	Katja.Weber@gew-frankfurt.de
Zorko, Henrich	Ernst-Reuter-Schule II	IGS	Henrich.Zorko@gew-frankfurt.de

### Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer

Name	Schule	Typ	e-Mail Adresse
Gülegen, Enis	Sophienschule	H	Enis.Guelegen@gew-frankfurt.de
Krodol-Johne, Heide	Viktor-Frankl-Schule	Fö	Heide.Krodol-Johne@gew-frankfurt.de

### Schwerbehindertenvertreter

Name	Schule	Typ	e-Mail Adresse
Wrede, Engelbert		SSA FFM	engelbert.wrede@kultus.hessen.de gsbvffm.e.wrede@gmail.com

### Gesamtpersonalratsbüro

gesamtpersonalrat@kultus.hessen.de

### Impressum [info@gew-frankfurt.de](mailto:info@gew-frankfurt.de)

**FLZ** vorm. Frankfurter Lehrereizung  
**Herausgeber**  
Bezirksverband Frankfurt a. M.  
der Gewerkschaft Erziehung und  
Wissenschaft (GEW) im DGB,  
Bleichstr. 38a, 60313 Frankfurt,  
Tel.: 069 – 291818, Fax: 069 – 291819  
E-mail: [info@gew-frankfurt.de](mailto:info@gew-frankfurt.de)  
**Bürozeiten** Geschäftsstelle des  
Bezirksverbandes:  
dienstags und mittwochs 13 bis 17 Uhr  
donnerstags 14 bis 18 Uhr  
**Vorsitzende**  
Sebastian Guttman, Laura Preusker

**FLZ-Team** Christine Rensing-Grüter,  
Jessica Peters, Herbert Storn  
**Rechtsberatung** Heide Krodol-Johne,  
Daniel Gnida, Thomas Sachs  
montags 15.30–17.30 Uhr,  
Tel.: 069 – 13 37 78 71, in den Ferien  
findet keine Rechtsberatung statt.  
**Satz & Layout**  
Karin Dienst, Christian Häussler  
**Druck** ORD - Oberhessische Rollen-  
Druck GmbH  
**Auflage** ca. 3.200  
**Erscheinungsweise** 4 bis 5 mal jährlich

**Fotos** wenn nicht anders angegeben: FLZ  
Der Bezugspreis ist durch den Mitglieds-  
beitrag abgegolten.  
**Redaktioneller Hinweis:** Die Redaktion  
freut sich über Zuschriften – möglichst  
als unformatierte Word-Datei. Namentlich  
gekennzeichnete Beiträge geben nicht  
unbedingt die Meinung der Redaktion  
wieder. Sie behält sich das Recht der  
Kürzung vor.  
Wir danken allen Karikaturisten, Fotogra-  
fen und Autoren der Bild- und Textmate-  
riallen für die freundliche Überlassung.  
Redaktionsschluss Nr. 4-2020: siehe homepage



# Gesamtpersonalrat beim Staatlichen Schulamt Frankfurt am Main

dran – ob alle *Lüftungsanlagen* in Schulen auf Coronaverträglichkeit geprüft wurden. Wir arbeiten an der Frage, warum Schulen keine *Luftreinigungsgeräte* zur Verfügung gestellt werden und sind der Meinung, dass die Gesundheit von 30 Kindern und einer LK pro Raum 600–3000 Euro wert sein muss. Was wird sonst im Winter? Auch die *Schutzrüstungen* für die Kollegien sind nicht ausreichend: bisher einige FFP2-Masken in limitierter Anzahl, unzulängliches Desinfektionsmittel, keine Plexiglasscheiben, keine Luftreiniger. Der Winter naht und wir sehen das als nicht ausreichend. Außerdem gab es das Thema der sehr unterschiedliche *Handhabung von Coronafällen seitens des Gesundheitsamtes*: es sei eine Einzelfallprüfung; die Kommunikation der sehr unterschiedlichen Handhabungen gelang aber nicht so transparent, dass dies nicht zu großer Aufregung und Verunsicherung an den Schulen geführt hätte. Auch eine an den Schulen organisierte zentrale Coronatestung gelingt nicht, was den Ärzt\*innen und Kolleg\*innen erhebliche Mehrarbeit verursacht: warum ist das nicht hinzubekommen? Es gibt bereits gute Beispiele dafür, viele Ärzt\*innen haben Bereitschaft erklärt und bereits Konzepte entworfen. Ebenso schwierig ist es mit den jetzt vorgeschriebenen coronabezogenen Gefährdungsanalysen an Schulen: Wenn der MAS für die *Corona-Gefährdungsanalysen/Begehungen* an das Gesundheitsamt verweist, das Gesundheitsamt aber wegen Überlastung Schulen derzeit nicht begehrt, wie kann eine Schulleitung die Sicherheit der Beschäftigten gewährleisten? Und was ist zu tun, damit Beschäftigte umgehend an die notwendigen Informationen kommen (Gefährdungslage an der Schule), um informierte Entscheidungen zu treffen? Diese Begehungen sind mehrfach vorgeschrieben (Arbeitsschutz-DV, neue Arbeitsschutzregeln des BMAS, ArbSchG).

Dies sind nur einige der Themen, die im Bereich Corona und Gesundheitsschutz anfielen, eigentlich fühlte sich die Coronazeit wie eine Dauerarbeitsschutzausschussung an. Bitte lasst uns Fragen und Beschwerden zu diesem Thema unter [gesamtpersonalrat@kultus.hessen.de](mailto:gesamtpersonalrat@kultus.hessen.de) zukommen.

## Onlineunterricht und Video-konferenzen

Ein weiteres großes Thema ist der vom Hessischen Kultusministerium immer wieder propagierte Onlineunterricht, sei es durch Zuschaltung von Schüler\*innen zum stattfindenden Unterricht oder für ganze Gruppen. Unserer Auffassung nach geht dies nur mit Einverständnis der betroffenen Lehrkräfte. Das Hessische Kultusministerium scheint dies anders zu sehen und geht mit Verweis auf die Dienstordnung davon aus, dass eine einfache Anweisung der Schulleiter\*in ausreicht, um Persönlichkeitsrechte von Lehrkräften zu übergangen. Mal ganz abgesehen davon, dass hier die Möglichkeit einer nicht angekündigten/nicht

wahrnehmbaren Hospitation durch Eltern ermöglicht wird, die ja nicht erlaubt ist. Wir werden hier, genauso wie der Hauptpersonalrat und die GEW weiter darauf hinarbeiten, dies im Sinne der Kolleg\*innen zu klären.

Bereits die Installation von Einrichtungen, die der Überwachung des Verhaltens der Beschäftigten dienen können (Kameras, Mikrofone usw.), ist allerdings nach § 74 (1) 17 HPVG mitbestimmungspflichtig. Die Maßnahme *muss* also *vorher* von der Schulleitung gegenüber dem Personalrat mit ihren Auswirkungen umfassend erläutert werden und dann ein Antrag auf Zustimmung gestellt werden. Diese kann der Personalrat auch verweigern, sodass es zu einem Stufenverfahren kommt. Sollte es solche Einrichtungen bereits geben, ohne dass der Personalrat beteiligt wurde, ist dies unverzüglich nachzuholen. Stattdessen kann aber auch ein anderes Vorgehen zielführender sein: Bereits im § 74 HPVG steht ausdrücklich, dass die Mitbestimmung auch durch Abschluss einer Dienstvereinbarung durchgeführt werden kann. Diese würde dann zwischen Schulleitung und Personalrat verhandelt. Wir denken, dass es auch viele Schulleitungen gibt, die daran ein Interesse haben. Aus unserer Sicht sollte diese auf jeden Fall die Freiwilligkeit der Teilnahme für die Kolleg\*innen beinhalten, nur so bleibt der Frieden an der Dienststelle erhalten.

Wir bieten hier allen Personalräten unsere Beratung und Unterstützung an.

## Dienstliche Emailadressen und Lernplattformen

Auch die Themen „Dienstliche Emailadressen“ und „Lernplattformen“ thematisieren wir immer wieder und dringen auf notwendige Verbesserungen. Um Doppelungen zu vermeiden, verweisen wir auf die beiden Artikel von Dirk Kretschmer zu diesen beiden Themen, die einen guten Überblick bieten (S. 8–9).

Wir bleiben auf jeden Fall an beiden Themen dran!

## Verpflichtende Abordnungen von Sek I-Schulen an Grundschulen

Die an Grundschulen bestehenden Lücken, die unserer Beobachtung nach nur wenig mit Corona, sondern viel mehr mit langfristiger Fehlplanung zu tun haben, sollen in diesem Schuljahr durch die teilweise Abordnung von Gymnasiallehrkräften (manchmal auch Haupt- und Realschullehrkräfte) gefüllt werden. Sowohl der Hauptpersonalrat als auch der Gesamtpersonalrat haben große Zweifel an der Wirksamkeit dieser Maßnahme. Diese haben wir auch gegenüber der Dienststelle deutlich geäußert. Auf dem Papier wird natürlich die Unterrichtsversorgung sichergestellt, gleichzeitig bedeutet sie aber eine Mehrbelastung für die abgeordneten Kolleg\*innen, die sich nicht nur in zwei Schulsystemen bewegen, sondern in einem davon auch in keiner Weise ausgebildet sind. Auch für die Grundschulkolleg\*innen ist eine enorme Mehrbelastung da, weil sie die Einarbeitung, Beratung und Begleitung vor Ort komplett übernehmen müssen. Aus unserer Sicht wäre das mindeste eine vor dem Einsatz im Unterricht stattfindende ausführliche Fortbildung der Kolleg\*innen aus der Sekundarstufe I und Entlastungsstunden für die zusätzlich belasteten Kolleg\*innen gewesen. Die jetzt geplanten grundlegenden Fortbildungen an mehreren Tagen können an manchen Stellen sicher eine kleine Hilfe sein, sind aber bei weitem nicht ausreichend.

Da alle Abordnungen zunächst nur für ein Jahr laufen, unterliegen sie nicht der personalrätlichen Mitbestimmung. Dennoch werden wir über die Abordnungen informiert und sprechen entstehende Probleme auch an. Wenn es an eurer Schule solche Abordnungen gibt, teilt uns bitte mit, wie es läuft und welche Probleme sich ergeben.

Und noch eine allgemeine Anmerkung zum Thema Abordnungen:

## Unterminierung des Landesabiturs

Die GEW Hessen tritt gegen die Pläne des Kultusministeriums ein, ohne die Schaffung angemessener Entlastungsmaßnahmen die schriftlichen Prüfungen des Landesabiturs nach den Osterferien zu terminieren. Die GEW Hessen setzt sich für eine Verbesserung der Arbeitsbedingungen der im Abitur an allgemeinbildenden und berufsbildenden Schulen eingesetzten Kolleginnen und Kollegen ein. Die GEW fordert daher:

1. die Beschränkung auf vier Abiturprüfungen, wie es in vielen Bundesländern nach wie vor gängige Praxis ist. Davon bleiben die Prüfungsformate unberührt.
2. einen Korrekturtag je vier schriftlicher Arbeiten für Korrigierende.
3. keinen Einsatz im Bereich der Vertretung für Korrigierende (auch keine sogenannten „Stattstunden“) und eine entsprechende Aufstockung der VSS-Mittel, Vertretungsreserven sowie zusätzliche Studientage.
4. Abschaffung der externen Korrekturen, die lediglich zusätzlichen Aufwand bedeuten.

*Beschluss des Landesvorstands vom 30. Januar 2020*

Kolleg\*innen, die abgeordnet werden, müssen darüber eine schriftliche Verfügung erhalten, in der Stundenumfang, Beginn und Ende der Maßnahme und eine Begründung steht. Dies gilt für alle Abordnungen und natürlich auch für die oben beschriebenen.

## Abiverschiebung

Bereits in diesem Schuljahr sollen die Landesabiturtermine nach den Osterferien liegen. Wir halten dies aus Gründen der Arbeitsbelastung für Kolleg\*innen nicht zumutbar, wenn nicht umfassende Entlastungsmaßnahmen dieses Vorhaben begleiten. Das haben wir auch gegenüber dem Staatlichen Schulamt deutlich gemacht. Dies ist sicher ein Thema, das sowohl von Personalräten und Gewerkschaften auf allen Ebenen hartnäckig und vehement verfolgt werden muss. Hier verweisen wir auch auf den Beschluss der GEW, der genau dies aufgreift.

## Ferienakademie

Ebenfalls unter dem Aspekt der entstehenden Mehrarbeit, in diesem Fall insbesondere für Schulleitungen, haben wir die in den letzten beiden Wochen der Sommerferien stattfindenden Ferienakademien

thematisiert. War vom Kultusministerium gegenüber dem Hauptpersonalrat die Freiwilligkeit der Teilnahme auch für Schulen betont worden, so wurde diese schnell vergessen, als weit über 1000 Schüler\*innenanmeldungen nur einige wenige Schulen gegenüberstanden. Ein großer Teil der 30 Schulen tat dies also keineswegs freiwillig und das aus guten Gründen. Denn die Mehrarbeit war keinesfalls gering: Lerngruppen bilden, Raumbelagungen planen, Hygienekonzept hierfür überarbeiten, Verträge abschließen, manchmal auch Sanierungs- und Reinigungsmaßnahmen neu koordinieren, ... und das alles dann, wenn man sich eigentlich vom zusätzlichen Stress aus der Coronabeschulung erholen sollte! Wir haben dies mit dem Staatlichen Schulamt eingehend thematisiert und auch klargestellt, dass sich so etwas nicht wiederholen darf. Längere Vorplanungszeiten, aber auch echte Freiwilligkeit und Entlastung an anderer Stelle müssen die Grundlage für solche Projekte sein. Wir haben mit dem Schulamt auch vereinbart, dass insbesondere für Schulen, die wenige Schulleitungsmitglieder haben, jetzt nach Entlastungsmöglichkeiten gesucht wird.



Die Kandidatinnen und Kandidaten für die Gesamtpersonalratswahl müssen noch bis Mai 2021 warten.

## Informationen aus dem Hauptpersonalrat

Mit dem Bemühen, nach dem Lockdown den HPRLL wieder in voller Besetzung tagen zu lassen, konnte mit wechselnden Sitzungsräumlichkeiten ab dem 13./14. Mai 2020 wieder seitens der HPRLL-Mitglieder regulär getagt werden. Erstmals fand auf Wunsch der Dienststelle eine Bedarfssitzung am Ende der Sommerferien statt. Verwunderlich war, dass am Tag vor dem Sitzungstermin mehrere Tagesordnungspunkte von der Dienststelle abgesagt wurden, die doch in Teilen eine Sinnhaftigkeit dieser Sitzung minimierte.

Gerade bei der Erörterung des Hygieneplans 5.0 in der darauffolgenden Sitzung, die parallel zur vorbereiteten Sitzung mit Hygieneplan 4.0 lief, wäre eine zeitliche Abstimmung im Blick auf den bevorstehenden Schuljahresbeginn „zielführend“ gewesen.

Im Folgenden nun die Inhalte, die zum jetzigen Zeitpunkt relevant sind:

### Dienstliche E-Mailadressen (weitere Informationen S.9)

Nach über einem Jahr wurde die Erörterung beendet. Mit einer aufwändigen Power-Point-Präsentation im Oktober 2019 versuchte die Dienststelle, die elektronischen Erfordernisse für die Schaffung eines dienstlichen E-Mailzugangs für Lehrerinnen und Lehrer, Sozialpädagogen und Sozialpädagogen, Referendarinnen und Referendare sowie Ausbilderinnen und Ausbilder deutlich zu machen. Die Schaffung entsprechender Zugänge umfasst derzeit etwa 77.000 Beschäftigte.

Der HPRLL drängte nach Streichung der Funktionspostfächer für Personalräte aus der Richtlinie für dessen Wiederaufnahme. Zwar müssen zuerst die persönlichen Postfächer eingerichtet werden, bevor die Gremienmitglieder ihr Funktionspostfach eingerichtet bekommen können. Der HPRLL hielt an seiner vor Jahren schon eingebrachten Forderung für Funktionspostfächer dennoch fest, die dann im Zuge der Einführung der dienstlichen E-Mailadressen endlich zu Verfügung gestellt werden können.

Eine ablehnende Haltung nahm der HPRLL bezüglich des Zeitpunktes der Nutzung ein, da die notwendige Ausstattung mit dienstlicher Hardware nicht gewährleistet ist, um ein reibungsloses Abrufen der Mails unter entsprechenden datenschutzrechtlichen Regelungen sicherzustellen.

Die Einigungsstelle Anfang Juni führte, mit Vorsitz der Dienststelle, zu einem für den HPRLL zufriedenstellenden Ergebnis, welches jedoch per Ministerentscheid gekippt wurde – ein schriftlicher Bescheid liegt dem HPRLL derzeit immer noch nicht vor.

Die nun verpflichtenden dienstlichen E-Mailadressen ab dem 1. Februar 2021 sieht der HPRLL weiterhin kritisch.

### Projekt „Fehlzeit Lehrkraft in Schule (FLiS)“

Das Projekt FLiS soll der statistischen Erfassung von Fehlzeiten von Lehrkräften und sozialpädagogischen Fachkräften dienen. Corona-bedingt konnte die Projektgruppe die Ergebnisse einer solchen Statistik nicht vorlegen. Die rechtliche Grundlage (Dienstordnung für Lehrkräfte, Schulleiterinnen und Schulleiter und sozialpädagogische Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, DO §§ 12, 18, 23) ist, dass die Fehlzeiten der Beschäftigten erfasst werden müssen, die im

Zuge der Digitalisierung vereinheitlicht werden sollen.

Für den HPRLL unter der Prämisse der Datensparsamkeit nicht nachvollziehbar ist, dass die Dienststelle eine Erfassung von drei Kategorien vorsieht. So sollen neben Krankheit und dienstlich begründeten Abwesenheitszeiten (z.B. Praktikumsbesuche, Klassenfahrten, Fortbildungen) auch die infolge der Pflege von Angehörigen, einer genehmigten Dienstbefreiung oder durch „schulhaftes“ Fernbleiben vom Dienst bedingten „Fehlzeiten“ unter dieser Rubrik erfasst werden. Zudem sollen Freitextfelder für Schulleitungen in der Eingabemaske zur Verfügung stehen, was der HPRLL für datenschutzrechtlich bedenklich hält. Der HPRLL konnte zumindest sicherstellen, dass die Abwesenheitsstatistik den Lehrkräften/Sozpäd. jederzeit ausgedruckt und zur Überprüfung und ggf. notwendigen Korrektur ausgehändigt werden kann. Mit einigen Anmerkungen des HPRLLs wurde der Erlass zur Kenntnis genommen.



Marjan Blom / unsplash.com

**Verbeamtung auf Lebenszeit unter Bedingungen der Corona-Pandemie – Lehrprobe als Grundlage für eine dienstliche Anlassbeurteilung**  
Aufgrund der Belastungen der Gesundheitsämter wurde von einem Schulumt die Verfügung herausgegeben, dass sich die Probezeit für die Verbeamtung auf Lebenszeit um ein Jahr verlängere, wenn derzeit ein Unterrichtsbesuch wegen der Pandemie nachgeprüft werden muss. Ebenfalls wurde von einem Schulumt die Variante der „freiwilligen Verlängerung“ der Probezeit für ein Jahr ins Spiel gebracht. Die GEW-Rechtshilfe hat geklärt, dass nach § 20HBG als auch nach § 9 der HVO eine Bewährungsfriststellung höchstens um drei Monate hinausgezögert werden könne. Der HPRLL betont mit Nachdruck, dass solche Regelungen nicht hinzunehmen und die Fristen für die Lebenszeitver-

beamtung gemäß Rechtslage einzuhalten sind.

### Themenkomplex Distanzunterricht (Ausstattung, Schulportal, Datenschutz)

Distanzunterricht und dessen technische Ausstattung ist derzeit Dauerthema; zum einen beschäftigte den HPRLL die Frage nach mobilen Endgeräten für bedürftige SuS (hierfür hat die Landesregierung die Bundesmittel in Höhe von 37 Millionen um 13 Millionen aufgestockt) und die damit verbundene zeitnahe Beschaffung und Ausgabe. Das Thema Schulportal und dessen neue Tools „Organisationshelfer für das mündliche Abitur“ sowie „externer Noten-Client“ wurden wegen der Abstimmung der Dienststelle mit dem Datenschutzbeauftragten noch nicht vorgelegt und erörtert. Die Dienststelle hat zugesagt, dies dem Gremium vorzulegen. Wann der „Aufnahmestopp“ für das Schulportal aufgrund fehlender Serverkapazitäten für die noch nicht angeschlossenen Schulen aufgehoben wird, kann erst nach externer Vergabe entschieden werden. Das Tool des Schulportals ist nicht als Einführung digitaler Klassenbücher zu verstehen, hier gehe es ausschließlich um Eintragungen der jeweiligen Lehrkraft, die auch nur diese vornehmen und abrufen kann (als mögliche Ergänzung zum herkömmlichen Lehrerkalender). Eine Rechtsgrundlage für das Einführen elektronischer Klassenbücher existiert nicht.

Die Handreichungen zum Umgang mit den digitalen Medien (incl. „Unterrichts-ersetzende Lernorte“) werde derzeit überarbeitet; ein Leitfaden zum Umgang mit Video-Konferenzen sei ebenfalls in Arbeit. (vgl. Abschnitt Videoübertragungen)

### LiV-Kommission

Über viele Jahre hatte der HPRLL im Rahmen der vertrauensvollen Zusammenarbeit zum Zweck der Verteilung der LiV an die Studienseminare und Schulen mit der Lehrkräfteakademie zwei Mal jährlich getagt und in Konfliktsfällen nach Lösungen gesucht. Mittlerweile erhält das Gremium nur noch auf digitalem Wege anonymisierte Listen, was die Nachvollziehbarkeit und somit die Einbindung der Kommissionsmitglieder unmöglich macht. Da der LiV-Kommission somit die Sinnhaftigkeit entzogen wurde, hat der HPRLL beschlossen, diese als gesondertes Gremium nicht mehr tagen zu lassen und gegebenenfalls eine Erörterung im gesamten Gremium auf die TO zu setzen.

### Erlass „Verpflichtende Abordnung von Lehrkräften von Gymnasien und Gesamtschulen an Grundschulen zur Deckung der Einstellungsbedarfe an Grundschulen“

Von Anfang an hatte der HPRLL sich vehement gegen „Zwangsanordnungen“ ausgesprochen. Wie in der letzten FLZ kurz berichtet, hatte der HPRLL ein Beschlussverfahren vor dem Verwaltungsgericht

Wiesbaden eingeleitet, welches leider verloren ging. Der Richter teilte zwar inhaltlich die Auffassung des HPRLL, teilte jedoch mit, dass der Erlass der Mitwirkung und nicht der Mitbestimmung unterliege und somit kein Beschlussverfahren zulässig sei – die GPRLL seien bei Abordnungen in der Beteiligung, nicht jedoch der HPRLL.

In der Erörterung machte der HPRLL mit Nachdruck deutlich, dass folgende Priorisierungen bei der Besetzung von offenen Stellen unabdingbar sind:

1. Grundständig ausgebildete Lehrkräfte
2. QuereinsteigerInnen
3. KollegInnen mit einer Qualifikation, die dem Grundschullehramt in Hessen gleichgestellt ist
4. Lehrpersonal, das ein Lehramt hat, d.h. auch Gymnasiallehrkräfte mit Einstellung über „Vorrangmerkmal“
5. Personen mit TV-H-Verträgen, wenn die Schule sagt, dass sich die TV-H-Kraft bewährt hat
6. Der Erlass „Verpflichtende Abordnung...“ gilt nur für Bedarfe, die dann noch übrigbleiben.

Nach Kenntnis des HPRLL hätten sich etwa 350 Lehrkräfte bereit erklärt, sich abordnen zu lassen.

### Videoübertragungen von Unterricht (Durchführung, Datenschutz)

Immer wieder hat der HPRLL deutlich gemacht, dass es in der grundsätzlichen Entscheidung einer Lehrkraft liegt (für den HPRLL auch eine Frage der pädagogischen Freiheit), ob sie den Einsatz von Video-Konferenzsystemen zulässt. Somit könnten die Erlasse „Organisatorische und rechtliche Rahmenbedingungen zu Beginn des Schuljahres 2020/21“ und „Einsatz digitaler Werkzeuge im Schulalltag“ aus Sicht des HPRLLs nur als Kann-Regelung zu verstehen sein.

Für das HKM jedoch gehört die Videoübertragung von Unterricht zu den Dienstpflichten; gedeckt sei dies durch Art. 88 der DSGVO und § 15 der Dienstordnung. Die „Kann“-Formulierung im Erlass bezöge sich nicht auf die Frage, „ob“ Videoübertragungen stattfinden, sondern auf das „wie“, der Bezugsrahmen sei die technische Voraussetzung.

Auf Nachfrage, warum die Einwilligung einer Lehrkraft (im Gegensatz zu Schülern und Eltern) nicht notwendig sei, entgegnete die Dienststelle, dass dies nach Rückkopplung mit dem Datenschutzbeauftragten nicht nötig sei. Im gesamten Themenkomplex Videoübertragung von Unterricht steht der HPRLL in großem Widerspruch zur Dienststelle. Zur Frage des möglichen Mitschnittes einer Videoübertragung entgegnete die Dienststelle lapidar, dass dies nach § 201 StGB strafrechtlich relevant sei und somit beim Datenschutzbeauftragten angezeigt und verfolgt werden könne – eine mehr als unbefriedigende Antwort. Der HPRLL bleibt weiterhin an diesem Themenkomplex dran – eine rechtliche Klärung durch die GEW-Rechtsstelle oder mög-

licherweise auch Fachanwälte ist notwendig.

### Corona-Tests

In Bezug auf die im 14-tägigen Rhythmus möglichen Corona-Tests für Lehrkräfte hat der HPRLL die Ausweitung der Tests für weitere an Schulen tätige Personengruppen gefordert. Dem ist die Dienststelle nachgekommen. Die Befristung der Tests bis zu den Herbstferien ist jedoch nicht nachvollziehbar, eine Verlängerung der Tests sieht der HPRLL als dringend erforderlich. Problematisch schien nach Rückmeldung von Kollegen die zeitnahe Untersuchung des Testats, welche aufgrund der postalischen Transportwege nicht immer möglich war und somit die Aussagekraft des Ergebnisses verzerrte. Das HKM versicherte, dass es hinsichtlich des beauftragten Zentrallabors zu keinen Beanstandungen gekommen und der Transportweg sichergestellt sei.

Auch die Ausgabe von FFP2-Masken an alle Beschäftigten lief nicht überall reibungslos; das HKM sicherte zu, dieses Problem zeitnah zu lösen.

Inwieweit ein Selbsttest als mögliche Alternative zu den ärztlich durchgeführten Corona-Tests infrage kommt, soll in der kommenden Sitzung erörtert werden.

### Geplante Standortverlagerung der Hessischen Lehrkräfteakademie nach Gießen und Alsfeld

Wie über eine Pressemitteilung des HKM zu erfahren war, soll die Lehrkräfteakademie den zentralen Standort Frankfurt verlassen. Begründet wird diese Entscheidung mit der Situation der Immobilie und der Tatsache, dass mit Gießen (= breitetes Angebot für Lehrämter) und Alsfeld (verkehrsgünstige Lage) eine Stärkung des ländlichen Raumes einhergehe. Es läuft nach Kenntnis des HPRLL bereits ein Ausschreibungsverfahren für den Bau eines Gebäudes in Gießen. Es gibt bereits Überlegungen des HKM zu „neuen Arbeits- und Organisationsmodellen“, mit denen die Verlagerung für die Beschäftigten in ihrer Härte abgemildert werden soll.

Der HPR-Verwaltung hat bereits eine ablehnende Stellungnahme abgegeben, der sich der HPRLL im Wesentlichen anschließen wird.

Die Erörterung ist zu Drucklegung noch nicht abgeschlossen.

### Verlängerungsoption für Intensivklassen an beruflichen Schulen InteA

Erfreulich, dass mit der Verlängerungsoption auch die Gruppe der Geflüchteten nicht vergessen wurde und 300 Kontingentplätze für die Intensivklassen über die Altersgrenze hinaus zur Verfügung gestellt wurden. Die Verteilung der Kontingentplätze auf die einzelnen StSchA wird sich noch verändern, da die Frist für die Bedarfsmeldungen verlängert wurde. Wie das StSchA die Plätze verteilen wird, ist derzeit nicht bekannt.





# „Wir sind selbst gefordert, uns sichtbar zu machen.“

Sozialpädagogische Familienhilfe während Corona – Interview mit dem sozialpädagogischen Familienhelfer Steve

**Steve arbeitet seit 11 Jahren als sozialpädagogischer Familienhelfer bei einem freien Träger in Frankfurt und ist dort auch Mitglied des Betriebsrates. Er engagiert sich in der Fachgruppe Sozialpädagogische Berufe der GEW Hessen und ist Mitglied im Frankfurter Arbeitskreis für Psychoanalytische Pädagogik. Das Interview mit ihm fand Ende August statt.**

**Wie hat sich dein Arbeitsalltag unter den Pandemiebedingungen verändert?**

Das war schon eine große Umstellung, wobei es zum Teil von den Kolleginnen und Kollegen recht unterschiedlich gehandhabt wurde. Es gab einige, die weiter versucht haben, ihre Klientinnen und Klienten aktiv aufzusuchen und andere, die – vielleicht weil sie selber einer Risikogruppe angehören – das weniger getan haben. Die Kommunikation von Vorgaben, zum Beispiel des Gesundheits- oder Jugendamtes, durch unseren Arbeitgeber habe ich als gut empfunden. Uns wurde gesagt, die Begegnungen, die normalerweise „face to face“ stattfinden, soweit wie möglich zu minimieren und zu versuchen, auf andere Kommunikationsformen auszuweichen. Manche Kolleginnen und Kollegen hatten noch alte Tasten-Handys. Mein Eindruck war, dass die Pandemie noch mal den letzten Anschlag gegeben hat, dass letztlich alle ein Dienst-Smartphone bekommen haben, um dann mit entsprechenden Apps das Gegenüber beim Gespräch auch sehen zu können oder sich Unterlagen zeigen lassen zu können, die bearbeitet werden mussten.

Am Anfang war es gar nicht so leicht, im Team zu kommunizieren, unsere wöchentliche Teamsitzung hat erst nach rund einem Monat wieder „online“ stattfinden können. Sitzungen, auch Supervision, sind natürlich extrem wichtig in einer Arbeitssituation, in der du oft ganz allein bist, höchstens mal einen Tandempartner oder Tandempartnerin hast.

Es gab, wie gesagt, die Anweisung der Fachbereichsleitung, Kontakte zu minimieren und es wurde abgefragt, ob man zu einer Risikogruppe gehöre. Bei mir trifft das zu, und mir wurde von der Teamleitung gesagt, wenn ich den Eindruck hätte, es müsse unbedingt einen direkten Kontakt mit den Klienten oder Klientinnen geben, dass dann eine Vertretung hingehen müsse. Ich fand diesen Umgang sehr gut und fühlte mich gut geschützt.

Vom Jugendamt aus, dürfen „face to face“-Kontakte noch immer minimiert werden. Ich habe aber den Eindruck, dass im Rahmen der allgemeinen Öffnungen in Kitas und Schulen sich auch bei uns

etwas geöffnet hat. Ich treffe Klientinnen und Klienten zumindest im Büro wieder direkt, um Dokumente zu bearbeiten oder miteinander sprechen zu können.

Unsere Betriebsvereinbarung zum Schutz von Risikogruppen sieht für alle, die ein Attest vorlegen, individuelle und kurzfristig erstellte Gefährdungsbeurteilungen vor, um den besonderen Schutz dieser Personen zu gewährleisten. Fälle, in denen Druck ausgeübt wurde, sind mir nicht bekannt; im Gegenteil gab es wohl eher Anfragen der Kolleginnen und Kollegen selbst, ob man nicht endlich wieder „face to face“ arbeiten könne. Es gibt wohl auch einige, die zu einer Risikogruppe gehören, die kein Attest vorgelegt haben, aus welchen Gründen auch immer – Angst vor Stigmatisierung, schlechtes Gewissen gegenüber anderen Kollegen und Kolleginnen, eine andere Risikobewertung ...

keine Zunahme von Kindeswohlgefährdungen – wie zuerst befürchtet wurde – gab. Das kann jetzt aber natürlich keine allgemeine Aussage sein. Wir hatten sogar den Eindruck, dass für einige Familien eher eine Art Entspannung eingetreten ist. Die sonstigen alltäglichen Anforderungen, die von Behörden, Schule, etc. gestellt werden – dieser Druck ist erstmal weggefallen. Für einen Jugendlichen mit Problemen in der Schule ist es unmittelbar eine Entlastung, wenn die dann geschlossen ist.

Eine Herausforderung für die Familien und auch für uns ist, dass die Behörden keinen normalen öffentlichen Besucherverkehr zulassen. Das ist aus Infektionsgründen natürlich nachvollziehbar und gut, bringt aber zusätzlichen Druck; es ist einfach noch schwieriger als sonst, irgendwo durchzukommen und mit einer zuständigen An-

**Wie sind die Perspektiven, welche Wünsche hast du?**

Na ja, die eine spannende Frage, die sicherlich alle bewegt ist, wie geht es weiter mit der Pandemie? Was ist im Herbst, wenn die Infektionszahlen wieder ansteigen sollten und auch noch andere Infektionen dazukommen? Unsere Leitungen machen sich Gedanken, wie damit umzugehen ist, wenn die Möglichkeit zum Lüften wegfällt oder schwieriger wird. Ich bin gespannt, wie das weitergeht und wünsche mir sehr, dass es weiterhin möglich bleibt, sich direkt zu begegnen. Notfalls muss es aber auch möglich sein, wieder verstärkt oder ausschließlich auf Kontakt via Smartphone umzusteigen, ohne dass dies vom Arbeitgeber oder vom Jugendamt dann in Frage gestellt wird.

Das andere wichtige Thema ist für mich die Tarifaufeinandersetzung.

um etwas zu verbessern. Wir sind selbst gefordert, uns sichtbar zu machen, übrigens auch innerhalb der Fachgruppe der GEW.

**Systemrelevanz, dieser Begriff ist oft auf Kitas, die Pflege und Schule angewandt worden, weniger auf andere Soziale Arbeit, stört dich das?**

Das liegt auch an uns selbst, wenn wir uns nicht organisieren. Durch die verschiedenen Arbeitsfelder, sei es stationär, ambulant oder im Schichtdienst in Wohnheimen, ist es schwerer, gemeinsame Forderungen zu stellen. Vielleicht färbt die Marginalisierung, die unsere Klientinnen und Klienten häufig betrifft, auch ein wenig auf uns ab und wir tun uns schwer, ohne falsche Scham, für unsere Interessen einzutreten. Sich aber für eine Verbesserung der eigenen Lage und bessere Arbeitsbedingungen einzusetzen.

„Ich wünsche mir auch, dass sich aus dem Bereich der Sozialen Arbeit mehr Kolleginnen und Kollegen organisieren. Es ist sicherlich ein sehr diverser Bereich und das trägt vielleicht dazu bei, dass es nicht leicht fällt, sich gemeinsam füreinander einzusetzen. Aber das ist, glaube ich, trotzdem die Voraussetzung, um etwas zu verbessern...“

Steve Kothe



**Wie ist die Stimmung bei dir und deinem Team?**

In der heißen Phase des „lockdowns“ war das sogenannte Homeoffice schon eine hohe Belastung, allein auf sich gestellt und ohne Erfahrung mit einem Arbeitsalltag, in dem sich Privatsphäre und Arbeit vermischen.

Das Thema Kurzarbeit ist aufgetaucht, dann aber für die Sozialpädagogische Familienhilfe nicht so von Bedeutung gewesen, da die Arbeitsabläufe sich zwar verändert haben, die Hilfen selbst aber nicht in Frage standen. Ansonsten haben wir im Betrieb eine Betriebsvereinbarung zu Kurzarbeit abgeschlossen, die eine Aufstockung des Kurzarbeitergeldes auf 100 Prozent des Lohns durch den Arbeitgeber vorsah. Das musste aber schlussendlich nicht abgerufen werden.

**Wie hat sich die Lebenssituation der Klientinnen und Klienten verändert?**

Es scheint, als ob es in dem Bereich unseres Teams, also der direkten Kontakte zu Familien, mit denen wir arbeiten, während Corona

sprechperson etwas zu klären. Dabei muss man bedenken, dass viele Klientinnen und Klienten nicht so sprachmächtig sind...

**Wie haben die Klientinnen und Klienten auf die veränderten Begegnungen reagiert?**

Ganz unterschiedlich. Sehr kommunikative Personen haben keine Probleme gehabt, auf Telefongespräche auszuweichen, sondern haben sich einfach weiter mitgeteilt. Bei denjenigen, die verbal eher zurückhaltend sind, ist das schon schwieriger. Mit einer Klientin koche ich öfter zusammen, die gemeinsame Tätigkeit ist wichtig und das Reden findet dann eher erst einmal nebenbei statt. Wenn das wegfällt, ist man bei einem rein telefonischen Kontakt schnell an einer Grenze angelangt.

Da ist auch Kreativität gefragt, um in Kontakt zu bleiben. Eine Kollegin ist beim Telefonieren spazieren gegangen und hat dabei Bilder von Blumen an ihre Klientin verschickt, um ins Gespräch zu kommen. Je nach Kreativität der Beteiligten gab es sogar ganz schöne Geschichten zu berichten.

Ich bin bei einem Träger, der mit seinem Tarifvertrag dynamisch an den TVöD angebunden ist. Die Arbeitgeber sagen, dass die Kassen leer sind und möchten am liebsten eine Nullrunde mit langer Laufzeit machen. Es ist sicherlich nicht ganz einfach für die Kommunen in der Pandemie, aber unser Bereich ist ja in den letzten Jahren und Jahrzehnten nicht gerade verwöhnt worden. Deswegen trage ich die Forderungen der Gewerkschaften mit und bin bereit, dafür auf die Straße zu gehen. Die weitergehenden Themen wie Arbeitszeitverkürzung, die Bedingungen Sozialer Arbeit und ähnliches sind jetzt ein bisschen in den Hintergrund getreten. Aber deswegen finde ich umso mehr, dass finanziell wenigstens etwas rumkommen muss.

Ich wünsche mir auch, dass sich aus dem Bereich der Sozialen Arbeit mehr Kolleginnen und Kollegen organisieren. Es ist sicherlich ein sehr diverser Bereich und das trägt vielleicht dazu bei, dass es nicht leicht fällt, sich gemeinsam füreinander einzusetzen. Aber das ist, glaube ich, trotzdem die Voraussetzung,

ist für mich letztlich immer auch ein Schritt, eine bessere Arbeit für die Klientinnen und Klienten leisten zu können, auf dass sich auch ihre Situation verbessern möge.

**Das ist doch ein schönes Schlusswort, oder?**

Jetzt fällt mir doch noch ein: die Tarifbindung ist ganz wichtig bei dieser ganzen Trägervielfalt. Dem Lohndumping in unserem Bereich zu begegnen, das geht nur darüber, die einzelnen Träger in eine Tarifbindung zu bringen. Und das wiederum gelingt nur, wenn die Leute sich vor Ort zusammenschließen. Das haben wir bei uns im Betrieb in der Vergangenheit hingekriegt, ich würde mir noch wünschen, dass wir in naher Zukunft, sprich bei den anstehenden Verhandlungen zum Jahreswechsel, auch die Vollenwendung des TVöD erreichen.

Lieber Steve, vielen Dank für Deine Zeit und für das Gespräch.

Beachtet auch die Beiträge zur Tarifaufeinandersetzung auf S.2

## ... Anmerkungen zu

# Wer zahlt für die Krise? Das Land Hessen muss sich für einen fairen Lastenausgleich und eine gerechtere Besteuerung der Vermögenden einsetzen.“

Unter diesem Titel beantragte Die Linke am 28. Mai 2020 eine aktuelle Stunde. Dazu haben die Parteien Die Linke (Jan Schalauske), Die Grünen (Miriam Dahlke), die FDP (Marion Schardt-Sauer), die AfD (Bern-Erich Vohl), die SPD (Marius Weiß) und die CDU (Michael Reul) in Fünf-Minuten-Beiträgen Stellung genommen, außerdem abschließend Michael Boddenberg (Finanzminister, CDU).

Die Linken wurden in abfälligem, teils gehässigem Ton von allen Parteien kritisiert, auch von der SPD, obwohl diese für das gleiche eintrat wie Die Linke. Die Grünen verwiesen auf die Zuständigkeit des Bundes, ignorierend, dass selbstverständlich auch sie als regierende Partei Gesetze über den Bundesrat einbringen können.

Weil die Polemiken und Argumente typisch für die Auseinandersetzungen um ein gerechtes

Steuersystem sind, sollen sie hier referiert werden. Wir kommen nicht darum herum, die fundierten Analysen eines Piketty oder von Saez/Zucman (Der Triumph der Ungerechtigkeit) für die tägliche Auseinandersetzung nutzbar zu machen und unsere KollegInnen in den Stand zu setzen, entsprechend zu argumentieren. Denn alle unsere Forderungen nützen nichts, wenn deren Finanzierung verweigert wird, und es den Verweigerer gelingt, dies der Öffentlichkeit auch noch als richtig darzustellen.

Wie sagte es die Landtagsabgeordnete Schardt-Sauer von der FDP doch so treffend in Richtung Linke: Was mich ärgert, ist Ihr Versuch, der Öffentlichkeit weiszumachen, dass Sie die Deutungshoheit darüber hätten, wann eine Besteuerung nicht mehr solidarisch sei ...

Geld müsse erst erwirtschaftet werden, bevor es ausgegeben wird. Und es werde zum Großteil von denen erwirtschaftet, „die Sie (Die Linke) verdächtigen, unverschämte reich zu sein.

Deshalb bleiben Sie mit Ihrer Mottenkiste zuhause!“

### Bern-Erich Vohl von der AfD

beklagte, dass bereits bei den Haushaltsberatungen zum Landeshaushalt 2020 Die Linke die Wiedereinführung der Vermögensteuer „zur Überwindung des Kapitalismus“ gefordert habe, „das uralte Mantra der Linken, alle Jahre wieder“.

Das sei aus einer ganzen Reihe von Gründen abzulehnen:

- Vermögen sei bereits einmal besteuert worden.
- Die Erhebungskosten der Vermögensteuer hätten bis 1997 allein ein Fünftel betragen.
- Bereits jetzt seien Deutsche höher mit Steuern und Abgaben belastet als alle anderen Nationen.
- Weitere Umverteilungen würden das stark strapazierte Vertrauen der Leistungsträger in das Grundverbrechen (ein Versprecher), in das Grundversprechen der sozialen Marktwirtschaft verspielen, wonach sich Leistung lohnen muss.

Die Linke lasse keine Gelegenheit aus, die dieser Partei eigenen Umverteilungs- und Enteignungsphantasien zu propagieren. Die jetzige Situation werde instrumentalisiert.

Aber es sei nicht die Linke allein: Er kritisierte die gemeinsamen europäischen Schulden.

Das Lastenausgleichsgesetz von 1952 sei ein „maßgeblicher Eingriff in die Eigentumsrechte“ gewesen und „mag damals seine Berechtigung gehabt haben“, nicht aber in der jetzigen Situation.

Die Linke soll sich stattdessen „als Rechtsnachfolger der SED die Abgabe aus dem Vermögen ihrer Vorläuferpartei holen.“

### Marius Weiß von der SPD

„nicht so ganz glücklich“, dass Die Linke versucht habe, die Wiedereinführung der Vermögensteuer und die Kosten der Krise miteinander zu verbinden. Obwohl er im Folgenden das Gleiche tat.

Die Europäische Zentralbank habe in einer umfassenden Untersuchung zur Vermögensverteilung festgehalten, dass der Anteil der unteren Hälfte der Bevölkerung beim Nettovermögen nur 2,7 Prozent betrage (nur die Niederlande stünden noch schlechter da). Das

bedeute, dass die Hälfte der Bevölkerung fast kein Vermögen habe.

Man käme um eine Belastung der Vermögen gar nicht herum, wenn man die Schere zwischen Arm und Reich schließen wolle. Und die SPD wolle diese Schere schließen. Zum einen, weil es „ökonomisch klug“ sei, zum andern, weil es „auch gesellschaftlich, politisch klug“ sei.

Die SPD habe ein ausgefeiltes Konzept zur Vermögensbesteuerung. Und dürfe im Gegensatz zu den Grünen (die auch eins hätten) sogar darüber reden.

Das Konzept sehe hohe persönliche Freibeträge vor und orientiere sich an der Schweiz. Es sollte auch für juristische Personen gelten. Verfassungsrechtliche Probleme müssten korrigiert werden. So sehe eine moderne und vernünftige Vermögensbesteuerung aus.

Es sei aber zu einfach, bei der größten Rezession der Geschichte eine Vermögenssteuer zu fordern. Linke und FDP forderten ja immer das Gleiche: die Linke immer: Steuern rauf, die FDP immer: Steuern runter.

Es gelte „was Passgenaues“ zu finden.

Aber Schuldenobergrenzen (wie Söder) oder Mindestlohn senken und 10 Milliarden Euro Soli-Entlastung für die Reichsten zu fordern (wie CDU) sei „dreist und respektlos“.

Dass in der hessischen Verfassung auch auf die Einnahmeverantwortung hingewiesen werden, sei Verdienst der SPD.

Eine Tilgung der jetzt aufzunehmenden Schulden in sieben oder zehn Jahren werde es mit der SPD nicht geben.

### Michael Reul von der CDU

tat den Redebeitrag der SPD als vorgezogenen Bundestagswahlkampf ab.

Richtung Linke störte ihn Schalauskes Wortwahl vom „unverschämten Reichtum“: Schon diese Dialektik (er meinte wohl Diktion) sage einiges über die Geisteshaltung aus.

Die „Schuldenbremse auf den Müllhaufen der Geschichte“? Wo doch 70 Prozent der hessischen Bürger dafür gestimmt hätten. „Sie sollten sich mal überlegen, was ihr Staatsverständnis ist.“

Im übrigen sei dieses Thema bei der Linken „immer präsent“. Schalauske habe „die Maske fallen gelassen, die Ideologie kam durch“ bei der Begeisterung, jetzt endlich mal in einer aktuellen Stunde zu seinem Thema zu kommen.

### Was sagte also einleitend Jan Schalauske von der Linken?

Wer Armut überwinden wolle, der müsse den „unverschämten Reichtum“ in dieser Gesellschaft endlich begrenzen und substanzial besteuern.

Zum Kreditaufnahmeverbot („Schuldenbremse“): Besser wäre gewesen, wir hätten sie endlich abgeschafft, weil sie Investitionen hemmt und die Finanzierung einer guten öffentlichen Infrastruktur verhindert und damit kommenden Generationen schadet. Die „Schuldenbremse“ gehöre auf den Müllhaufen der Geschichte.“

Schalauke kritisierte die Forderungen von CDU-Merz, alle staatlichen Leistungen auf den Prüfstand zu stellen, weil er damit „die Axt an die Wurzeln des Sozialstaats“ setze. Die Forderungen der CDU (Grundrente entsorgen, Mindestlohn absenken, Soli auch für Reiche abschaffen) offenbarten den Grundsatz: wer hat, dem wird gegeben.... Und stellte das ‚C‘ der CDU infrage.

Wer nicht für höhere Steuereinnahmen Sorge, müsse sagen, wie er Kürzungsorgien verhindern wolle.

Für den von der Linken propagierten Lastenausgleich, einer einmaligen Vermögensabgabe nach Art. 106 Grundgesetz träten ja auch SPD und Grüne ein. Es sei unverschämte, wenn BMW 2 Mrd. Euro Dividende ausschütete, wovon 1 Mrd. bei der Familie Quandt lande, und gleichzeitig eine Abwrack-Prämie fordere.

Stattdessen sei es angebracht, einen Einkommensteuerspitzenatz wie zu Kohls Zeiten wieder einzuführen und die Vermögensteuer zu aktivieren. Bei einem Freibetrag von 1 Mio. Euro und einem Steuer-

satz von 1 Prozent müssen jemand mit 2 Mio. Euro Vermögen gerade mal 10.000 Euro Vermögensteuer zahlen.

Unter Hinweis auf Bert Brecht seien Armut und Reichtum zwei Seiten der selben Medaille.

### Miriam Dahlke von den Grünen

lobte die erfolgreiche und solide Finanzpolitik der hessischen Landesregierung und sah es als wichtig an, „die Liquidität des Landes zu sichern“. Dafür müssten auch kommende Generationen sich beteiligen, weshalb eine Kreditaufnahme auf 30 Jahre gestreckt werden solle. Ansonsten blieb sie abstrakt (starke Schultern sollen mehr tragen, schwachen Menschen sollten Angebote gemacht werden, über besondere Finanzierungsformen sollte nachgedacht werden).

Die Linke kritisierte sie, weil sie bisher die Vermögensteuer nicht auf der Bundesebene eingebracht habe.



### Marion Schardt-Sauer von der FDP

bezeichnete den Vorschlag der Linken als „Klassiker aus der Mottenkiste gezaubert“. Es sei nur „eine Frage der Zeit“ gewesen, wann Vermögensteuer, Lastenausgleich und Reichensteuer wieder herausgeholt würden.

Sie fragte sich, wann bei solchen Forderungen eigentlich noch jemand Steuern zahlen müsse.



„Unverschämten Reichtum“ zu beseitigen, sei Sozialismus. „Und den wollen wir nicht!“

SPD und Linke lieferten sich einen Wettbewerb um Vermögensteuer und Vermögensabgabe.

Die Zahlen zeigten: Deutschland sei an der Spitze der OECD bei der Steuer- und Abgabebelastung.

Bürger und Betriebe bräuchten „Luft zum Atmen“. Vermögensteuer sei kontraproduktiv. Die vollständige Abschaffung des Soli sei gerecht.

Jan Schalauske



# einem Lehrstück der politischen Propaganda im Hessischen Landtag



Hessischer Landtag, Kanzlei 2019, Foto: H. Heibel

Reul zitierte „eine Unternehmerin“: Eine Vermögensabgabe wäre für sie, als ob man einem Ertrinkenden einen Rettungsring zuwerfen würde, nur um ihn danach unter Wasser zu drücken. *[Anmerkung: Irgendwie ist das Beispiel schief]*

Weitere Argumente: Die Linke sei jahrelang gegen die „Schuldenbremse“ gewesen und wolle jetzt mit einer Vermögensabgabe die staatliche Finanzierung stützen. Das sei „ein Widerspruch in sich selbst“. (wurde nicht weiter erklärt).

Nicht mal Ramelow habe einen Antrag für die Vermögenssteuer gestellt.

Das Ifo-Institut habe zusammen mit der Beratung Ernst & Young 2017 eine Studie veröffentlicht, wonach eine Vermögensteuer Investitionen, Beschäftigung und Wirtschaftswachstum dämpfen würde, zu einem sinkenden Steueraufkommen und größeren Verlusten bei Einkommens- und Konsumsteuern führen würde und zwar beim jährlichen Bruttoinlandsprodukt zu minus 0,3 Prozent, zur Kapitalflucht bei Ausländern, bei der Beschäftigung zu einem Minus von 1,9 Prozent.

Die Folgerung: Es klinge ja toll, wenn man von Superreichen was den Armen gibt, wie bei Robin Hood. Vielleicht heißt er ja „Robin Schalauske“. Man dürfe gespannt sein, wie er das umsetzen wolle, bei den verheerenden Auswirkungen für die Bevölkerung.

## Finanzminister Michael Boddenberg von der CDU

leitete ein, dass „wir alle erwartet haben“, dass das Thema Vermögensteuer wieder auftauchen würde. Er störte sich an dem Bild der Superreichen und dem, dass von der Familie Quandt gezeichnet werde.

„Wenns die Familie Quandt nicht gegeben hätte, hätte es BMW nicht mehr gegeben, eins der größten weltweiten Automobilunternehmen mit vielen 10.000 Beschäftigten.“ Das gehöre dann zur Würdigung dieser Familie schon auch dazu.

Dann entwickelt Boddenberg „eine spannende Geschichte der Vermögensteuer“: „Abgeschafft [muss wohl heißen: darf in dieser Form nicht mehr erhoben werden, das Gesetz ist nicht da!] worden sei die Ende der 90er Jahre wegen eines Urteils des Bundesverfassungsgerichts, weil es Probleme gegeben habe, das Vermögen zu definieren. Die Trennung von Kapitalvermögen und Immobilienvermögen sei unzureichend gewesen, ein Problem die

Verkehrswertermittlung. Die Vermögensteuer in dieser Form sei also verfassungswidrig.

Eichel und Schröder hätten es seinerzeit abgelehnt, die Vermögensteuer wieder einzuführen und zwar aus einer Reihe von Gründen. So fresse die Steuerverwaltung bereits einen Teil (vielleicht 10 Prozent).

Falsch sei es, jetzt überhaupt über eine Steuererhöhung zu reden. Schließlich sei die Bevölkerung unterschiedlich belastet. Und die 10 Prozent Höchstverdiener trügen bereits zu 55 Prozent des Steueraufkommens bei.

Außerdem sei die Substanzbesteuerung in Deutschland nur deshalb niedriger, weil in anderen Ländern die Grundsteuer höher sei. „Wollen Sie als Linke die Mieter höher belasten?“

„Hören sie auf mit diesen statistischen Vergleichen, die sich niemals sauber und valide darlegen lassen!“

Außerdem mache eine wieder eingeführte Vermögensteuer in einer Größenordnung von 10 Mrd. Euro nur einen kleinen Teil des Gesamtsteueraufkommens von 800 Mrd. Euro aus (1,25 Prozent, wenn mans ausrechnet).

Fragen an die Wirtschaftspolitik seien viel wichtiger.

Und da Sie immer diese Bilder produzieren (Reiche, Quandt), wonach es die kleinen Leute nicht treffen. Wenn man sich an den Freigrenzen der alten Vermögensteuer orientiere, komme man gar nicht darum herum: Oma Lenas kleines Häuschen sei doch betroffen.

Auch die SPD habe in dieser Frage schon viele Pirouetten gedreht, aber Schäfer-Gümbel habe zuletzt doch festgestellt, dass von der Vermögensteuer doch auch der Mittelstand und das Handwerk betroffen seien.

## Erstes Fazit: Wie erobert man die Deutungshoheit darüber, was richtig und falsch, zweckmäßig und unzweckmäßig, gerecht oder ungerecht ist?

**A)** Indem man verunglimpft, falsche oder halb wahre Behauptungen aufstellt, überholte ökonomische Versatzstücke verwendet und wichtige Sachverhalte ausblendet. Vor allem aber, indem man unverschämt ist. Deshalb werden hier die Schlüssel-Passagen noch einmal sortiert aufgelistet:

Die Aktivierung der Vermögensteuer, einer Vermögensabgabe und einer Erhöhung des Spitzensteuersatzes bei der Einkommensteuer werden als

- „Klassiker aus der Mottenkiste“ dargestellt, als „Zauberei“ (FDP)
- „Immer das Gleiche“ (SPD)
- „Thema Vermögensteuer immer präsent“ (CDU)
- „Uraltes Mantra, alle Jahre wieder“ (AfD)
- Haben erwartet, dass es [VSt.] wieder auftaucht (CDU, Boddenberg)

- „Wahlkampf“ (CDU)
- Parteien-Wettbewerb
- Unverschämten Reichtum beseitigen = Sozialismus (FDP)
- „Unverschämter Reichtum“ ver-rät Geisteshaltung (CDU)
- „immer diese Bilder“ von den Superreichen oder der Familie Quandt ! Es treffe doch auch die kleinen Leute. (CDU, Boddenberg)
- Wiedereinführung der Vermögensteuer sei „Überwindung des Kapitalismus“ (AfD)
- Umverteilungs- und Enteignungsphantasien (AfD)
- Maske fallen gelassen (CDU)
- Ideologie kam durch (CDU)
- Es sei „zu einfach“, bei Rezession die Vermögensteuer zu fordern (SPD)
- „Schuldenbremse auf den Müllhaufen der Geschichte“ (Jan Schalauske) – das zeige bei 70 Prozent Zustimmung in der Volksabstimmung ein mangelhaftes Staatsverständnis. (Boddenberg)

**B)** Indem man trickreich auf Wissenschaft bzw. Statistik zurückgreift (obwohl Finanzminister Boddenberg, CDU einschränkend meint: „Hören sie auf mit diesen statistischen Vergleichen, die sich niemals sauber und valide darlegen lassen!“):

1. Deutschland sei an der Spitze bei Steuer- und Abgabenlast
2. Geld werde zum Großteil von den Reichen erwirtschaftet. 10 Prozent der Hochverdiener trügen bereits 55 Prozent der Steuerlast (CDU, Boddenberg)

3. Vermögensbesteuerung wäre Mehrfachbesteuerung
4. Erhebungskosten verschlingen einen großen Teil der Steuer (AfD und CDU, Boddenberg)
5. Ifo-Studie und Ernst & Young: VSt führt zu BIP-Beschäftigungs- und Investitionsrückgang (CDU)
6. Verheerende Auswirkungen für die Bevölkerung (CDU)
7. VSt sei schlicht verfassungswidrig laut Bundesverfassungsgericht.
8. Substanzbesteuerung in Deutschland sei nur deshalb höher als in anderen Ländern, weil dort die Grundstücke höher besteuert würden. Das aber würde hier die Miete verteuern.
9. VSt trage nicht viel zum Steueraufkommen bei (nur 10 von 800 Mrd. Euro) (CDU, Boddenberg)
10. VSt trafe auch Omas kleines Häuschen und Handwerk und Mittelstand (CDU, Boddenberg)
11. Auch Eichel, Schröder, SPD hätten Wiedereinführung der VSt „aus einer Reihe von Gründen“ abgelehnt (keine weiterer Hinweis)
12. Auch Schäfer-Gümbel, SPD habe die Wiedereinführung der VSt abgelehnt.

## Was könnte man entgegnen?

Zu 1)  
**Fakt ist: Deutschland liegt nach Abzug der Sozialversicherungsbeiträge mit einer Steuerquote von 23,3 Prozent noch unter dem Durchschnitt der EU-Länder!** ▶

# ... Anmerkungen zu einem Lehrstück der politischen Propaganda im Hessischen Landtag



Fortsetzung von S.15:

Foto: H. Heibel

Deutschland liegt beim Vergleich der Steuer- und Abgabenquoten innerhalb der OECD im Mittelfeld. Die VertreterInnen des Hochsteuer-Mythos ignorieren indirekte Steuern und Einkünfte, die nicht aus Arbeit generiert werden. Indirekte Steuern sind im internationalen Vergleich in Deutschland geringer und niedrigere Steuern etwa auf Kapitaleinkünfte werden ausgeklammert.

Die deutsche Steuer- und Abgabenquote am Bruttoinlandsprodukt betrug 2017 37,5 Prozent. Damit lag Deutschland 3,3 Prozentpunkte über dem OECD-Schnitt von 34,2 Prozent und 1,6 Prozentpunkte unter dem westeuropäischen Schnitt von 39,1 Prozent.

Im Ausland sind Teile der Sozialversicherungsabgaben privat und werden statistisch nicht mit eingerechnet. Die deutsche Belastung erscheint dadurch höher. Dennoch liegt Deutschland nach Abzug der Sozialversicherungsbeiträge mit einer Steuerquote von 23,3 Prozent noch unter dem Durchschnitt der EU-Länder!

Zu 2)  
**Fakt ist: Die 230.000 Top-Haushalte mit Einkommen über 200.000 Euro tragen zwar 15 Prozent des Einkommensteueraufkommens, aber nur 5,7 Prozent des gesamten Steueraufkommens.**

Die Behauptung, die unteren Einkommen würden keine Steuern zahlen, reduziert das Steuersystem fälschlicherweise auf die Einkommensteuer. Die progressiv gestaltete Einkommensteuer macht aber nicht einmal ein Fünftel des gesamten Steueraufkommens aus. Das heißt, dass über 70 Prozent aller Steuern und Abgaben von allen Bevölkerungsgruppen bezahlt werden.

Die 230.000 Top-Haushalte mit Einkommen über 200.000 Euro tragen zwar 15 Prozent des Einkommensteueraufkommens, aber nur 5,7 Prozent des gesamten Steueraufkommens.

Und: Die progressive Wirkung der Einkommensteuer wird durch

die regressive Wirkung der Sozialversicherungsbeiträge und indirekter Steuern fast vollständig aufgehoben.

Zu 3)  
**Fakt ist: Dies trifft auf die Durchschnittsteuerzahler täglich zu.**

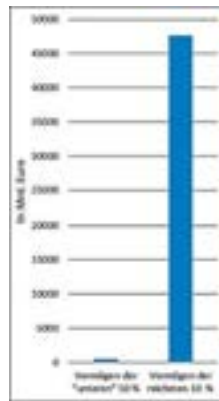
Dies trifft auf die Durchschnittsteuerzahler täglich zu, ohne dass man sich darüber aufbläst: Wenn getankt wird, fallen aus dem bereits versteuerten Einkommen noch die Mehrwertsteuer und die Energiesteuer an. Mehrwertsteuer und Verbrauchsteuern werden generell aus bereits versteuertem Einkommen genommen. Eine Selbstverständlichkeit wird in Bezug auf BürgerInnen mit großem Vermögen groß aufgeblasen:

Zu 4)  
**Fakt ist: Nach einer Schätzung des Bundesfinanzministeriums entfielen 1996 auf die Finanzverwaltungskosten etwa drei Prozent der Einnahmen aus der Vermögenssteuer.**

AfD und CDU rechnen nicht nur mit den staatlichen Erhebungskosten, sondern zählen auch noch private „Befolgungskosten“ für Steuerberater und Rechtsanwälte) dazu. Das Institut der deutschen Wirtschaft von 2011 ging für die Jahre bis 1996 sogar von reinen Erhebungskosten in Höhe von etwa 33 Prozent des Vermögensteueraufkommens aus. Das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung (DIW) hat in einer Studie aus dem Jahr 2004 allein die Befolgungskosten auf 17 Prozent beziffert.

2012 kam das DIW in einer von den Bundesländern Rheinland-Pfalz, Baden-Württemberg, Hamburg und Nordrhein-Westfalen in Auftrag gegebenen Studie schon zu einem ganz anderen Wert, nämlich zu geschätzten Vollzugskosten von 1,8 Prozent des Steueraufkommens.

In einer Studie aus dem Januar 2016 das DIW die Erhebungskosten auf 4 bis 8 Prozent des Steueraufkommens (von 10 bis 20 Mrd. Euro).



**Absolutes Vermögen deutscher Haushalte 2018** Das zugrundeliegende Vermögen umfasst nur marktfähige Vermögenswerte (z. B. Geld-, Geschäfts- und Immobilienvermögen). Basierend auf Angaben von Albers, Bartels, Schularick 2020.



**Steueraufkommen mit 1,2 Prozent im unteren Mittelfeld der EU-Staaten.**

Steuern auf Immobilien gehören laut OECD zu den Steuern, die Wachstum und Investitionen grundsätzlich am wenigsten hemmen.

Deutschland liegt beim Anteil der Grundsteuer am Gesamtsteueraufkommen mit 1,2 Prozent im unteren Mittelfeld der EU-Staaten. Auch der Anteil des Aufkommens am BIP ist in Deutschland stark unterdurchschnittlich.

Die derzeitige Grundsteuerbelastung ist moderat – sie beträgt im Bundesdurchschnitt lediglich rund 19 Cent je qm/Monat. Das ist vergleichbar mit den Kosten für den Hauswart oder für die Müllentsorgung. Eine Möglichkeit, um Mieter flächendeckend zu entlasten, könnte darin bestehen, die Überwälzung der Grundsteuer über die Nebenkosten auf den Mieter zu staffeln oder abzuschaffen.

Zu 9)  
**Die Vermögensteuer könnte 40 Prozent an den reinen Landessteuern ausmachen!**

Boddenberg arbeitet hier mit Blendung, weil er den niedrigsten Aufkommenswert von mehreren Vermögensteuermodellen in Bezug zum höchstmöglichen Referenzbeitrag, nämlich dem gesamten deutschen Steueraufkommen setzt. Dann landet er in der Tat bei 1,2 Prozent (für 2019).

Ehrlicherweise müsste er – insbesondere als Landesfinanzminister – die 10 Mrd. Euro möglicher Vermögensteuer-Einnahmen ins Verhältnis zu den Einnahmen der reinen Landessteuern von rund 25 Mrd. Euro (2019) setzen, denn eine solche ist auch die Vermögensteuer. Dann würde deren Bedeutung mit einem Anteil von dann 29 Prozent bereits eine ganz andere Bedeutung gewinnen. Selbst wenn sie zu allen den Länder zufließenden Steuern (Landessteuern plus Länderanteil an den Gemeinschaftssteuern von 317 Mrd. Euro 2019) hinzugezählt und darauf bezogen würde, wäre ihr Anteil immer noch 3 Prozent.

Wenn man aber nicht den sehr niedrigen Aufkommenswert von 10 Mrd. Euro, sondern beispielsweise den von Bach 2015 errechneten von 16,5 Mrd. Euro ansetzt (bei einem persönlichen Freibetrag von 2 Mill. Euro bzw. bei einer Freigrenze für steuerpflichtiges Vermögen bei juristischen Personen bis 200 000 Euro), steigt die Bedeutung der Vermögensteuer weiter:

Die entsprechenden Werte lauten dann wie folgt:  
– Anteil an den reinen Landessteuern: 40 Prozent!  
– Anteil an allen Steuereinnahmen der Länder: 5 Prozent

Zu 10)  
**Fakt ist: Von Vermögenssteuern, die gezielt erhoben würden, wäre sogar lediglich ein Prozent der Bevölkerung betroffen.**

In Deutschland geht die Angst um, dass Vermögenssteuern oder eine einmalige Vermögensabgabe breite Teile der Bevölkerung treffen könnten. Diese Meinung kann man nur vertreten, wenn man keine Vorstellung von der Höhe der Vermögenssubstanz und der Ausprägung der Vermögensverteilung hat oder dies bewusst verschweigt.

Das Netto-Privatvermögen lag in Deutschland im Jahr 2012 bei 6,3 Billionen Euro und konzentriert sich auf eine kleine Gruppe von Menschen.

Das DIW weist darauf, dass nur die Hälfte der erwachsenen Deutschen über Geldvermögen verfügt und nur knapp 40 Prozent über selbstgenutztes Immobilienvermögen.

Für eine Vermögensbesteuerung nach dem Vorschlag der rot-grünen Länder soll ein einheitlicher Steuersatz von lediglich einem Prozent erhoben werden. Diesem würden natürliche als auch juristische Personen unterliegen. Bei einem persönlichen Freibetrag von 2 Millionen Euro beziehungsweise bei einer Freigrenze für steuerpflichtiges Vermögen bei juristischen Personen bis 200 000 Euro, ergäbe sich ein Steueraufkommen von jährlich 16,5 Milliarden Euro (Bach 2015).



# Bildung braucht bessere Bedingungen und eine sozial ausgewogene Finanzierung

## Schuldenbremse streichen und höhere Steuern für reiche Haushalte und große Vermögen!

Die Aussage, Vermögensteuern oder eine einmalige Vermögensabgabe würden breite Teile der Bevölkerung treffen, ist schlicht falsch. Im Gegenteil, es ist genau umgekehrt. Das Privatvermögen in Deutschland ist stark konzentriert. Ein kleiner Teil der Bevölkerung besitzt einen großen Teil des Nettoprivatvermögens. Von Vermögenssteuern, die gezielt erhoben würden, wäre sogar lediglich ein Prozent der Bevölkerung betroffen.

Zu 11)

**Fakt ist: Da hat Boddenberg recht. Rot-Grün unter Schröder/Fischer/Eichel haben unter der Leitlinie „Standortpolitik“ die massivste Steuersenkung in der deutschen Geschichte durchgeführt**

Ein wesentliches Element der Standortpolitik: die Steuern (Ausgang aus meinem Buch „Germany first“, Herbert Storn, 2019, S. 43 f)

Bemerkenswert ist nun, dass es in Bezug auf Deutschland ausgerechnet die Koalition von SPD und Grünen in den Jahren 1998 bis 2000 war, die den größten Beitrag zur Subventionierung deutscher Unternehmen, rezipiert jedoch auch für entsprechende Einnahmeausfälle des Staates geleistet hat. Bemerkenswert insofern, als die Öffentlichkeit eine solche Politik (noch) nicht erwartet hatte und die Grünen damals noch einen gewissen „Fundiflügel“ aufwiesen.

Das Memorandum 2017 zählt die Steuersenkungen und ihre Folgen auf.

„Das Paket der Steuersenkungen umfasste ein breites Portfolio: die Absenkung der Körperschaftsteuer von 45 bzw. 42 Prozent (auf einbehaltene bzw. ausgeschüttete Gewinne) auf 25 Prozent (2008 wurde der Steuersatz auf 15 Prozent gesenkt), die Einführung einer Abgeltungssteuer auf Kapitalerträge von pauschal 25 Prozent, die Absenkung des Verlaufs des Einkommensteuertarifs (der Eingangsteuertarifs wurde von 25,9 auf 14 Prozent und der Spitzensteuersatz von 53 auf 42 Prozent gesenkt ...). Begleitet wurden diese Maßnahmen durch ... die Aussetzung der Vermögensteuer zum 1. Januar 1997 und die Abschaffung der Gewerbesteuer zum 1. Januar 1998.“

Das Memorandum bezieht die von SPD und Grünen verabschiedeten Steuersenkungen von 2000 bis 2009 auf „mindestens 335,5 Milliarden Euro“ und stützt sich dabei auf Schätzungen des Bundesfinanzministeriums. „Das entspricht rund 33 Milliarden Euro pro Jahr

und zwischen sechs und acht Prozent der gesamten jährlichen Steuereinnahmen in Deutschland sowie über ein Prozent des jährlichen BIP.“ Das ist ein großer Batzen, ein wahrer „Kick-off!“ Und diese Steuerausfälle wirken bis heute fort, sofern sie nicht grundsätzlich korrigiert werden. Das muss man sich immer wieder klarmachen!

Die dargelegte Steuerpolitik stellt zwar den wohl größten Teil der steuerlichen Standortpolitik dar, aber nicht den ganzen. Denn dazu kommen eine zurückhaltende Praxis der Betriebsprüfungen (wir erinnern uns an die hessischen Steuerfahnder, die psychiatrisiert aus dem hessischen Dienst entlassen wurden), die unzulängliche Verfolgung von Steuererosen und insbesondere großzügige Abschreibungen.

Zu 12)

**Fakt ist: Hier hat Boddenberg nicht ganz recht. Schäfer-Gümbel hat seine Meinung später wieder revidiert.**

Der stellvertretende SPD-Vorsitzende Schäfer-Gümbel sprach sich Anfang 2017 tatsächlich gegen eine Aktivierung der Vermögensteuer aus, mit der Begründung, dass ertragsschwache Unternehmen gefährdet seien.

In der Debatte 2019 um einen Vorstoß von Finanzminister Scholz für die Wiedereinführung der Vermögensteuer mit Sonderregeln für wirtschaftliche Schieflagen rechtfertigte Schäfer-Gümbel diesen Vorstoß.

### Zweites Fazit:

**Scheinbare Sachargumente und „Fakten“ werden dann benutzt, wenn man auf die Unkenntnis der Mehrheit der Bevölkerung spekulieren darf und/oder keine Zeit für Repliken und Korrekturen vorhanden ist. Das aber ist eine politisch fahrlässige Vorgehensweise. An der Verbesserung der ökonomischen Kenntnisse geht also kein Weg vorbei. Aufklärung bleibt unverzichtbar.**

PS:

Der Anteil der Bevölkerung, der einer Vermögensteuer zustimmt, ist in repräsentativen Umfragen von 35 Prozent 2007 auf 72 Prozent im Dezember 2019 gestiegen. Sogar Personen mit mehr als 100.000 Euro Vermögen befürworteten in einer repräsentativen Umfrage von 2019 mit 76 % eine Vermögensteuer!

Da können sich einige Parteien eine Scheibe von abschneiden!  
Herbert Storn

Auch wenn die Haushaltspolitik der hessischen Landesregierung angesichts der Corona-Krise und ihrer Folgen in die richtige Richtung gehen: Sie reichen nicht aus! Insbesondere für den Bildungsbereich werden zu wenig Mittel bereitgestellt. So wäre es zum Beispiel sinnvoll gewesen, das Sondervermögen des Landes mit mehr Geld auszustatten, um für die Schulen eine bestmögliche IT-Ausstattung bereitzustellen: Die Pandemie-Krise hat gezeigt, welche Bedeutung der digitalen Ausstattung der Schulen zukommt, wenn Präsenzunterricht nicht oder nur eingeschränkt erfolgen kann und auf Fernunterricht zurückgegriffen werden muss. Und es ist letztlich nicht vorzusagen, ob Präsenzunterricht auch im Schuljahr 2020/21 durchgehend stattfinden kann.

Auch wenn es im Augenblick so scheint, als wäre Schuldenbremse ausgesetzt: Dem ist nicht so! Die eigentlichen haushaltspolitischen Probleme werden erst nach der Corona-Krise auftreten, denn dann drohen die Vorgaben der Schuldenbremse den Ausgabenpielraum des Landes massiv zu bescheiden. Dies würde dann vermutlich die Personal-, Gehalts- und Besoldungsentwicklung im Öffentlichen Dienst genauso betreffen wie die schon jetzt zu niedrigen

Ausgaben für die Bildungsinfrastruktur (Gebäude, Digitalisierung usw.):

- Unsinnig ist die Vorgabe, die jetzt durch den Corona-Notfall aufgenommene Staatsverschuldung zwanghaft im Laufe der kommenden Jahre wieder abzubauen.
- Je nach Dauer und Tiefe der gegenwärtigen Wirtschaftskrise die Schuldenbremse zu einem prozyklischen Ausgabenverhalten zwingen.
- Das Verbot der Kreditfinanzierung von staatlichen Investitionen wird den bestehenden Investitionsstau weiter verschärfen.

Die GEW Hessen fordert deshalb die Abschaffung der Schuldenbremse und die Kreditfinanzierung öffentlicher Investitionen wieder zu erlauben. Zudem muss eine deutlich höhere Besteuerung von einkommensstarken und vermögenden Personen sowie die stärkere Besteuerung von Unternehmensgewinnen die staatliche Finanzierungsbasis verbreitern.

Beschluss des Landesvorstands vom 5. September 2020

Aus der Begründung:

Die Hessische Landesregierung hat am 4. Juli einen zweiten Nachtragshaushalt und die Errichtung eines Sondervermögens mit einer Laufzeit von 2020 bis 2023 in Höhe von 12 Milliarden Euro beschlossen. Mit diesem Betrag, der durch eine entsprechende Kreditaufnahme am Kapitalmarkt finanziert werden soll, will das Land die Folgen der Corona-Krise ausgleichen: Steuermindereinnahmen des Landes und der Kommunen, gegebenenfalls erforderliche Beteiligungen des Landes an Unternehmen, Maßnahmen zum Gesundheitsschutz und zur Sicherung der sozialen sowie kulturellen Infrastruktur und vieles andere mehr.

Die Schaffung des Sondervermögens in Verbindung mit der geplanten Kreditaufnahme durch das Land ist im Rahmen der Schuldenbremse möglich: Denn in einem Notfall wie der Corona-Pandemie gestattet es die Verfassung dem Landtag und der Landesregierung, hierauf mit einer unbegrenzten Kreditaufnahme zu reagieren. Allerdings ist auch zwingend vorgeschrieben, dass die im Rahmen des Notfalls geliehenen Gelder in einem „angemessenen“ Zeitraum getilgt werden müssen. Das Ausführungsgesetz zur Schuldenbremse sieht hierfür eigentlich sieben Jahre vor – dieser Zeitraum ist aber nicht zwingend vorgeschrieben. Das Land weicht mit einem jetzt vorgesehenen Zeitraum von 30 Jahren hiervon ab – eine kürzere Frist war ganz offensichtlich auch für Schwarz-Grün

keine Option: Getilgt werden je 200 Millionen Euro in den Jahren 2021–2023, 300 Millionen pro Jahr im Zeitraum 2024–2027 und bis einschließlich 2030 400 Millionen Euro jährlich. In den folgenden 20 Jahren sollen dann jeweils fünf Prozent des Restbetrages an Tilgung geleistet werden – was auf rund 450 Millionen Euro hinausläuft.

Die vorgeschriebene Tilgung der jetzt aufgenommenen Staatsverschuldung ist grundsätzlich in Zweifel zu ziehen – sie wird die gegebenen Ausgabenmöglichkeiten unter sonst gleichen Bedingungen einschränken. Die Tragfähigkeit der Staatsverschuldung bemisst sich am Verhältnis von Staatsverschuldung zur Wirtschaftsleistung (dem Bruttoinlandsprodukt, kurz BIP). Ein öffentlicher Haushalt kann sich mehr Schulden leisten, je höher die Produktion und damit auch die Steuereinnahmen zur Finanzierung der – aktuell und auf lange Sicht sowieso extrem niedrigen – Zinsen ausfallen. Da in Zukunft das BIP auch wieder wachsen wird, wird sich dadurch auch die Schuldenstandsquote verringern. Ein Abbau der Staatsverschuldung ist mithin ökonomisch nicht zwingend geboten.

Wenn die Höhe der Staatsverschuldung doch als problematisch angesehen wird, ist auch eine Finanzierung der Tilgung durch eine steuerliche Belastung hoher Einkommen und Vermögen möglich, gegebenenfalls auch in Form einer einmaligen Vermögensabgabe. Dieser Weg hätte den Vorteil, die ge-

stiege Ungleichheit von Einkommen und Vermögen zu korrigieren.

Schon in den Monaten vor der Corona-Krise war die Schuldenbremse aufgrund des schlechten Zustands von Teilen der öffentlichen Infrastruktur stark in die Kritik geraten – eine wesentliche Rolle spielte dabei auch der marode Zustand vieler Schulen, hier beträgt der Investitionsrückstand in Deutschland 44 Milliarden Euro. Von vielen Ökonominen und Ökonomen wurde in diesem Zusammenhang eine Rückkehr zur so genannten „Goldenen Regel der öffentlichen Investitionen“ gefordert, wonach öffentliche (Netto-) Investitionen gerade aus Gründen der Generationengerechtigkeit wieder durch Kredite finanziert werden können sollten. Die Idee hinter der „Goldenen Regel“ ist, dass auch kommende Generationen von der heute getätigten öffentlichen Investitionen profitieren und deshalb auch an ihrer Finanzierung zu beteiligen sind.

Darüber hinaus wirkt die Schuldenbremse entgegen einer weit verbreiteten Auffassung prozyklisch, das heißt im Rahmen eines konjunkturellen Abschwungs bzw. einer längeren stagnierenden wirtschaftlichen Entwicklung droht eine prozyklische und damit krisenverschärfende Politik.<sup>1</sup>

1 Achim Truger/Philipp Heimberger, Der Outputlücken-Nonsense gefährdet die Erholung Deutschlands nach der Corona-Krise, <https://makroanom.de/der-outputluecken-nonsense-gefaehrdet-deutschlands-erholung-von-der-corona-krise-36125>.

# Verkehrswende – Ein Manifest, von Carl Waßmuth und Winfried Wolf

Das im PapyRossa-Verlag neu herausgekommene Buch vereint Analyse und Vorschläge in Bezug auf die Verkehrspolitik in einzigartiger Weise. Argumente und Schlussfolgerungen für eine umfassende Verkehrswende sind in 20 Punkte gefasst, von denen jeder einzelne gesellschaftliche und ökologische Vorteile bringen würde. Zusammengefasst ergeben sie ein schlüssiges Konzept für die dringend notwendige Korrektur der Verkehrspolitik.



Verkehrswende – Ein Manifest Carl Waßmuth / Winfried Wolf Neue Kleine Bibliothek 289 199 Seiten, Paperback 14,90 Euro, 199 Seiten, Paperback 14,90 Euro, ISBN 978-3-89438-737-2

„Der Schlüsselgedanke der in diesem Manifest vorgestellten Verkehrswende stellt den Menschen, den Umweltschutz und den Kampf gegen die Klimaerwärmung ins Zentrum.“ (Einleitung)

Die Reihenfolge ist keineswegs zufällig oder beliebig: Viele Veröffentlichungen beginnen mit der drohenden Ökokatastrophe und entsprechenden Szenarien. Hier dagegen gehen die Autoren Punkt für Punkt von den positiven Folgen für die Menschen aus, selbst für diejenigen, die mit den Transformationsfolgen Übergangsweise zurecht kommen müssten. Und die Vorschläge beinhalten nicht nur strukturelle, sondern eine Fülle von ‚weichen‘, leichter begrenzten Schritten.

Das ist deshalb von erheblicher Bedeutung, weil eine Verkehrswende – wie überhaupt eine ökologische Transformation – gegen die Widerstände der von Veränderungen betroffenen Menschen kaum durchsetzbar sein dürfte.

Es ist zweitens auch deshalb wichtig, weil das Bewusstsein von den Möglichkeiten vielfach durch jahrzehntelange Lobbyarbeit, die verbreitete scheinbare Alternativlosigkeit und eine eingefahrene Konsumgesellschaft getrübt und gelenkt ist.

Damit wird eine erkenntnispsychologische Hemmschwelle gesenkt, die aus Angst vor dem Unbekannten das Klammern an das, was man kennt, bewirkt.

Von daher ist es auch nicht zufällig, dass das Auto erst in den

letzten beiden Punkten in den Blick genommen wird, obwohl der „Abschied vom Auto“ den „Wesenskern der Verkehrswende“ bildet.

Aber auch hier überrascht das Buch durch seinen Einstieg mit systematisch niedrigschwelligen Vorschlägen, um schließlich dem Thema Konversion zu schließen.

Bei der Aufklärung hilft ein weiterer Pluspunkt des Buchs: die Zahlen. Bis ins Detail und gut belegt werden akribisch Entwicklungen nachgezeichnet, die zu den heutigen Zuständen geführt haben, und die in dieser Dichte sonst nicht so schnell zu finden sind.

So ist es nicht verwunderlich, dass die Einführung der Transformation auf die Elektromobilität in der Autobranche, wie sie in der Wirtschaftspolitik und damit auch der gesellschaftlichen Mainstream-Debatte vorherrscht, nicht als Lösung in Frage kommt. Dabei kann auf das Buch des Ko-Autors Wolf „Mit dem Elektroauto in die Sackgasse“ zurückgegriffen werden.

„Verkehrswende – Ein Manifest“ sollten alle diejenigen parat haben, die politisch unterwegs sind, in den Bildungseinrichtungen für Aufklärung sorgen oder einfach nur das Gefühl überwinden wollen, etwas ändern zu sollen, ohne die Alternativen genauer zu kennen.

Herbert Storm

Die Rezension erschien zuerst in *osietzky* 16/2020

# „Evaluierung bisher leider unerwünscht“

schrrieb die taz am 27. März 2020. Und weiter: „Niemand weiß, welchen Effekt die zur Coronabekämpfung ergriffenen Maßnahmen tatsächlich haben. Eine wissenschaftliche Begleitforschung aber lehnen Gesundheitsministerium und Forschungsministerium ab. Schulschließungen und Ausgangsbeschränkungen, Kontakt- und Arbeitsverbote: Es sind drastische Maßnahmen, mit denen die Bundesregierung im Kampf gegen die Coronapandemie die Freiheitsrechte der Bürgerinnen und Bürger derzeit einschränkt. Aber welche Wirkungen, positiv wie negativ, haben diese sogenannten nichtpharmakologischen Interventionen tatsächlich? Die Regierung weiß es nicht – und will es offenbar nicht wissen.“ Soweit die taz.

Inzwischen wird das von einer Vielzahl von Wirtschaftsverbänden ebenfalls beklagt.

Da inzwischen auch die Kritik rund um das Thema Corona weitgehend tabuisiert ist, sich die unterschiedlichsten politischen Richtungen in das Thema hängen, gleichzeitig die Auswirkungen nicht dagewesene Ausmaße erreichen, wird eine Diskussion umso dringender.

KLARtext e.V. und das Rhein-Main-Bündnis gegen Sozialabbau und Billiglöhne haben dazu eine Broschüre erstellt, die schon mal auf Widersprüche aufmerksam macht.

Auch das neue „rundschriften 2/20“ von medico international beleuchtet die Zusammenhänge von Gesundheit, Profit und Monopo-



lisierung kritisch, in diesem Heft eher weltweit. Es sind eigentlich keine neuen Erkenntnisse. Aber auch alte Erkenntnisse müssen immer wieder neu nachvollzogen werden können.

Herbert Storm

# Bildungsthema Arbeit – auch für Kinder

Das Thema Arbeit betrifft und interessiert auch Kinder, doch es wird nur selten mit ihnen behandelt. Das wollen Attac, der Humanistische Verband Deutschlands (HVD) – Berlin-Brandenburg und EPIZ Berlin – Zentrum für Globales Lernen ändern. Gemeinsam haben sie neu-

es Unterrichtsmaterial veröffentlicht, das Kinder altersgemäß an verschiedene Aspekte des Themas Arbeit heranführt.

In den sechs Übungen, die flexibel eingesetzt werden können, geht es um Definitionen von Arbeit, um Entlohnung, um gesell-

schaftliche Anerkennung, um die Geschlechtsspezifität von Tätigkeiten und um Kinderarbeit.

All das berührt Fragen von Gerechtigkeit und gutem Leben, welche die kommenden Generationen für sich beantworten müssen.

Die Übungen für die Klassenstufen 4 bis 6 eignen sich insbesondere zum Einsatz im Lebenskunde-, Ethik-, Religions- und Sachunterricht. Das Material erscheint als vierter Teil der Reihe „Wie wollen wir zusammen leben?“ sowohl online als auch gedruckt. Auf der At-

tac-Webseite ([www.attac.de/grundschule](http://www.attac.de/grundschule)) stehen sie gratis zum Download bereit. Die Druckversion kann im Attac-Webshop (<https://shop.attac.de/bildungsmaterial>) bestellt werden.

An gleicher Stelle können auch die Attac-Materialien für ältere Lerngruppen heruntergeladen oder bestellt werden. Dieser Newsletter zu den Attac-Bildungsmaterialien kann per Mail an [bildung@attac.de](mailto:bildung@attac.de) abonniert werden. Wir freuen uns, wenn diese Informationen an potenzielle Interessierte weitergegeben werden.

Die Attac-Bildungsmaterialien sind gratis, aber ihre Erstellung kostet Geld.

Wir freuen uns über Mitgliedschaften: ([www.attac.de/mitglied](http://www.attac.de/mitglied)) und Spenden: ([www.attac.de/spenden](http://www.attac.de/spenden)).

Beste Grüße aus dem Attac-Bundesbüro  
Holger Oppenhäuser

download unter <https://www.attac.de/bildungsangebot/bildungsmaterial/wie-wollen-wir-zusammen-leben>





## Zynische Äußerungen von Puttrich sind menschenverachtend

Landesregierung muss sich zu ihren widersprüchlichen Positionen zur Aufnahmebereitschaft erklären

Die hessische Europaministerin Lucia Puttrich (CDU) hat sich laut Medienberichten vehement dagegen ausgesprochen, Flüchtlinge aus dem abgebrannten Lager Moria aufzunehmen und dies damit begründet, der „Gewaltausbruch dürfe nicht belohnt werden“ und sie frage sich, „was einige Menschen dazu bringt, ihre sichere Unterkunft in Europa anzuzünden.“ Dazu erklärt Janine Wissler, Vorsitzende der Fraktion DIE LINKE, im Hessischen Landtag:

„Es ist zynisch und menschenverachtend angesichts der schrecklichen Brände in Moria davon zu sprechen, dass eine Aufnahme der Flüchtlinge einer Belohnung für einen Gewaltausbruch gleichkäme.“

Die Ursache für das Abbrennen des Lagers sei noch überhaupt nicht klar, so Wissler. Es brenne in dem Lager ständig wegen der vielen offenen Feuerstellen, die die Bewohner gegen die Kälte errichten würden und wegen elektrischer Kurzschlüsse, auch käme Brandstiftung von Rechtsextremisten in Frage. Selbst wenn Bewohner des Lagers

dieses angezündet hätten, sei das ein Ausdruck purer Verzweiflung und Ausweglosigkeit, sich aus den lebensbedrohlichen Bedingungen im Lager zu befreien, so Wissler. Die menschenwürdige Aufnahme der Geflüchteten sei nicht „Belohnung“, sondern seit Jahren nicht umgesetzte Verpflichtung Deutschlands und Europas.

„Eine Europaministerin, die das Lager Moria als ‚sichere Unterkunft‘ bezeichnet, hat jeden Bezug zur Realität und den viel beschworenen ‚europäischen Werten‘ verloren.“

Die hessische Landesregierung muss erklären, ob die Äußerungen Puttrichs die Position der Landesregierung widerspiegeln. Das von den Grünen immer wieder vorgetragene Argument war, man wolle aufnehmen, es scheitere aber an der Bundesregierung – aber offenbar gibt es auch innerhalb der Hessischen Landesregierung die Ansicht, dass man die Menschen in Moria lieber im Stich lassen will.“

Pressemitteilung der Linken im Landtag vom 10. September 2020

## Weltalphabetisierungstag am 8. September

Für 1,5 Milliarden Schülerinnen und Schüler wurden die Schulen geschlossen

Von den weltweit 1,5 Milliarden Schülerinnen und Schülern, deren Schulen geschlossen wurden, haben nach Angaben von Unicef rund 463 Millionen beziehungsweise mehr als 30 Prozent keinen Zugang zum Online-Unterricht erhalten. In Afrika südlich der Sahara haben laut Unesco fast 90 Prozent der Schülerinnen und Schüler keinen Zugang zu einem Computer oder Internet. „Vielen Kindern auf der ganzen Welt stehen nicht die Voraussetzungen für Fernunterricht zur Verfügung“, sagte Boris Breyer, stellvertretender Pressesprecher der SOS-Kinderdörfer weltweit.

### Weniger Geld für Bildung

Rund ein Drittel aller Schülerinnen und Schüler war bereits vor der Coronakrise von der digitalen Welt ausgeschlossen. Anlässlich des Weltalphabetisierungstages am 8. September warnen die SOS-Kinderdörfer vor weiteren massiven finan-

ziellen Auswirkungen auf den Bildungssektor. Weltweit hätten schon vor der Pandemie 148 Milliarden US-Dollar gefehlt, um das Ziel zu erreichen, bis 2030 jedem Kind eine qualitativ hochwertige Bildung zu garantieren. „Diese finanzielle Lücke könnte nach Schätzungen um ein Drittel wachsen“, sagte Breyer.

In Afrika südlich der Sahara könnten die Pro-Kopf-Ausgaben für Bildung nach Prognosen der Weltbank um 4,2 Prozent sinken. In den Entwicklungsländern könnten in nächsten Jahr 100 bis 150 Milliarden US-Dollar weniger für Bildung ausgegeben werden als geplant. Breyer forderte:

„Wir müssen die finanziellen Mittel bereitstellen, um Kindern das Recht auf Bildung zu garantieren. Für viele ist das die einzige Chance, der Armut zu entkommen. Es geht um das Schicksal einer ganzen Generation!“

GEW 8. September 2020



Foto: Pixabay/CCO



Die Ziele der Demo für sichere Fluchtwege am 18.5.2017 in Frankfurt sind immer noch nicht eingelöst. – Bild oben Mitte: Unsere ehemalige Bezirksvorsitzende Anja Golder

### Education International Research:

## Education commercialisation

Education International has launched groundbreaking new research which maps the extent of private actors' influence in education since the start of the COVID-19 pandemic. The research has been commissioned as part of Education International's Global Response to the Commercialisation and Privatisation of Education.

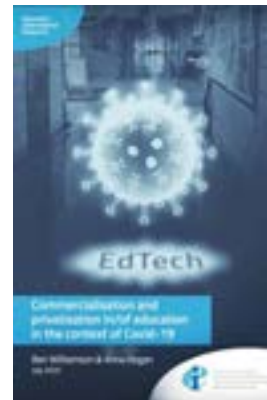
The authors of the research, Ben Williamson (Edinburgh University) and Anna Hogan (Queensland University), today presented their research findings in a virtual webinar for education unions globally.

### The global education industry is capitalising on the education crisis

The report, Commercialisation and privatisation in/of education in the context of COVID-19, shows that the Global Education Industry is capitalising on the education crisis. Since school closures, there

has been a huge upsurge in profit-making for education technology (edtech) companies. Commercial companies have increased their involvement in public education through entering into new pandemic networks – multi-stakeholder coalitions including edtech companies, major transnational corporations, international organisations such as UNESCO, the OECD and the World Bank, national governments and other actors.

The pivot to distance learning has allowed private actors to position themselves at the centre of essential education services—not just as a response to the crisis and the need for emergency remote teaching—but for the long term.



download unter <https://www.ei-ie.org/en/detail/16858/edtech-pandemic-shock-new-ei-research-launched-on-covid-19-education-commercialisation>  
Eine sehr interessante Zusammenfassung (engl.) haben wir auf unsere Homepage GEW BV Frankfurt gestellt.

Published by  
Education International  
10. Juli 2020

# Die Weichen für die Zeit nach der Krise werden jetzt gestellt

Von vielen KommentatorInnen wird festgestellt, dass diese Krise die Schwachstellen und Vernachlässigungen der bisherigen Politik noch einmal offengelegt hat.

Dazu gehört insbesondere die öffentliche Infrastruktur – und zwar sachlich wie personell. Im Schulwesen in Hessen zeigt sich dies besonders deutlich:

- So musste Kultusminister Lorz, CDU erst durch Studien der GEW darauf hingewiesen werden, in welchem massivem Umfang Lehrkräfte fehlen.
- Lorz muss bis heute mit A-13-Demonstrationen für Grundschullehrkräfte konfrontiert werden und setzt lieber Gymnasiallehrkräfte an Grundschulen ein.
- Fast 40 Jahre nach Versand der ersten E-Mails in Deutschland sollen E-Mail-Konten für Lehrkräfte eingerichtet werden.
- Ähnlich verhält es sich mit der IT-Ausstattung an Schulen.
- Hygiene an Schulen wurde immer schon kleingeschrieben, das entsprechende Personal privatisiert und prekariert.

auf die Verbesserung der Lebensverhältnisse, diesem außenpolitischen Ziel untergeordnet.

Und die krasse Schieflage in der Einkommens- und Vermögensverteilung spitzt sich weiter zu.

## Chance für einen Neubeginn?

Diese politische Strategie bekam schon vor dieser Krise gehörige Kratzer und Blessuren.

Viele KommentatorInnen glauben deshalb, dass die gegenwärtige Krise eine Chance für einen Neubeginn bietet.

Aber kaum schlägt der SPD-Kanzlerkandidat Scholz eine höhere Besteuerung an der Spitze der Einkommensbezieher zum Zweck der Beteiligung der Vermögenden an den Kosten der Krise vor, bricht das übliche Mediengewitter los.

Der IG-Metallvorsitzende Hofmann beklagt, dass die Krise das

Microsoft) und die Lernmittelunternehmen,

- der digitalisierte Versandhandel mit Amazon an der Spitze, aber auch Online-Essensbestelldienste wie Delivery Hero, welcher jetzt sogar in den DAX aufgenommen wurde,
- die aufkaufenden Finanzinstitute wie Blackrock, die einen wahren Supermarkt an notleidenden Mittelstandsunternehmen vorfinden,

allen voran die „Big Four“ (Deloitte, KPMG, Pricewaterhouse Coopers und Ernst & Young), die sowohl die Regierungsstrategie als auch die öffentliche Begleitpropaganda betreuen: Ernst & Young zuletzt bei wirecard, und PwC bei der Autobahnprivatisierung und der Verankerung von PPP (Public-Private Partnership) im Grundgesetz am 1. Juni 2017!

## The World Economic Forum is the International Organization for Public-Private Cooperation (WEF Homepage)

### Davos-Gipfel im Januar 2021

Es gibt ein globales Netzwerk, das jede/r kennt, wenn die Bilder aus Davos tagelang über die Bildschirme flimmern und das *World Economic Forum* (WEF-Davos) Wirtschaftslenker und Staatsoberhäupter um ihre Vorstellung zur Gestaltung der Welt bittet, als Alibi aber auch mal eine Greta Thunberg.

Dieses WEF Davos bereitet sich gegenwärtig darauf vor, die Mei-

„So wird sichergestellt, dass keine Reformbewegungen außer Kontrolle geraten, die etwa den Megareichen ihren Megareichtum wegsteuern wollen, oder durch Abbau der überzogenen, wettbewerbsverhindernden Schutzrechte für geistiges Eigentum dafür sorgen könnten, dass es gar nicht erst zu diesem obszönen Reichtum kommt, oder die Rechte der Arbeitnehmer stärken wollen, oder gar dafür sorgen, dass Konzerne Steuern bezahlen.“

Und wer sich auf der Homepage des WEF umsieht, wird feststellen, dass nicht nur die Freihandelsideologie mit der Beseitigung aller Handelshemmnisse zum Programm

gehören, sondern auch die Rückkehr zur flächendeckenden Atomkraft – natürlich unter dem grünen Slogan „Dekarbonisierung“.

Letztendlich ist das WEF Regierungshandeln und Unternehmenshandeln noch mehr zu verschränken, als es ohnehin schon geschieht. Folgerichtig bezeichnet sich das Davoser WEF auch als *die* Internationale Organisation für Öffentlich-Private Zusammenarbeit.

Die Aufarbeitung der Probleme und die demokratische Willensbildung werden durch die Lobbyarbeit des Davoser WEF und ihre Show im Januar 2021 noch mehr ausbremsen. Denn viele überstaatliche Organisationen wie die WHO, aber auch staatliche Hochschulen (über Drittmittel) sind leider mittlerweile von privaten Geldgebern abhängig gemacht worden.

Es lohnt sich, auf den Seiten des WEF zu blättern, um zu sehen, wie – entgegen der vollmundigen Ankündigungen im „Great Reset“ – die Welt „nach Corona“ mit noch mehr von der falschen Medizin und den falschen Rezepten versorgt werden soll.

Von daher ist es so wichtig, dass und wie sich die GEW in Bezug auf Erhalt und nachhaltige Finanzierung öffentlicher Aufgaben und die Beseitigung der extremen Schieflage in der Einkommens- und Vermögensverteilung positioniert. Und wie weit es ihr gelingt, das Bewusstsein zu schärfen und so viele Bündnispartner wie möglich zu finden. Überlassen wir nicht aus Angst vor dem Gegenwind die öffentliche Meinungsbildung denjenigen, die für die Krisen der Vergangenheit verantwortlich sind.

Herbert Storm

1 Blätter für deutsche und internationale Politik 9/20

2 mittels eines einstündigen Films mit Führungspersönlichkeiten auf der Homepage des WEF und Mittels des dazugehörigen Buchs von Klaus Schwab und Thierry Malleret: „Covid-19: THE GREAT RESET“

3 WEF Homepage



Internationaler Marsch für Klimagerechtigkeit <https://strike-wef.org>



WEF/News/Commiss

**WEF 2021 wird verschoben** (AWP) Das 51. Weltwirtschaftsforum (Wef) in Davos kann kommenden Januar nicht wie geplant durchgeführt werden. Das Jahrestreffen wurde wegen der Corona-Krise auf den Frühsommer 2021 verschoben. Wann genau und wo es stattfinden soll, ist offen.

Das WEF in Davos war vom 26. bis 29. Januar 2021 geplant. Noch im Frühjahr hieß es, die Veranstaltung, an der gegen 3000 hochrangige Politiker und Wirtschaftsleute so-

wie verschiedene Organisationen teilnehmen, sei nicht gefährdet. Sie werde möglicherweise in kleinerem Rahmen abgehalten. Am Mittwoch teilte das Wef allerdings mit, das Jahrestreffen von Davos sei auf den Frühsommer verschoben worden. (...)

Ende Januar kommenden Jahres sollen laut Mitteilung „Davos Dialogues“ abgehalten werden. Globale Spitzenleute würden auf dieser Plattform ihre Meinungen über den Zustand der Welt abgeben.

Quelle: finanz und wirtschaft, Zürich, 26. August 2020

■ Jetzt bewilligte Gelder können mangels Personal nicht abgerufen werden.

Man kann es auch noch deutlicher sagen:

**Das Bildungssystem wird auf Unterebene gefahren.**

Es kann nicht billig genug sein. Staat und Kommunen können streckenweise ihren primären Aufgaben nicht nachkommen.

Und man hat den Eindruck, es ist auch nicht gewollt. Dafür setzt Deutschland und seine Regierungen mehr als andere darauf, Exportweltmeister zu sein und auf Kosten anderer Länder Exportüberschüsse zu erzielen. Deshalb wird die „Binorenorientierung“, die Fokussierung

gewerkschaftliche Handeln erschwert.<sup>1</sup>

Die Tarifforderungen für das in der Krise beklatschte Personal prallen an der einhelligen Front der kommunalen Arbeitgeber ab, es sei nun wirklich kein Geld mehr da – usw.

**Die Gewinner der Krise bringen sich bereits in Stellung.**

Denn es darf nicht übersehen werden, dass es durchaus Wirtschaftsbereiche gibt, die aus der Notlage nicht nur ihren Nutzen ziehen, sondern aus der Krise gestärkt hervorgehen:

- Die IT-Branche, besonders die „GAFAM“ (*Big Five* genannten US-Technologie-Unternehmen Google, Amazon, Facebook, Apple und

**Der Kampf um die öffentliche Meinungsführerschaft**

Es gibt aber einen weiteren wichtigen Aspekt: Das ist der Kampf um die Meinungsführerschaft darum, wie wir aus der Krise kommen.

Schon bisher waren es die unzähligen Lobbyverbände der privaten Wirtschaft und die Unternehmensstiftungen wie Bertelsmann, die den Ton vorgeben. Prof. Peter Hartz war sogar der Namensgeber der Hartz-Reformen, die Deutschland wettbewerbsfähiger machen sollten. Bertelsmann ist mit Vorschlägen aktiv dabei, die Zahl der Krankenhäuser drastisch zu reduzieren. Unternehmensverbände schreiben an vielen Gesetzentwürfen mit.

Zunehmend sind es die großen multinationalen Berater-Konzerne,

nungsführerschaft über die Konsequenzen aus der Corona-Krise an sich zu ziehen. Die Vorbereitungen für den großen Davos-Gipfel im Januar 2021 laufen bereits.

Das gewünschte Narrativ läuft über einen „Great Reset“<sup>2</sup>.

Die gewaltigen Geldmittel und die Verbindungen des Davos-Forums zu den Mächtigen dieser Welt werden genutzt, um mit einem Netzwerk von knapp 10.000 „Global Shapers“ in 428 Städten (Hubs) und 148 Ländern (!) die Debatte so zu führen, dass die Interessen der Geldgeber zu den Interessen der Völker erklärt werden.<sup>3</sup>

Die Absicht kommentiert der kritische Journalist Norbert Häring auf seiner Homepage: